Friedrich Wilhelm von Grumbkows Rolle in der auswärtigen preußischen Politik, vornehmlich in den Jahren 1732—1735.

Ein Beitrag zu einer Biographie Grumbkows.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der hohen Philosophischen Fakultät der Königlichen Universität Marburg

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

vorgelegt von

Elise Schaefer

aus Berlin.

Marburg a. d. L. 1914

Druck von Robert Noske, Borna-Leipzig.

Von der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg angenommen am 2. Mai 1914.

Berichterstatter: Professor Dr. Busch.

Meinen Eltern.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Erstes Kapitel:	Die Quellen und Darstellungen	1
Zweites Kapitel:	Ein Überblick über Grumbkows Stellung bis zum Jahre 1732	9
Drittes Kapitel:	Die braunschweigisch-bevernsche Heirat.	
	1. Das braunschweigisch-bevernsche Heiratsprojekt bis zur Verlobung	31
	2. Die braunschweigisch-bevernsche Heirat und der erste Änderungsvorschlag	41
	3. Der zweite Änderungsvorschlag	50
Viertes Kapitel:	Die Prager Zusammenkunft	51
Fünftes Kapitel:	Die jülich-bergische Frage	58
Sechstes Kapitel:	Die polnische Frage	61
Siebentes Kapitel:	Grumbkows Übergang zu den Westmächten und sein Bruch mit dem österreichischen System	78
	1. Das Friedensprojekt der Seemächte	81
	2. Grumbkows Stellung zu Frankreich	86
	3. Grumbkows Loslösung von Österreich	93
Schluß		95
Beilagen:	Instruction vor den Gen.Lieuten. v. Grumkow wegen seiner Reise nach Crossen	97
	Brief Grumbkows an Seckendorff vom 3. Oktober 1735 . .	100

Literaturverzeichnis.

I. Quellen.

1. Ungedruckte.

Aus dem Geheimen Staatsarchiv zu Berlin:

Rep. 1 Conv. 77 B: Korrespondenz mit dem Kaiserlichen Hofe.
Rep. 34, 155 y: Die jülich-bergische Frage.
Rep. 92 Nr. 1—17: Grumbkows Nachlaß.
Rep. 96, 16 A, B, C, D, E, F, G: Grumbkows Immediatkorrespondenz und Berichte.
Rep. 96, 2 L 1, 2 L 2: Seckendorffs Immediatkorrespondenz.
Rep. 96, 4 B: Des preußischen Generallieutenant Graf von Degenfeld-Schönburg Immediatkorrespondenz.
Rep. 96 B, 3, 4, 5: Minutenbücher Friedrich Wilhelm I.
Rep. IX, 89 Fasc. 111: Zeitungen, eingesandt von Marschall.

2. Gedruckte.

Acta Borussica, Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Herausgegeben von der Königlichen Akademie der Wissenschaften. Bd. I, III, IV, V, 1, V, 2. — Ergänzungsband: Briefe König Friedrich Wilhelm I. an den Fürsten Leopold zu Anhalt-Dessau. Bearbeitet von Otto Krauske. Berlin 1905. (= Erg.-Bd.)

Benekendorf, Karakterzüge aus dem Leben König Friedrich Wilhelm I. Berlin 1787—1798.

Cosmar u. **Klaproth,** Der Königlich preußische und churfürstlich brandenburgische Wirkliche Geheime Staatsrat. Berlin 1805.

H. Droysen, Tageskalender des Kronprinzen Friedrich von Preußen. F.B.P.G. XXV S. 417.

D. Faßmann, Leben und Taten des . . . Königs von Preußen Friderici Wilhelmi. Hamburg 1735.

Friedrich Förster, Friedrich Wilhelm I., König von Preußen. Bd. I, II, III. Potsdam 1835. (= Förster.)

Friedrich Förster, Die Höfe und Cabinette Europas im 18. Jahrhundert. (= Förster, Höfe und Cabinette.)

Frédéric le Grand, Oeuvres. Bd. I, XIV, XXVII a. (= Oeuvres.)

A. B. König, Kurtz gefaßte Regierung und Staatsgeschichte Friedrich Wilhelm I., König von Preußen. Berlin 1796.

A. B. König, Biographisches Lexicon aller Helden und Militärpersonen, welche sich in preußischen Diensten berühmt gemacht haben.

R. Koser, Briefwechsel Friedrich des Großen mit Grumbkow und Maupertuis. Leipzig 1898. Publikationen aus den Königlich Preußischen Staatsarchiven Bd. 72. (= Brfw.)

O. Krauske, Briefe des Kronprinzen Friedrich von Preußen an den Fürsten Leopold. F.B.P.G. VII S. 49—69.

V. Loewe, Preußische Staatsverträge aus der Regierungszeit König Friedrich Wilhelm I. Leipzig 1913. Publikationen aus den Königlich Preußischen Staatsarchiven Bd. 87. (= Publ. Bd. 87.)

Bruzen de la Martinière, Histoire de la vie et du règne de Frédéric Guillaume, Roi de Prusse. A la Haye 1741.
Eleazar de Mauvillon, Histoire de Frédéric Guillaume I roi de Prusse. Amsterdam et Leipzig 1741.
Pöllnitz, Mémoire pour servir à l'histoire des quatre derniers Souverains de la Maison de Brandebourg Royale de Prusse. Berlin 1791.
L. v. Ranke, Briefwechsel Friedrich des Großen mit Wilhelm IV. von Oranien. S.W. Bd. 24.
Fr. v. Raumer, Beiträge zur neueren Geschichte aus dem britischen und französischen Reichsarchiv. III, 1. Leipzig 1839.
Versuch einer Lebensbeschreibung des Feldmarschalls Grafen von Seckendorff. 1792.
Christophle Louis de Seckendorff, Journal secret depuis 1734 jusqu'à la fin de l'année 1738 (!). Tübingen 1811.
K. v. Weber, Aus vier Jahrhunderten, Mitteilungen aus dem Staatsarchive zu Dresden. Leipzig 1861. Neue Folge I, II. — — I. Vom Berliner Hofe unter König Friedrich Wilhelm I. Der Marquis de La Chetardie. — II. Zur Lebensgeschichte des Königs von Polen, Stanislaus Lesczinsky.
Mémoires de Frédérique Sophie **Wilhelmine,** margrave de Bareith. Brunswick 1810.

II. Darstellungen.

Arneth, Prinz Eugen. Bd. III. Wien 1858.
Fr. Ausländer, Friedrich Wilhelm I. Verhältnis zu Österreich, vornehmlich im Jahre 1732. Diss. Königsberg 1908.
Bernbeck, Die Denkwürdigkeiten der Markgräfin von Bayreuth und die englisch-preußischen Heiratsverhandlungen seit 1730. Heft VI der Gießener Studien, herausgegeben von W. Oncken. Gießen 1894.
R. Brode, Friedrich der Große und der Konflikt mit seinem Vater. Zur inneren Geschichte Friedrich Wilhelm I. Leipzig 1904.
Carlyle, Geschichte Friedrich II. von Preußen. Deutsch von Neuberg. Bd. I. Berlin 1858.
J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik. IV, 1, 1871, 2. Aufl.; IV, 2, 1869; IV, 3, 1869; IV, 4, 1870.
C. v. Duncker, Der Besuch des Herzogs von Lothringen in Berlin und die Verlobung des Kronprinzen Friedrich (1732). Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. Bd. 141. Wien 1899.
R. v. Grumbkow, Friedrich Wilhelm von Grumbkow. A.D.B. Bd. 10 S. 22 ff.
Hermann Hüffer, Die Beamten der ältesten preußischen Kabinette von 1713 bis 1808. F.B.P.G. V.
R. Koser, Geschichte Friedrichs des Großen. Bd. 1. Stuttgart und Berlin 1912.
R. Koser, Die Grundlegung des auswärtigen Amtes des Königs Friedrich Wilhelm I. F.B.P.G. II.
E. Lavisse, La jeunesse du Grand Frédéric. Paris 1891. Le Grand Frédéric avant l'avènement. Paris 1893. (= Lavisse.)
R. Pallmann, Friedrich Wilhelm von Grumbkow. Ersch und Grubersche Realenzyklopädie. I, 94.
Preuß, Friedrich des Großen Jugend und Thronbesteigung. Berlin 1840.
L. v. Ranke, 9 Bücher preußischer Geschichte. I. Berlin 1847. — 12 Bücher preußischer Geschichte. S.W. 27/28.
Gustav Schmoller, Charakterbilder: Friedrich Wilhelm I. und das politische Testament von 1722. München und Leipzig 1913.
Stenzel, Geschichte des preußischen Staats. Bd. III. Hamburg 1841.

Erstes Kapitel.

Die Quellen und Darstellungen.

Zwei Tage nach Grumbkows Tode, am 20. März 1739, schrieb der damalige Kronprinz Friedrich an Wilhelm IV. von Oranien: „Wir haben soeben den Marschall Grumbkow verloren . . ., er wird einige Zeit als Gesprächsstoff dienen, und allmählich werden er und sein Gedächtnis in der Menge der Minister und Generäle untergehen, die dem Staat gedient haben".[1]) Friedrichs Prophezeiung hat sich nicht ganz erfüllt. Wo immer man von Friedrich Wilhelm I. etwas ausführlicher berichtet, bleibt der Name Friedrich Wilhelm von Grumbkow nicht ungenannt und sein Einfluß auf den König nicht unbeachtet. Gerade in neuester Zeit wird durch das rege Interesse, das man Preußens „größtem inneren König" entgegenbringt, naturgemäß auch die Frage nach der Bedeutung seiner Mitarbeiter lebendig. Keiner von ihnen hat wie Grumbkow zugleich so entscheidend auf die innere und äußere Politik seines Herrn eingewirkt, und keiner von ihnen ist auch von jeher so verschiedenartig beurteilt worden wie gerade er, und zwar ganz besonders in Hinblick auf die äußere Politik.

Für die Rolle, die Grumbkow hier gespielt hat, ist das Jahr 1732 vor allen anderen charakteristisch. Es läßt die Eigenart seiner politischen Tätigkeit verhältnismäßig am schärfsten hervortreten, während er mit dem Schluß des Jahres 1735, dem Jahr seines Übergangs zu Frankreich, von dem Vordergrund der politischen Bühne allmählich in den Hintergrund gedrängt wird.

Es beeinträchtigt eine Darstellung von Grumbkows Persönlichkeit und Wirken, daß von ihm selbst nur wenige Zeugnisse erhalten sind. Es liegt das zum guten Teil daran, daß der Verkehr Grumbkows mit dem König in der Hauptsache mündlich war. Gerade darin, daß Grumbkow fast ständig um Friedrich Wilhelm war, liegt ja die Vorbedingung seines eigenartigen

---

[1]) Ranke S.W. 24: Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Wilhelm IV. von Oranien S. 210.

Wirkens. Überdies hat Grumbkow selbst soviel wie möglich dazu beigetragen, die Spuren seiner außeramtlichen Tätigkeit zu verwischen. So ist von dem Briefwechsel, den er mit dem Kronprinzen geführt hat, von seiner Seite nur wenig erhalten. Grumbkow hatte, wie Seckendorff, der ständige private Gesandte des Prinzen Eugen in Berlin, berichtet,[1]) „die Originalien alle verbrannt“ und so dafür gesorgt, daß der Kronprinz „nie eines davon behielt“. Und nicht genug damit. Am Abend vor seinem Tode vernichtete Grumbkow die Briefe und vertraulichen Mitteilungen, die er empfangen hatte.[2]) So könnte es gewissermaßen als seine eigene Schuld erscheinen, wenn ihn die Nachwelt vielleicht in einem ungünstigeren Licht sähe, als es der Wirklichkeit entspräche. Indessen gerade wenn jemand, dessen Wirken sich meist hinter den Kulissen abgespielt hat, dafür sorgt, daß auch auf spätere Zeiten die Kenntnis seiner Tätigkeit nicht kommt, liegt die Vermutung nah, daß ein schlechtes Gewissen die Triebfeder zu dieser Vernichtung gewesen ist. Ganz besonders stark aber wird sich diese Schlußfolgerung aufdrängen, wenn eine solche Persönlichkeit schon bei Lebzeiten mannigfach unredlichen Handelns beschuldigt wurde, wie es bei Grumbkow der Fall gewesen ist.

Von den nicht gerade zahlreichen Zeugnissen, die demnach von Grumbkow selber auf uns gekommen sind, haben die meisten nur sekundären Wert. Die wenigen Briefe Grumbkows an den König bieten — wie es nach der Art des Verkehrs zwischen beiden ja auch nicht anders erwartet werden kann — nur geringe Aufschlüsse. Charakteristisch ist es, daß für die Zeit, da der Einfluß Grumbkows auf Friedrich Wilhelm nicht mehr so groß wie früher war, sich mehr Briefe von ihm an den König vorfinden.

Gerade umgekehrt war es mit dem Briefwechsel, den Grumbkow mit dem Kronprinzen unterhielt; er versiegte in dem Maße, wie Friedrich Grumbkow nicht mehr brauchte. Eine unbefangen sprechende Quelle stellt aber diese Korrespondenz nicht dar. Trotz der Vorsichtsmaßregeln, unter denen sie vonstatten ging, war die Gefahr, sich vor dem König bloßzustellen, auf beiden Seiten doch sehr groß. Nur an ganz wenigen Stellen lassen augenblickliche Erregung und plötzlich hervorbrechendes Gefühl jegliche Vorsichtsmaßregeln vergessen und die wahre Meinung hervortreten.[3])

---

[1]) Fr. Förster, Friedrich Wilhelm I., Potsdam 1835, Bd. 3 S. 107.

[2]) Act. Bor. V, 2 S. 706: Manteuffel an Brühl, 18. März 1739.

[3]) vgl. besonders die Briefe in der braunschweig-bevernschen Heiratsangelegenheit.

Mehr Wert haben für den Historiker, besonders wenn man den Politiker Grumbkow im Auge hat, Grumbkows Briefe an den in Holland lebenden Luiscius.[1]) Sie wurden aber nur während einiger weniger Monate gewechselt und auch nur in einer bestimmten Angelegenheit, dem Friedensprojekt der Seemächte.[2])

Der größte Teil der uns von Grumbkow selber erhaltenen Briefe ist im Auftrag Friedrich Wilhelms geschrieben, meist in der polnischen Angelegenheit an August II., Wackerbarth, Manteuffel, Brühl und Marschall v. Biberstein.[3]) Ferner sind Teile der Korrespondenz Grumbkows mit seinen Kollegen vom auswärtigen Departement erhalten, auch offizieller Art, alles also Zeugnisse, die für die Beurteilung einer Persönlichkeit nicht von ausschlaggebendem Wert sein können.

Noch finden sich einzelne Berichte an den König unter Grumbkows Papieren; für die hier behandelte Zeit besonders die Schilderung seiner Zusammenkünfte mit August II. in Karge und Crossen. Doch geben diese Darstellungen ihrer Bestimmung nach mehr äußere Begebenheiten wieder, als daß sie gerade Grumbkows Politik erkennen ließen. Überhaupt haben wir nur für eine sehr kurze Zeit von Grumbkow selber Zeugnisse, von denen wir glauben können, daß er uns in ihnen so entgegentritt, wie er wirklich war: es sind die wenigen Berichte, die Grumbkow an Seckendorff schickte.[4])

Dabei hatte Grumbkow eine Menge autobiographischer Aufzeichnungen verfaßt. Er hatte die Feldzüge, die er mitgemacht, die politischen Verhandlungen, an denen er teilgenommen hatte, beschrieben; er hatte Briefe und Anekdoten hinterlassen, eine Unmenge interessanter Sachen, aus denen man leicht, wie er selbst sagt, fesselnde Memoiren hätte herstellen können.[5]) Ursprünglich hatte er diese Papiere dem Kronprinzen vermachen wollen,[6]) aber schließlich gelangten in dessen Hände, als er

[1]) Über ihn vgl. Droysen, Geschichte der preußischen Politik IV, 3 S. 207, 369/70.

[2]) G.St.A. R. 96 16 F.

[3]) G.St.A. R. 96 16 D, E. — Für die Briefe an Brühl verlangte Grumbkow von Friedrich Wilhelm ein Schriftstück, mit dem er sich später rechtfertigen könne. R. 96 16 E, 16. Januar 1733: Grumbkow an Friedrich Wilhelm.

[4]) Hierunter fasse ich nicht seinen Absagebrief vom 3. Oktober 1735 (s. Beilage), der mehr offizieller Natur ist. — Die übrigen Berichte sind z. T. bei Förster II und III veröffentlicht, oft nur im Auszug; einzelne davon vollständig bei Koser: Briefwechsel Friedrich des Großen mit Grumbkow und Maupertuis.

[5]) Brfw. S. 115: Grumbkow an den Kronprinzen, 22. Okt. 1735.

[6]) Ebenda.

schon König war, im wesentlichen nur seine eigene Korrespondenz mit Grumbkow, wenige Mitteilungen Grumbkows an ihn[1]) und einige zwischen Grumbkow, Hille und Wolden gewechselte Briefe.[2]) Sonst ist Grumbkows Nachlaß, der im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin aufbewahrt wird, sehr klein und wenig ergiebig. Von eigenhändigen Aufzeichnungen Grumbkows findet sich nichts darunter; das meiste sind Berichte und Nachrichten an ihn. Grumbkow wird wohl auch seine eigenen Notizen und Kopien von Briefen größtenteils vernichtet haben, möglicherweise auch sein Tagebuch. Jedenfalls ist es bis heute nicht aufgefunden und doch hat es existiert, wie eine Bemerkung in dem Tagebuch des Barons Seckendorff — dem Neffen des älteren, der seit 1734 in Berlin weilte, wo er die Rolle seines Onkels fortführen sollte[3]) — beweist.[4]) Dieselbe Notiz deutet auch an, daß einzelnes aus dem Grumbkowschen in das Seckendorffsche Tagebuch übergegangen ist. Aber da Grumbkow ein Interesse daran hatte, dem jüngeren Seckendorff eine falsche Meinung von sich beizubringen, können diese Mitteilungen kaum solcher Art gewesen sein, daß aus ihnen — was für uns hier am meisten in Betracht kommt — die Motive von Grumbkows Politik hervorgegangen wären.[5]) Und so könnte man auf Grumbkow besonders das Wort anwenden, das Seckendorff über den ganzen preußischen Hof ausspricht: „Die Verstellung ist im preußischen Hause so eingewurzelt, daß man mit Gewißheit von nichts sprechen kann".[6])

Von eigenen Aufzeichnungen Grumbkows, die nicht mehr

---

[1]) Die meisten Briefe Grumbkows an den Kronprinzen, die Koser im Brfw. bringt, sind nach Abschriften im K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien veröffentlicht.

[2]) Ebenfalls im Brfw. abgedruckt.

[3]) G.St.A. R. 1 Conv. 77 B, 22. Juni 1734. Seckendorff an die preußischen Minister: „Nachdem ich mich bey Ihro Königl. Maj. in Preußen allbereith beurlaubet, und meine Reiß zur Armee am Rhein morgenden tags geliebts Gott, unfehlbar antretten werde, So wird zwahr der kayserl. Resident Herr v. Demeradt zur Besorgung derer Reichs und anderen publique Geschäften, ferner wie bißhero alhier verbleiben. Hingegen Ihro Kayserl. und Kath. Maj. allerhöchst vor guth gefunden, diejenige Verrichtungen, welche den geheimen Allianz-Traktat von a. 1728 und die daher fließenden reciproque Verbindlichkeiten betrachten, meinen allhier zurücklassenden Vettern (sonst als Neffe bezeichnet) allergnädigst zu committieren.

[4]) Journal secret du Baron de Seckendorff, Tubingue 1811 S. 10; le journal de Grumbkow de ce jour dit ...

[5]) Über einzelne, meist unpolitische Nachrichten ist Seckendorff gut unterrichtet. Er ist wohl auch in der Eintragung der ihm zukommenden Mitteilungen genau. Indessen ein selbständig guter Beobachter war er wohl kaum; vgl. z. B. Journ. secr. S. 183.

[6]) Förster III, 148 (11. April 1733!).

vorhanden zu sein scheinen und doch wohl, wenn man Manteuffels Bericht[1]) Glauben schenken darf, existiert haben, sei auch noch eine Schrift erwähnt, die auf Grumbkows Befehl nach seinem Tode dem König zugestellt worden ist. Grumbkow hat darin augenscheinlich den Stand der preußischen Politik, allerdings in der Hauptsache wohl während seiner letzten Lebenszeit, behandelt, aber wahrscheinlich hatte er dabei auch in der Übersicht oder um des Zusammenhangs willen die früheren Jahre gestreift.

Im ganzen sind sieben Aktenbände — außer dem Nachlaß — von Berichten und Korrespondenzen von und an Grumbkow im Geheimen Staatsarchiv aufbewahrt, nicht viel in Anbetracht der zahlreichen geheimen Korrespondenz, die Grumbkow geführt hat. Und wenn man die Art dieser Akten bedenkt, so nimmt es nicht wunder, daß die wichtigste Quelle für Grumbkow heute Berichte über ihn sind, und zwar in erster Linie Seckendorffs Briefwechsel mit dem Prinzen Eugen. Doch geht er in der Veröffentlichung bei Förster nur bis zur Mitte des Jahres 1733[2]) und besitzt den Nachteil, daß er seiner Natur nach meist nur Befehle mitteilt oder ihre Befolgung meldet, seltener aber die Art, wie ihre Ausführung vor sich ging. Und gerade das ist für eine Beurteilung Grumbkows von größter Bedeutung.

Für die Zeit, da Grumbkow französische Politik getrieben hat, treten die Berichte La Chetardies an die Stelle der Seckendorffschen.[3]) Doch sind sie lange nicht so ergiebig wie die des österreichischen Gesandten.

Eine Quelle weit geringeren Werts sind die wenigen Briefe des Sachsen Manteuffel über Grumbkow.[4]) Einzelne

[1]) Act. Bor. V, 2 S. 706. Manteuffel an Brühl, 18. März 1739: „Il tira de son bureau un ample écrit qu'il avait apparemment préparé de longue main, le cacheta lui-même, y mit l'adresse au Roi son maître avec un ordre à ses gens de l'envoyer par une estafette à Sa Majesté dès qu'ils le verraient expiré", und am 20. März: „Le paquet de feu maréchal de Grumbkow a été remis au Roi avant hier à midi", und am 26. März (S. 709): „Mais ce qu'il a fait de mieux pensé . . . c'est cet écrit cacheté . . . Tout le contenu n'en est pas encore connu, mais il y a apparence qu'il le sera successivement et par morceau, et à en juger par l'échantillon qu'on vient de m'en rapporter, il doit être très solidement conçu. Cet échantillon regarde l'affaire de Juliers". — Unter Grumbkows Nachlaß findet sich aber nur ein Memoire von Podewils, Grumbkows Schwiegersohn, über die Erwerbung von Jülich und Berg. R. 92 No. 17.

[2]) Im Juni 1734 ging Seckendorff bereits von Berlin weg; vgl. Journ. secr. S. 1 u. 6 Anm. 3.

[3]) Veröffentlicht bei Lavisse, Le Grand Frédéric avant l'avènement, Paris 1893.

[4]) Act. Bor. V, 2 S. 706 ff. I, 179. — Über Ernst Christoph Manteuffel vgl. A.D.B. Bd. 20 S. 256.

Bemerkungen fanden sich noch in den Mémoires de Brandebourg, den Memoiren der Markgräfin von Baireuth und des Barons Pöllnitz und in einigen Darstellungen des Lebens Friedrich Wilhelm I. von Zeitgenossen. Indessen sind das ja Quellen sehr ungleicher Natur, meist nicht glaubhaft.

Aus dieser Zusammenstellung geht im ganzen wohl hervor, daß das für Grumbkow vorliegende Material sehr unzulänglich ist, und daß infolgedessen im öfteren nur Vermutungen geäußert werden können, Vermutungen, die vielleicht durch spätere Aktenfunde einmal ausgeglichen werden können.

Es liegt an dieser Mangelhaftigkeit des Materials, daß die bisher über Grumbkow aufgestellten Ansichten unbestimmt und unsicher sind. Im wesentlichen stehen sich hier zwei Meinungen gegenüber.

Die älteste Darstellung ist Stenzels Werk. Seine Auffassung von Grumbkow tritt aus folgenden Worten hervor: „Grumbkow war an sich nicht bösartig ... ein Egoist, der ebensowenig seinen Fürsten als dessen Haus und Land liebte, sondern nur bemüht war, durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel ... sich bei dem König in Ansehen zu erhalten, endlich ... um seinen Aufwand zu bestreiten, bestechlich und so Verräter seines Herrn und seines Landes".[1])

Sachlich und auch zeitlich am nächsten steht Stenzels Ansicht die von Carlyle, der Grumbkow „schlau, gierig und verschlagen" nennt.[2])

Von neueren Arbeiten nimmt Lavisse[3]) diese Meinung im wesentlichen wieder auf.

Das Extrem zu dieser Anschauung bildet die von Arneth,[4]) Brode[5]) und Ausländer[6]) geäußerte.[7]) Arneth tadelt allerdings, daß Grumbkow von Österreich Geld annahm, aber er meint, „es war Grumbkows feste Überzeugung, daß es nicht nur die Pflicht

---

[1]) Stenzel, Geschichte des preußischen Staats, Hamburg 1841, III, 529; vgl. auch III, 624.

[2]) Carlyle, Geschichte Friedrichs II. von Preußen, deutsche Ausgabe von Neuberg, Berlin 1858, I, 312; vgl. I, 472.

[3]) La Jeunesse du Grand Frédéric, Paris 1891, S. 88, 163 und Le Grand Frédéric avant l'avènement, Paris 1893, S. 227.

[4]) Arneth, Prinz Eugen, Wien 1858, III.

[5]) R. Brode, Friedrich der Große und der Konflikt mit seinem Vater, Leipzig 1904.

[6]) Fr. Ausländer, Friedrich Wilhelms I. Verhältnis zu Österreich, vornehmlich im Jahre 1732, Königsberger Diss. 1908.

[7]) Auch die Artikel über Grumbkow von R. v. Grumbkow in der A.D.B. Bd. 10 S. 22ff. und von R. Pallmann in der Ersch und Gruberschen Realenzyklopädie, den Brode S. 390 zitiert, sind hier zu erwähnen.

des Königs als des mächtigsten Fürsten des Deutschen Reiches, sondern auch dessen wahrer Vorteil sei, sich in Streitigkeiten mit fremden Mächten auf die Seite des Reichsoberhauptes zu stellen".[1]) Grumbkows Abschwenken zu Frankreich berührt Arneth allerdings nicht.

Noch weit mehr nimmt Reinhold Brode Grumbkow in Schutz: „Grumbkow war kein käuflicher, kein grundsatzloser Minister. Er hat niemals die Gesinnung gewechselt, er hat niemals einem Herrn, der ihm traute, die Treue gebrochen".[2]) Und etwas weiter: „Man höre also auf, das unkritische Gerede von ‚Verrat' und ‚feiler Bestechlichkeit' in bezug auf Grumbkow zu wiederholen".[3])

Dieser Anschauung steht Ausländer nahe, wenn er sich auch selbst nirgends auf Brode bezieht. Nach ihm ging Grumbkows Verhältnis zu Österreich allerdings „an die Grenze des auch nach den recht laxen Begriffen des 18. Jahrhunderts für einen Diplomaten Erlaubten". Indes sei es nicht zu beweisen, daß er „um persönlichen Vorteils wider seine bessere Einsicht das österreichische System vertreten habe".[4]) Und an einer anderen Stelle[5]) spricht Ausländer sogar „von dem preußischen Stolz", der sich in Grumbkow regte.

Zwischen der Ansicht von Stenzel, Carlyle, Lavisse auf der einen Seite und der von Arneth, Brode, Ausländer auf der anderen stehen die von Ranke, Droysen und Koser.

Nicht ganz durchsichtig ist Rankes Auffassung. In seinem Urteil besonders tritt die durch das unvollkommene Quellenfundament gebotene Vorsicht zutage. So spricht er sich nicht deutlich genug über die Kernfrage, über Grumbkows Stellungnahme zu Österreich, aus. Er sagt nur: „Grumbkow nahm es sich nicht übel, eine Pension von Österreich zu beziehen", und er spricht von der „Hingebung, die er gegen dieses Land an den Tag gelegt habe[6]".) Aus welchen Motiven heraus nun diese Hingebung eigentlich erfolgt ist, wird indessen nicht klar gesagt. Möglich, daß auch Ranke an eine gewisse Eigennützigkeit Grumbkows denkt. Die oben angeführten Worte und die dann folgenden: „Um das Vertrauen, dessen er doch nie ganz sicher war, zu behaupten, versäumte Grumbkow keine Mittel,

---

[1]) a. a. O. S. 209.
[2]) a. a. O. S. 390.
[3]) a. a. O. S. 391.
[4]) a. a. O. S. 50; vgl. ebenda S. 51/52.
[5]) a. a. O. S. 35.
[6]) S. W. Bd. 27/28 S. 243.

selbst nicht das ganz widerwärtige der Besoldung untergeordneter Hausgenossen“ scheinen darauf hinzuweisen.

Der gleiche Grund für die zurückhaltende Beurteilung Grumbkows wie bei Ranke liegt wohl auch bei dem sonst so bestimmten Droysen vor. Bei der Besprechung der species facti vom Jahre 1736[1]) äußert er sich folgendermaßen: „Wie immer man von Grumbkow denken mag, wenigstens war er nicht so dem kaiserlichen Interesse ergeben, daß er sich demselben blindlings hätte opfern sollen, wenigstens hatte er Verstand genug, nicht mehr für eine Politik, die ... unmöglich geworden war, eintreten zu wollen. Es mag dahingestellt bleiben, ob er endlich die doch zu weit getriebene Mißachtung und Mißhandlung seines Königs empfand und sich zu Herzen nahm, aber er war persönlich gereizt“. In der Darstellung der Geschichte Friedrich Wilhelms I. nennt Droysen Grumbkow einen geschmeidigen Intriganten und meint, daß es unzweifelhaft sei, daß ihn nicht bloß politische Motive an Seckendorff und die kaiserlichen Interessen knüpften.[2]) Aus persönlichem und aus preußischem Interesse läßt Droysen Grumbkow also auf österreichischer Seite stehen.

Die eine Gruppe der Historiker — Stenzel, Carlyle, Lavisse — nahmen Eigennutz als treibendes Motiv bei Grumbkow an; die andere — Arneth, Brode, Ausländer —, besonders die beiden letzten, suchten so etwas wie einen preußischen Patrioten aus ihm zu machen. Nicht deutlich einreihen ließ sich Rankes Ansicht, wenn er auch zur ersten Gruppe hinzuneigen scheint. Für sich allein steht auch Droysen mit der Meinung, daß Grumbkow aus eigenem und allerdings zu geringerem Teil auch aus preußischem Interesse zu Österreich hielt.[3])

Diese Auffassung erweitert Koser, indem er eigenes, österreichisches und etwas preußisches Interesse bei Grumbkow mitspielen läßt. In der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Briefwechsel Grumbkows mit Friedrich dem Großen sagt er: „Grumbkow hatte Friedrich Wilhelms Stimmung seine Taktik angepaßt und sie ausgenützt, für Österreich und für sich. Auch er bis zu gewissem Grade aufrichtig, hatte wirklich geglaubt, daß der bergische Erbanspruch seines Gebieters bei engem An-

---

[1]) Droysen IV, 4 S. 435.
[2]) Droysen IV, 3 S. 87.
[3]) Hier ist es wohl auch der Ort, auf eine Bemerkung Schmollers, Friedrich Wilhelm I. und das politische Testament von 1722 S. 7, hinzuweisen: „Daß er (Grumbkow) (später) auf österreichischer Seite war, hat seine Ursache jedenfalls nicht bloß in der dem König bekannten österreichischen Pension“.

schluß an den Kaiser am sichersten gewahrt sein werde. Als sich die Voraussetzung als hinfällig erwies, als der Wiener Hof die Erwartungen des Königs von Preußen und die eigenen Zusagen nicht erfüllte, da hielt es auch Grumbkow an der Zeit, sich abzuwenden".[1])

In Anbetracht dieser mannigfaltigen, teils einander widersprechenden und in ihren Einzelausführungen oft unklaren Urteile über Grumbkow mag ein Versuch, durch Nachprüfung unseres Quellenfundaments vielleicht doch einen festen Standpunkt zu Grumbkows Verhalten in der auswärtigen Politik seines Herrn zu gewinnen, nicht unangebracht erscheinen. Immer werden wir uns aber dabei der Grenze unseres Erkennens, der Unzulänglichkeit des für Grumbkow vorliegenden Materials, bewußt sein müssen.

Zweites Kapitel.

Ein Überblick über Grumbkows Stellung bis zum Jahre 1732.

Das Jahr 1732 zeigt die preußische Politik im wesentlichen noch auf dem Boden des Berliner Vertrages vom 23. Dezember 1728, also im besten Einvernehmen mit Österreich. Damals befand sich auch der Mann, durch dessen Vermittlung dieser Vertrag besonders zustande gekommen ist, Friedrich Heinrich Graf von Seckendorff im „Zenith seines Glückes"[2]) und sein Genosse in dieser Politik, Friedrich Wilhelm von Grumbkow, stand noch fest an seiner Seite.

Seit Seckendorffs Ankunft in Berlin, seit dem Mai 1724,[3]) hatte Grumbkow, der im Jahre 1712 noch auf seiten der französischen Partei stand[4]) und von dem Pöllnitz sagt,[5]) daß Seckendorff ihn gegen Österreich eingenommen fand, sich dem österreichischen Gesandten und seinem politischen System zugewandt. Seckendorff selbst stellte Grumbkow dieses Zeugnis aus, indem er an Eugen schrieb[6]): „Herr von Grumbkow hat wenigstens

[1]) Brfw. S. XXVI; vgl. auch Koser, Geschichte Friedrichs des Großen, Stuttgart und Berlin 1912, S. 158.

[2]) Weber, Aus 4 Jahrhunderten N. F. II, 233.

[3]) Förster II; Urkundenb. S. 6, Eugen an Seckendorff, Wien 19. April 1724 und 24. Mai 1724.

[4]) Act. Bor. I, 177. Brief des österreichischen Gesandten am 24. Nov. 1721.

[5]) a. a. O. II, 158.

[6]) Förster II Urk. S. 66, 12. Juni 1726.

das an sich, daß er in die Jahre her mir alle Intriguen, Projekte und Sentiments des Königs und seines Ministerii entdeckt, sich auch nochmals auf das Kräftigste anheischig gemacht, mir von allem genaue Nachricht zu geben".

Seckendorff und Grumbkow kannten sich schon aus dem spanischen Erbfolgekrieg.[1]) Eine Erneuerung ihrer Bekanntschaft war um so selbstverständlicher, als der Österreicher seinen alten Waffengefährten, der schon damals bei Friedrich Wilhelm sehr gut angeschrieben war,[2]) für seine Zwecke gut gebrauchen konnte. Überdies mußte Grumbkow natürlich auch amtlich mit dem Gesandten Österreichs verkehren. Im Auftrage des Königs schickte er ihm öfters Schriftstücke zur Begutachtung zu.[3])

Daß Grumbkow schon damals von Österreich Geld bekam, läßt sich nicht nachweisen;[4]) aber die Wahrscheinlichkeit, daß ihm sichere Versprechungen auf spätere Zeit gemacht wurden, ist doch wohl ziemlich groß. Zurückzuweisen ist aber Stenzels Ansicht, daß Grumbkows Annäherung an Seckendorff mit seinem Konflikt mit Leopold von Dessau zusammenhängt.[5]) Stenzel folgt in seiner Auffassung noch zu sehr den Memoiren der Markgräfin von Baireuth, die bekanntlich den Streit ganz zuungunsten Grumbkows schildert. In Wirklichkeit hatte Grumbkow in diesem Streit nicht eine Verminderung seines Einflusses auf den König zu fürchten gehabt, wie Stenzel meint. Der streng gerechte Sinn Friedrich Wilhelms hatte, unabhängig von Freundschaftsgefühlen, sich auf die Seite gestellt, wo das Recht lag, auf die Seite Grumbkows. Er suchte den Streit zwischen den beiden Männern, die seinem Staate so wichtige Dienste leisteten, friedlich beizulegen, aber nicht durch ein unwiderrufliches Machtwort, sondern nach vorheriger Übereinkunft mit Grumbkow.[6])

Als dann im Juni 1726 Seckendorff als ständiger privater

---

[1]) Förster II Urk. S. 86: Berliner Journal Seckendorffs vom 25. Juni bis 25. Juli 1726.

[2]) Weber N. F. I, 132: Der Generalmajor v. Forçade zu dem sächsischen Gesandten Suhm 1721: S'il y a quelqu'un que le roi écouteroit c'est Grumbkow. Ein belangloser Brief von Forçade an Grumbkow und eine Antwort von Grumbkow aus dem Jahre 1730 findet sich in Grumbkows Nachlaß R. 92 Nr. 3.

[3]) Das geht aus einer Bemerkung Friedrich Wilhelms an Grumbkow hervor: „Montrez cela au général de Seckendorff et mandez moi comment qu'il faut répondre", das ist mir zu hoch und verstehe wahrlich nicht zu beantworten; G.St.A. R. 96, 2 L. 1.

[4]) Anders Stenzel III, 540.

[5]) Ebenda.

[6]) Act. Bor. Erg.-Bd. (S. 82). Cabinettsordre an Grumbkow: Ihr sollet aber vorher Eure Meinung schreiben, ob Ihr damit zufrieden seid. Für den Konflikt vgl. ebenda (S. 44—84).

Gesandter des Prinzen Eugen nach Berlin kam[1]) — die zufällige erste Begegnung mit dem König im Juni war nach Pöllnitz[2]) zwischen Seckendorff und Grumbkow verabredet — wurden die Beziehungen zwischen beiden dauernd. Seckendorff erkannte sofort, von welcher Bedeutung und von welchem Vorteil es für ihn war, wenn er sich der Hilfe Grumbkows bei der Durchführung der österreichischen Politik am Berliner Hofe bedienen konnte. Gleich aus seinen ersten Berichten an den Prinzen Eugen geht dies deutlich hervor. In dem Berliner Journal vom 5. Juni bis zum 5. Juli 1726 schreibt er[3]): „Denn obwohl Grumbkow mit den Staatsaffairen eigentlich nichts zu tun und von Ilgen und Cnyphausen, weil er in Faveur des Königs ist, äußerst gehaßt wird, so führt er doch die geheimste Correspondenz für den König nach Spanien, Frankreich und England, alles zwar unter dem Namen einer personellen Correspondenz, doch mit Vorwissen und Bewilligung des Königs“,[4]) und Sinzendorf, dem österreichischen Hofkanzler versichert er,[5]) „daß Grumbkow, obwohl er eigentlich nichts im Staatsministerium zu tun habe, doch das meiste Gehör und Zutritt bei dem Könige habe“. Im selben Sinn schreibt er an den Kaiser,[6]) daß der König mit Grumbkow fast „alle Dinge von Importanz im Geheimen überlege“.

Auch Prinz Eugen selbst erkannte jederzeit die Bedeutung an, die Grumbkow für die Durchführung der österreichischen Politik am Berliner Hofe hatte; er schrieb ihm Briefe, in denen er ihn seines größten Wohlwollens versichert.[7])

---

[1]) Im Mai ist Seckendorff bereits in Berlin (Förster II Urk. S. 59); am Abend des 30./31. begleitet er Friedrich Wilhelm, der nach Ostpreußen ging, bis an die Grenze (Förster II Urk. S. 63; Erg.-Bd. S. 339, Brfw. Nr. 418), ging auf sein Gut Meuselwitz im Altenburgischen und kehrte erst am 25. Juni definitiv nach Berlin zurück (Förster II Urk. S. 77).

[2]) a. a. O. S. 158/59; vgl. Droysen a. a. O. IV, 4, 455 species facti.

[3]) Förster II Urk. S. 86.

[4]) vgl. Droysen IV, 3, 87; nach Erg.-Bd. S. 50 geschah dies seit 1719.

[5]) Förster II Urk. S. 121, 1. Aug. 1726.

[6]) Ebenda S. 157, 14. Okt. 1726.

[7]) G.St.A. R. 96 Conv. 16, 5. März 1731. Je ne saurai laisser partir Monsieur votre fils, sans vous témoigner, Monsieur, combien j'ai été ravi de voir une personne qui vous appartient de si près . . . Quel plaisir ne serait pas le mien si après tant des années que je suis privé de celui de vous voir les circonstances du temps me prouvroient cette satisfaction. Vous connaîtriez alors par vous même, Monsieur, qu'une si longue absence n'a rien diminué de l'amitié que j'ai toujours eue pour vous et sur laquelle vous pouvez compter absolument dans toutes les occasions qui se présenteront . . . vous pouvez être persuadé que Sa Maj. Imp., parfaitement instruite de ce que vous avez fait jusqu'ici pour le maintien de l'union des deux cours, ne sauroit être dans des sentiments plus favorables, et à votre

Und nicht nur die österreichischen Politiker hatten Grumbkows Einfluß richtig eingeschätzt. Auch der französische Gesandte La Chetardie war sich bewußt, wieviel darauf ankam, Grumbkow an sich zu fesseln. Unter den vier Punkten, die er in seinen Berichten namhaft machte als die, die Seckendorff das Übergewicht über ihn geben, nannte er an erster Stelle den, daß der Österreicher Grumbkow in seinem Solde habe.[1]) So hatten also die Vertreter der beiden großen europäischen Mächte, die damals — in entgegengesetzter Politik — ihren Einfluß in Preußen geltend zu machen suchten, denselben Weg dazu herausgefunden. Die gleiche Wahl der Mittel, die Übereinstimmung in ihrem Urteil über Grumbkows Bedeutung gibt ein deutliches Bild von seiner Machtstellung.

Der Einfluß Grumbkows auf den König beruhte zunächst wohl auf Grumbkows Persönlichkeit. Schon seit seiner frühesten Jugend stand er in brandenburgischen Diensten.[2]) Mit sechs Jahren war er bereits brandenburgischer Kammerjunker. Durch Studien und Reisen im Ausland — wie es damals allgemein üblich war —, besonders in Holland, hatte er sich weiter gebildet.[3]) Dann war das Patenkind des großen Kurfürsten, trotz des Alterunterschiedes von zehn Jahren, früh zu dessen Enkel in Beziehung getreten. Es hieß, daß der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm ihn für seine Absichten gebrauche.[4]) Bereits im spanischen Erbfolgekrieg waren die beiden näher bekannt geworden, und Grumbkow, der sich im vertrauten Kreis von Eugen und Marlborough[5]) befand, machte — nicht zum wenigsten deshalb — auf den Kronprinzen einen sehr guten Eindruck.[6])

égard, et à celui de toute votre famille, et il ne tiendra qu'à vous, Monsieur, d'en profiter pour nous deux de voir liés d'une amitié aussi étroite nos deux maîtres et regardant cette heureuse liaison en partie pour notre ouvrage, nous ne devons rien négliger, pour la reserrer de plus en plus.

[1]) Lavisse a. a. O. S. 30, Depesche vom 21. Okt. 1733.

[2]) König, Biographisches Lexikon S. 82; Cosmar und Klaproth, Der preußische Staatsrat S. 398.

[3]) Wir besitzen noch die Instruktion, die sein Stiefvater Franz Meinders seinem Hofmeister mitgegeben hatte (veröffentlicht in Schmollers staats- und sozialwissenschaftlichen Studien Bd. XI Heft 4 S. 145, zitiert Brfw. S. XI und Act. Bor. I, 76 Anm.).

[4]) Act. Bor. I, 177: der österreichische Gesandte am 29. Nov. 1712.

[5]) Benekendorf, Karakterzüge aus dem Leben König Friedrich Wilhelm I., Berlin 1787—1798, VII S. 88: Dieses Regiment stand dazumal bei der Preußischen Armee in den Niederlanden, in welchem Feldzuge der von Grumbkow ebenfalls Brigadierdienste tat. König Friedrich I. trug ihm bei dieser Gelegenheit verschiedene Angelegenheiten sowohl bei dem Milord Herzog von Marlbroug als auch Prinzen Eugen von Savoyen auf.

[6]) Pöllnitz II, 11.

Er war weltmännisch gebildet, klug, energisch, eine gesellige, impulsive, frische Natur, die den Glanz und gutes Leben über alles schätzte, dabei aber doch arbeitsam war. Grumbkow verstand es, seinen Tag so mit den mannigfachsten Beschäftigungen auszufüllen, daß Friedrich Wilhelm seine Lebensweise als ein Muster ansehen konnte. Neben seiner ausgedehnten Berufsarbeit fand er noch Zeit, literarische Neuerscheinungen mit regem Interesse zu verfolgen, ja er hatte sogar noch drei bis vier Stunden täglich für das Vergnügen übrig.[1]) Dabei lebte er im Grunde nur für den Augenblick und war ohne jegliche Ideale. Man war gewohnt, ihn meist heiter, zufrieden und guter Laune zu sehen, so daß noch 1738 Friedrich Wilhelm ihm schreiben konnte: „Ein Mann wie Sie muß sich über die Unglücksfälle, die untrennbar vom menschlichen Leben sind, hinwegsetzen und die Heiterkeit des Herzens bewahren".[2]) Daß er sich nicht immer gerade im Zaum halten konnte, schadete ihm öfters.[3]) Seine scharfe Zunge war gefürchtet und hatte ihm zahlreiche Feinde unter den Beamten verschafft,[4]) während er bei seinem verschwenderischen Hang im Volke sehr beliebt war.[5]) Seine derbe, oft burschikose Art — man denke nur an die Szene, da er im Tabakskollegium, als der König gegen Österreich wütete, einen Brummkreisel auf dem Tisch tanzen ließ[6]) — sagte der darin verwandten Natur Friedrich Wilhelms zu. Dazu wußte er sich einen Anstrich von Treuherzigkeit, Ehrlichkeit und Biederkeit zu geben[7]) und dahinter sein intrigantenhaftes Wesen zu verbergen. Während zwischen Eugen und Seckendorff um eine Pension für ihn unterhandelt wurde, erzählte Grumbkow dem König in einer fast zweistündigen geheimen Unterredung, daß es an seinem Hofe zwei Parteien, Whigs und Tories, gäbe. Die eine sei kaiserlich, die andere hannöverisch gesinnt. Er, Grumbkow, sei weder das eine noch das andere, sondern gut preußisch. Und schlau berechnend fügte er hinzu, er wäre folglich für dasjenige, „was bei den gefährlichen Conjekturen am convenabelsten und sichersten wäre".[8])

---

[1]) Act. Bor. V, 2 S. 708: 24. März 1739.
[2]) G.St.A. R. 96, 16 G, 5. Dez. 1738.
[3]) z. B. Förster II Urk. S. 10: Seckendorff an Eugen, 9. Juni 1724.
[4]) Ebenda.
[5]) Act. Bor. V, 2 S. 706: Manteuffel an Brühl, 18. März 1739.
[6]) Förster II, 140.
[7]) z. B. G.St.A. R. 96, 16 C, Wackerbarth, sächsischer Minister (vgl. A.D.B. Bd. 40) an Grumbkow, 13. April 1731: S'il est question de parler de négligence qu'avec votre droiture et cordialité Pommérianienne direz-vous?
[8]) Förster II Urk. S. 197: Eugen an Seckendorff, 4. Dez. 1726; vgl. Brfw. S. XIII unten; Förster III, 340/41. Brode S. 338 und Ausländer S. 51 halten

Gesellige Talente und Trinkfestigkeit — Grumbkow hatte ja den Beinamen Biberius[1]) — machten ihn dem Könige außerdem noch zu einem angenehmen Genossen.[2])

Vor allem aber schätzte Friedrich Wilhelm ihn als Beamten. Er hatte ein solches Vertrauen in ihn gesetzt, daß er bei seinem Regierungsantritt ihm schreiben konnte: „Ich lege meine Krone und mein Heer in Eure Hände".[3]) 1716 ernannte er ihn zum einzigen Leiter des Generalkommissariats, das er seit 1712 mit Blaspiel zusammen verwaltet hatte,[4]) und 1723 wurde er als Vizepräsident an die Spitze des Generaldirektoriums gestellt.[5]) Damit fiel ihm die Leitung des ersten Departements zu, in dem die „Preußische Vor- und Hinterpommersche und Neumärkische Affairen, ingleichen die Grenzsachen und was die Ausrodung und Räumung der Brücher betrifft, vorgetragen und ausgemacht wurde".[6]) In dieser Stellung blieb Grumbkow bis zu seinem Tode. Daß Friedrich Wilhelm ihn damit zum Leiter seiner eigensten Schöpfung gemacht hatte, die ihm so sehr am Herzen lag, zeigt am deutlichsten, wie viel er von diesem Manne hielt,[7])

---

diese Äußerung Grumbkows für aufrichtig. Ihrer Ansicht, die eben aus einer ganz anderen Grundauffassung der Persönlichkeit Grumbkows entspringt, steht schon die Kosers (Brfw. S. XIII) entgegen.

[1]) So wird er z. B. im Journ. secr. und der sächsischen Korrespondenz meist genannt.

[2]) Act. Bor. I, 179, Manteuffel an Flemming, 13. Febr. 1712: Tout son mérite consiste à être bon harlequin et, selon l'humeur de certains gens, agréable débauché.

[3]) Droysen IV, 2 1. Abt. S. 9. Die Stelle lautet nach G.St.A. R. 96, 16 A ausführlich: J'ai bien reçu vos deux lettres et vous pouvez être persuadé que je serai toujours à M. Ilgen et à vous votre fidèle maître puisque je suis tout à fait persuadé que vous deux me rendrez bous services et vous deux pouvez bien être persuadé que j'ai toute la confiance à vous puisque je rejette tout à fait les affaires d'Etat dans les mains de M. Ilgen et ma couronne et mon armée dans vos mains. Soyez seulement persuadé quand vous me servirez que vous aurez pas seulement un bon maître, mais un ami qui regardera vos dettes et qui tâchera à mettre vos affaires aussi en état.

[4]) Act. Bor. I, 179, 184; vgl. S. 356.

[5]) Act. Bor. III, 670, 23. Jan. 1723.

[6]) Ebenda S. 582. Instruktion des Generaldirektoriums: Art. 2 der Ministrorum Functiones; vgl. ebenda S. 662, 670 und Act. Bor. IV, 1 S. 316, 547. Über Grumbkows amtliche Tätigkeit sagt Schmoller a. a O. S. 7: „In unseren großen archivalischen Sammlungen liegen die Beweise für seine Tätigkeit als Minister. Ich glaube, sie werden zu seinen Gunsten sprechen".

[7]) Droysen IV, 2 S. 350. Noch fünf Tage vor seinem Tode. am 13. März 1739, schreibt Grumbkow Friedrich Wilhelm, nachdem er ihm eine Schilderung seines schweren Krankheitszustandes gemacht hat: „Je fais ce détail à V. Maj. afin qu'elle soit informée pourquoi je ne va pas au directoire quoique je puis assurer à V. Maj. que rien est négligé et que le travail se fait non sans exactitude; dès que je ne serai plus en état, j'en avertirai V. Maj. fidèlement". G.St.A. R. 96, 16 G.

und so wundert man sich beinahe über das nicht gerade übermäßig günstige, aber zutreffende Urteil des Königs über Grumbkow in dem politischen Testament von 1722[1]): „Grumbkow ist sehr geschickt, denn er die Accisesachen wohl verstehet, er ist aber sehr interessiert und auf seine Absichten; gehet mit ihm höflich um, aber machet ihm nichts weiß, alsdann Ihr von ihm wohl gedienet werdet und bezeugt ihm Confidenz".

Dabei zeigte sich das Vertrauen, das der König in Grumbkow setzte, nicht nur in Fragen der inneren Staatsverwaltung. Einen ganz besonders starken Ausdruck gab Friedrich Wilhelm ihm dadurch, daß er Grumbkow in die Kommission berief, die über den Kronprinzen zu Gericht sitzen mußte.

Am meisten befestigte sich Grumbkows Stellung aber durch den Einfluß, den der König ihm auf dem Gebiete der äußeren Politik gewährte. Er verwandte ihn teils im Geheimen, teils mit offenem diplomatischen Auftrag. Berichte anderer Gesandten und Diplomaten, z. B. die von Gotter[2]) schickte Friedrich Wilhelm Grumbkow zu und fragte ihn nach seiner Meinung. Auch die Kopien seiner eigenen Antworten fügte er bei,[3]) und all dies, ohne daß Grumbkow eigentlich etwas amtlich mit der auswärtigen Politik zu tun gehabt hätte. Des Königs Vertrauen zu Grumbkows ehrlichem Diensteifer war eben zu dieser Zeit noch ganz unerschüttert.[4]) Ohne jede Beeinträchtigung für ihn verliefen sogar die Beschuldigungen Hothams im Jahre 1730.[5]) Hotham hatte Friedrich Wilhelm durch einen aufgefangenen Originalbrief Grumbkows beweisen sollen, daß Grumbkow mit dem preußischen Gesandten in London, Reichenbach, in geheimer Korrespondenz stehe. Man hatte gedacht, auf diese Weise Grumbkow stürzen

---

[1]) Act. Bor. III, 456.

[2]) Gustav Adolf Freiherr von Gotter 1731—1736 preußischer Gesandter in Wien. Droysen IV, 3 S. 171 rechnet ihn zu Grumbkows Anhang; dagegen Ausländer S. 87; vgl. aber Förster III S. 378: Seckendorff an Eugen, 22. Febr. 1727: „Des Gotters geheime Korrespondenz ist von gutem Effect und kann man dem Mann an Handen geben, was er bei Gelegenheit insinuieren soll, denn er ist in gutem Credit bei dem Könige". Vgl. auch Förster III, 118: Eugen an Seckendorff, 29. Nov. 1732.

[3]) G.St.A. R. 96, 16 F.

[4]) Ebenda R. 96, 16 A, Der König an Grumbkow, 25. Juli 1730: Ne prenez aucun ombrage de qui que ce soit. Servez-moi toujours fidèlement comme je sois assuré que vous l'avez fait jusqu'ici: Je saurais vous protéger en cas que tout le monde fût contre vous, il vous suffira que je serai votre soutien.

[5]) Droysen IV, 3 S. 101/02; Bernbeck, Die Denkwürdigkeiten der Markgräfin von Baireuth und die englisch-preußischen Heiratsverhandlungen vom Jahre 1730, Gießen 1894, S. 57 ff.

zu können. Aber der König wollte in ihm nichts als den treuen Diener und Freund sehen.[1])

Indessen in diesem Lichte erschien Grumbkow nur dem Könige. Anders urteilten die meisten der Zeitgenossen. Die Königin als das Haupt der hannöverschen Partei haßte Grumbkow unversöhnlich, ja ihre Rache ging so weit, daß sie ein ihm geschenktes Bild unter kränkenden und entehrenden Umständen zurückforderte.[2]) Der Kronprinz dagegen war gezwungen, sich mit Grumbkow gut zu stellen; konnte er bei dessen einflußreicher Stellung doch nur so Erleichterung seiner Lage erhoffen. Aber trotz der äußerlich freundlichen und zahlreichen Briefe mit Freundschaftsversicherungen Friedrichs wie etwa folgende[3]): „Also mein lieber Freund, wir wollen nie glauben, was man uns darüber sagen wird; wir wollen einander vertrauen, solange Taten uns nicht Grund zu Mißtrauen geben, und wir wollen uns wohl hüten, unser Ohr verleumderischen Vorschlägen, die man uns gibt, zu leihen“ und obgleich Grumbkow ihm und Wilhelmine durch österreichisches Geld in ihrer Verlegenheit half,[4]) hat Friedrich doch nie aufgehört, in ihm seinen einstigen Peiniger zu sehen. Und so schreibt er nach Grumbkows Tod an Wilhelmine[5]): „Heut wird die Beisetzung des Marschalls Grumbkow stattfinden, dessen Andenken ein Gegenstand fast allgemeinen Abscheus ist.[6]) Sein Tod ist für mich der denkbar größte Gewinn, und ich zweifle auch nicht, daß wir jetzt aufatmen werden nach langem Unwetter“. Grumbkow selbst hatte sich auch wohl keine Illusionen über ihr Verhältnis gemacht. Für ihn war es auf jeden Fall nützlich, bei der schwankenden Gesundheit des Königs sich den Thronfolger zu verpflichten. Friedrich war sich seines Wertes für Grumbkow nur zu gut bewußt: „Ihr habt wirklich auch einigen Grund, Euch dafür (die Gesundheit des Kronprinzen) zu interessieren, denn Ihr würdet in mir einen guten Freund verlieren, der eines Tages in der Lage sein würde, seine Freund-

[1]) Carlyle II, 137 meint, daß schon bei dieser Gelegenheit „Saatkörner des Verdachts in betreff Grumbkows beim König aufsprossen“. Die Annahme ist wenig wahrscheinlich; es spricht z. B. dagegen, daß Grumbkow kurz darauf zum Richter in dem kronprinzlichen Prozeß ernannt wurde.

[2]) Förster III, 337: Seckendorff an Eugen, 22. Jan. 1727; vgl. auch ebenda S. 328, 340, 346; Förster II Urk. S. 157.

[3]) Brfw. S. 95, 29. Jan. 1733.

[4]) z. B. Brfw. S. 45, 50, 90; Förster III, 231/32, Auszüge aus den Gesandtschaftsrechnungen des Grafen v. Seckendorff, geheime Ausgaben betr. Weitere Angaben Brfw. S. 45.

[5]) Oeuvres de Frédéric le Grand XXVII a S. 62, 7. avr. 1739; vgl. auch die höhnische Grabschrift, ebenda S. 63 (auch oeuvres XIV, 168) und S. 67, Brief vom 27. Juli 1739.

[6]) vgl. dagegen Act. Bor. V, 2 S. 706.

schaft auf eine sehr wirksame Weise zu beweisen", schrieb er ihm.[1])

Am lebendigsten aber tritt uns der Haß gegen Grumbkow in Wilhelmines Memoiren entgegen: „Herr von Grumbkow kann als einer der geschicktesten Minister gelten, die es seit langer Zeit gegeben hat; er ist ein sehr höflicher Mann, der die Unterhaltung gewandt und geistreich führt, er ist gebildet, besitzt ein geschmeidiges und einschmeichelndes Wesen und gefällt besonders durch die Gabe, sich unerbittlich der Satire bedienen zu können, eine Fähigkeit, die heutzutage ja sehr beliebt ist. All diese glänzenden äußeren Seiten schließen ein schurkisches, eigennütziges und verräterisches Herz ein. Seine Lebensführung ist sehr zügellos, sein ganzer Charakter nur ein Gewebe von Lastern, die ihn zum Schreckbild aller guten Menschen gemacht haben".[2])

Daß Grumbkow auch bei seinen Kollegen sehr unbeliebt war,[3]) ist verständlich; sie waren natürlich auf den Günstling des Königs eifersüchtig. Auf ihr Zeugnis ist also weniger Wert zu legen. Auch die feindlichen Äußerungen Manteuffels,[4]) der eine Zeitlang Grumbkows entschiedener Gegner war, dürfen hier nicht mitsprechen. Wiederum von gegnerischer Seite ist die Charakteristik Grumbkows durch den französischen Gesandten in Berlin, La Chetardie, die aber bis auf weniges gut beobachtet ist[5]): „Grumbkow ist der einzige, der Einfluß auf seinen Herrn hat, und er spielt durchaus die Rolle des Günstlings: er ist lebhaft und hat von allen das Verbindlichste in seiner Denkart, die meiste Höflichkeit und weltmännische Bildung. Er hat Kenntnisse, ist viel gereist und spricht beständig über vielerlei. Er ist übrigens interessiert, ohne Prinzipien, ohne Glauben und opfert alles dem Glück, das ihm augenblicklich zulacht. Durch ihn hat Graf Seckendorff sich hier so gut einnisten können, der seinerseits nur dadurch zum Ziele gelangt ist, daß er sich des

---

[1]) Brfw. S. 20: 29. Jan. 1732.

[2]) Mémoires de Frédérique Sophie Wilhelmine, margrave de Bareith, Brunswick 1810 S. 5.

[3]) vgl. z. B. Brfw. S. 6, wo Grumbkow am Schluß der Instruktion für Friedrich ihn bittet, „im Fall, daß böswillige Leute ihm schlimme Gedanken über ihn eingeben wollen, es nicht zu glauben, bevor er ihn (Gr.) gefragt habe", und G.St.A. R. 96, 16 A, Manteuffel an Grumbkow, 18. Juni 1730: „Il est impossible à la longue que parmi les traits qu'ils font pleuvoir sur nous de tout côté, il n'y en ait quelqu'un qui nous fasse tomber. C'est pourquoi, cher ami, cessons de nager contre le torrent, mettons-nous à l'abri des vents en nous retirant de la presse. Souvenez-vous que vous avez passé cinquante ans, que vous avez une famille nombreuse, que votre santé devient de plus en plus chancelante . . .".

[4]) Act. Bor. I, 179 an Flemming (13. Febr. 1712).

[5]) Lavisse S. 306; Depesche La Chetardies v. 11. 10. 1732.

anderen durch Geld versichert hat. Der Königin und dem Kronprinzen ist Grumbkow verhaßt. Aber weit davon entfernt, ihren Zorn zu fürchten,[1]) gibt er sich ganz und gar allem hin, was den Interessen des Kaisers günstig ist, der ihm, wenn der König von Preußen plötzlich stirbt, eine Pension versprochen hat.[2]) Aus denselben Gründen ist er gegen die Engländer, aber er wäre dem König von England günstig gesinnt gewesen, wenn der König von England weniger engherzig gewesen wäre,[3]) und ich glaube sagen zu dürfen, daß, so fest eingenistet Seckendorff auch erscheint, man hier doch zum Ziele gelangen würde, wenn man sich die Mühe dazu geben und den Grafen Grumbkow teuer bezahlen wollte".

Bei diesen vielen Feinden Grumbkows ist es nur sehr klug und verständlich, daß Seckendorff sich nach außen hin geflissentlich von ihm fern hielt, um dem Könige „keine soupçons" zu erwecken.[4]) Indessen war die Heimlichkeit ihres Verkehrs, so wie sie vor sich ging, selbst bei einem so leicht argwöhnischen Herrscher wie Friedrich Wilhelm schließlich doch nur nötig, weil ihre Verhandlungen die Grenze der erlaubten Mitteilungen zweier fremdstaatlicher Diplomaten überschritten.[5])

Wäre die Meinung des Königs über Grumbkow auch nur entfernt einer der erwähnten zeitgenössischen nahegekommen, so begriffe man sein ihm gezeigtes Vertrauen[6]) überhaupt nicht, und so spricht sich z. B. der Kronprinz, der Grumbkow besser als sein Vater erkannte, über das Verhältnis zwischen beiden im Jahre 1738 folgendermaßen aus[7]): „Es scheint, als wenn sie sich beiderseits nicht trauen und doch nicht voneinander können". Doch beruhte das Vertrauen, das Friedrich Wilhelm

---

[1]) vgl. dagegen Förster III, 328 Seckendorff an Eugen (19. Jan. 1727) und ebenda S. 346 (22. Jan. 1727).

[2]) Ich finde nur Versprechungen über „ein kaiserliches Protektorium" oder ein „Patent als Generalfeldmarschall Lieutenant" (Förster III, 346) und allgemeine Freundschaftsversicherungen ebenda S. 351, 355.

[3]) Ansätze von seiten Englands, Grumbkow zu bestechen, sind in der Tat gemacht worden. Carlyle II, 132.

[4]) Förster, Urk. II, 11; Seckendorff an Eugen (9. Juni 1724).

[5]) Die Tatsache der zahlreichen Gegnerschaft und des geheimen Verkehrs zwischen Grumbkow und Seckendorff als ein Zeichen der Schuldlosigkeit Grumbkows anzusehen, wie Brode S. 373 es tut, ist wohl verfehlt.

[6]) z. B. Förster, Urk. II, 86 und Raumer: Beiträge zur neueren Geschichte III, 529/30, in denen es nach einem Brief des Engländers Guy Dickens vom 29. Aug. 1730 heißt: Der König argwöhnt, daß Ihre Majestäten, ganz England, Frankreich, die Königin, seine Gemahlin und alle seine Umgebungen, Grumbkow ausgenommen, sich gegen ihn verschworen und ... an dem Plan seines Sohnes, zu entfliehen, teilgenommen haben.

[7]) F.B.P.G. VII, 57 Otto Krauske: Briefe des Kronprinzen Friedrich von Preußen an den Fürsten Leopold (10. Sept. 1738).

Grumbkow schenkte, ja auch nicht allein auf persönlicher Wirkung. Ebenso stark sprachen sachliche Motive mit.

Die preußische Politik nach 1725 änderte ihren Kurs, sie drängte auf Anschluß an Österreich hin.

Friedrich Wilhelm I. äußere Politik war im wesentlichen ein ständiges Ringen um das jülich-bergische Erbe. Vom Kaiser, der ja selbst als Sohn der ältesten Schwester Karl Philipps von Pfalz-Neuburg, Eleonore Magdalena, Anspruch auf das Erbe machte, war nichts zu erwarten. So ging denn Friedrich Wilhelm auf die Seite, die ihm Sicherung seiner Forderungen versprach. Eine bedeutende Etappe dieser Politik war der Charlottenburger Vertrag vom 10. Oktober 1723 gewesen, in dessen drittem geheimen Artikel[1]) es im Anschluß an die Verträge von 1661 mit Karl II. und 1690 mit Wilhelm III. hieß: „Falls es keinen Fürsten mehr im Hause Neuburg gäbe, so wird seine britische Majestät die gerechten Ansprüche seiner Majestät des Königs von Preußen darin begünstigen und unterstützen, damit ihm kein Unrecht geschehe, sondern vielmehr die Gerechtigkeit, die ihm darin zukommt". Nun versprachen im Jahre 1725 sogar England und Frankreich die Garantie der jülich-bergischen Ansprüche. Um so eher mußte Friedrich Wilhelm darauf eingehen, als er damals mit dem Wiener Hof auf gespanntem Fuße stand infolge Österreichs Stellung in preußischen Prozessen, die am Reichshofrat schwebten und infolge der Bedrückung der Protestanten durch Habsburg. Überdies fand sich der Wiener Hof in gutem Einvernehmen mit Spanien, Preußen aber stand mit Polen und Sachsen, nicht zum wenigsten durch das Thorner Blutbad, äußerst gespannt,[2]) und durch den Tod Peters des Großen war es auch noch ohne die Unterstützung dieses Monarchen. So kam denn am 3. September 1725 mit Frankreich und England der Herrenhäuser Allianzvertrag zustande. In einem Geheimartikel wird Preußen weitgehende Unterstützung in der jülich-bergischen Frage zugesichert.[3]) Durch den Herrenhäuser Vertrag stand Preußen direkt auf seiten der Gegner des Kaisers. Aber die Verbindung mit ihnen war nicht von langer Dauer: die Interessen der Westmächte, die sich besonders um den Beitritt der Staaten bemühten, und denen es um die Auflösung der Ostender Kompagnie zu tun war[4]) und die des östlich auf-

[1]) Preußens Staatsverträge aus der Regierungszeit Friedrich Wilhelm I. Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven Bd. 87, herausgegeben von V. Loewe, Leipzig 1913 S. 284.

[2]) Droysen IV, 2, 362.

[3]) Publik. Bd. 87 S. 293.

[4]) Droysen IV, 4, 452 Species facti.

strebenden Großstaates stießen sich. Dabei war Friedrich Wilhelm beim Abschluß der Allianz aufrichtig bereit gewesen, „alle Enterprisen und Desseins so England und Frankreich damals hegeten", gegen das Haus Österreich mit auszuführen.[1]) Hätte er das wirklich getan, so hätte der Herrenhäuser Vertrag möglicherweise einen bedeutenden Einschnitt in der preußischen Geschichte dargestellt, die seit 1686 sich an den Kaiser angelehnt hatte. Aber zweierlei Bedingungen fehlten, um dies auszuführen: Einmal war Friedrich Wilhelms Politik alles eher als kühn, wagemutig: Preußens „größter innerer König" war doch in der äußeren Politik so unselbständig und übervorsichtig, daß selbst die verwickelte damalige Lage dies nicht rechtfertigt. Bezeichnend für die Art der äußeren Politik Friedrich Wilhelm I. ist Grumbkows Wort aus dem Jahre 1735[2]): „Wir müssen immer einen Hof haben, der uns leitet". Die andere Bedingung aber, die fehlte, um dem Herrenhäuser Vertrag eine weitergehende Wirkung zuzusichern, und zwar in gewissem Sinne eine Bedingung, die erst die Möglichkeit einer kühnen preußischen Politik herbeigeführt hätte, war der gute Wille der Westmächte, Preußen wirklich zu unterstützen. England aber „traktierte Friedrich Wilhelm schnöde, als wenn derselbe nur ein Galopin und als ein Landgraf von Hessen bei der Allianz wäre". Man hatte Preußen nur als „einen Beiläufer, der die Schellen anhängen sollte", angesehen.[3]) Zum Bruch des Bündnisses war es besonders dadurch gekommen, daß Preußen die Russen aus Holstein vertreiben sollte, nach dem Herrenhäuser Vertrag sich aber nicht dazu verpflichtet fühlte. In diesem Sinne hatte auch eine vom König eingesetzte Kommission entschieden, in der sich u. a. auch Grumbkow befand.[4])

So stand Preußen nach 1725 vollkommen isoliert da: der Boden war für Seckendorff bei seiner Ankunft in Berlin im Juni 1726 überaus günstig.[5]) Es war nur noch nötig, Friedrich Wilhelm zum baldigen Anschluß an den Kaiser zu treiben. Das geschah dann in dem Wusterhausener Vertrag vom 12. Okt. 1726.[6]) Berg und Ravenstein sollten an Preußen fallen (Art. 5), binnen sechs Monaten sollte Pfalz-Sulzbach dem zustimmen. Der Ver-

[1]) Ebenda.
[2]) Journ. secr. S. 43 (28. März).
[3]) Droysen IV, 4, 452 Species facti.
[4]) Ebenda S. 455.
[5]) vgl. auch bereits Förster II, Urk. S. 9. Seckendorff an Eugen, 9. Juni 1724: Ich habe ... wahrgenommen, daß man mehr als jemals in Berlin trachtet, sich bei dem Kaiserl. Hofe auf alle Art nnd Weise wieder zu insinuieren.
[6]) Publ. Bd. 87 S. 311.

trag wurde dann aber nicht ratifiziert, da diese letzte Bestimmung nicht eingehalten werden konnte. Hingegen gewann der Berliner Vertrag vom 23. Dezember 1728[1]) Gültigkeit: Berg mit Düsseldorf und Ravenstein sollten an Preußen, Jülich an Pfalz-Sulzbach abgetreten werden; falls aber Pfalz-Sulzbach damit nicht einverstanden sei, hatte der Kaiser sich seine Rechte auf Jülich vorbehalten.

Die Arbeit, die Grumbkow für das Zustandekommen dieser Verträge im einzelnen geleistet hat, läßt sich nicht klar darlegen. Daß er aber dabei mitgewirkt hat, scheint nach Seckendorffs Zeugnissen unbestreitbar.[2]) Ganz speziell für den Wusterhausener Vertrag geht dies aus einem Bericht Seckendorffs an den Kaiser hervor[3]): „Grumbkow hat nachdrücklich die Sicherheit und den Vorteil bei dieser Allianz, hingegen die Gefahr und Betrug auf der englischen und französischen Seite dermaßen vorzustellen gewußt, daß er wohl am meisten zu dieser Entschließung des Königs contribuiert". Und im allgemeinen hat Grumbkow das selbst zugegeben in seinem Rechtfertigungsschreiben an Seckendorff vom 3. Oktober 1735[4]): „Ich glaube, daß bei aller Geschicklichkeit, mit der der Himmel Euch begabt hat, Ihr wohl in sehr vielen Fällen ohne diese (Grumbkows) Hilfe Schiffbruch erlitten hättet".

Man darf sich aber den Einfluß Grumbkows auf den König nicht so vorstellen, daß er ihn im Augenblick, wo es sich um eine Entscheidung handelte, durch die Wucht seiner Gründe oder seiner Persönlichkeit überzeugte, es war vielmehr eine ewige Minierarbeit, die Grumbkow ausführte, und leicht war sie nicht. Das lag an der Persönlichkeit des Königs. Friedrich Wilhelm war sehr argwöhnisch und neben Augenblicken von geradezu verblüffender Naivetät und Treuherzigkeit stehen solche, in denen er kein Ding ansieht, ohne eine Intrigue dahinter zu wittern. Überdies war der König ja auch nicht eine Natur wie etwa der gleichzeitig in Frankreich regierende Ludwig XV., unfähig zur Leitung der Geschäfte und ohne Interesse dafür.[5]) Daß

---

[1]) Ebenda S. 360.

[2]) Förster II, Urk. S. 59, 66, 86, 121, 157, 172; III, 327, 340, 343; derselbe: Höfe und Cabinette I Urk. S. 79 Seckendorff an Eugen, 8. Apr. 1727: Da aber der König dem Grumbkow befohlen, gegen mich nichts davon zu sagen . . .

[3]) Förster II, Urk. S. 157. Seckendorff an den Kaiser, 14. Okt. 1726.

[4]) Droysen IV, 4, 435 und auch Beilage.

[5]) G.St.A. R. XI, 89 Fasc. 111 Zeitungen eingesandt von Marschall, Paris 5. Dez. 1735, bringt folgendes Spottgedicht: Le Cardinal et le Roy, Tous deux nous donnent la loi, Voilà la ressemblance. L'un règne en obéissant, l'autre obéit en régnant. Voila la différence.

etwa Grumbkow für Friedrich Wilhelm hätte Politik machen können, wie Fleury es für Ludwig XV. tat, war von vornherein ausgeschlossen. Nicht einmal in alle auswärtigen Angelegenheiten weihte Friedrich Wilhelm ihn ein, z. B. in den Verhandlungen über den Löwenwoldischen Vertrag spielte Grumbkow gar keine Rolle. Wollte er überhaupt Einfluß auf den König gewinnen, so mußte er sich mit viel Diplomatie wappnen. Er durfte es den König gar nicht merken lassen, daß dieser nicht immer unbeeinflußt seine Entschließungen gab. Er mußte es verstehen, sich den Stimmungen Friedrich Wilhelms anzupassen und die auszunützen, die seinen Plänen günstig waren. Auch mußte er dem König die Dinge, die er vertrat, „schmackhaft machen", was nicht gerade einfach war.[1]) Außerdem war seine Aufgabe auch insofern nicht mühelos, als er Friedrich Wilhelm, der neuen Eindrücken sehr leicht zugänglich war, nicht für längere Zeit aus dem Auge lassen durfte, wollte er sein Ziel durchsetzen. Diese beständigen Versuche, den König zu beeinflussen, werden wohl vor allem im Tabakskollegium vor sich gegangen sein. Schon 1724 hatte Seckendorff gemerkt, „daß bei dem täglichen Tabakskollegio und Besichtigung der Garnison mehr effektuiert werden kann als bei dem gesamten Ministerio durch die vernünftigsten Argumente nicht zu hoffen".[2]) Grumbkow gehörte zu den ständigen Teilnehmern am Tabakskollegium,[3]) auch Seckendorff, sobald er in Berlin war. Da entzieht es sich jedem Versuch einer Feststellung, wie oft wohl die beiden des Königs Sinn bearbeitet haben, zumal dann auch Grumbkow auf Reisen und Jagdgesellschaften häufig Friedrich Wilhelms Begleiter war.[4]) Geschickt wußte Grumbkow überdies noch die Neigung des sparsamen Königs, sich bei anderen zu Gaste laden zu lassen, auszunutzen.[5]) Häufig und sehr gern speiste Friedrich Wilhelm

---

[1]) Förster II Urk. S. 81. — Bruzen de la Martinière: Frédéric Guillaume (II, 331) ... Le seigneur (Grumbkow) avait eu le grand mérite de s'accoutumer parfaitement au génie de son Souverain et il en avait acquis l'estime et la confiance au plus haut point. — Versuch einer Lebensbeschreibung des Feldmarschalls von Seckendorff 1792, III, 22: Grumbkow hat durch lange Erfahrung, ... die Kunst vollkommen inne, mit seinem Herrn umzugehen.

[2]) Förster II Urk. S. 10: Seckendorff an Eugen, 9. Juni 1724.

[3]) Es dauerte von 5 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts! (Förster III, 333: Seckendorff an Eugen, 22. Jan. 1727.)

[4]) Act. Bor. Erg.-Bd. S. 402 Anm. 4; Act. Bor. V, 1 S. 286, V, 2 S. 89, 92 in der Eigenschaft als dirigierender Minister des ersten Departements; Erg.-Bd. S. 172. Vgl. Kap. IV: Prager Zusammenkunft.

[5]) Förster I, 207/08: Grumbkow hielt einen französischen Koch, der 400 Taler Gehalt erhielt. Ebenda III, 127, 346. Erg.-Bd. S. 406. Brfw. S. 76. Förster I, 202: Bey der Königlichen Tafel wird gemeiniglich sehr viel discuriret.

bei Grumbkow, der sich sicherlich bewußt war, wie günstig für seine Zwecke gerade diese Tischgesellschaften waren. Er erfuhr hierbei die Meinungen und Stimmungen des Königs, die er dann weiter ausnützte. Gerade in dieser Art des Verkehrs zwischen Friedrich Wilhelm und Grumbkow liegt denn auch die Erklärung dafür, daß nur eine so geringe Anzahl von Berichten Grumbkows an den König in Sachen der äußeren Politik auf uns gekommen ist.

Ein anderes Mittel, um mit Hilfe Grumbkows den König zn beeinflussen, war, daß Seckendorff ihm sicherlich ad hoc zurechtgemachte Briefe von Grumbkow an ihn im Original zuschickte.[1]) Doch genügte Grumbkow all das noch nicht. Er bestach außerdem die Diener des Königs und war dadurch sowohl von den politischen wie den häuslichen Angelegenheiten seines Herrn unterrichtet.[2]) Und selbst dabei ließ er es noch nicht bewenden: im Verein mit Seckendorff gewann er den preußischen Gesandten in London, Reichenbach,[3]) so daß dieser seine Berichte in den englischen Heiratsverhandlungen tendenziös färbte.

Seit 1731 hat Grumbkow auch daran gedacht, sich mit dem zukünftigen preußischen König gut zu stellen. Er begann eigenmächtig[4]) einen Briefwechsel mit dem Kronprinzen, indem er ihm eine Instruktion gab, wie er sich verhalten müsse, um wieder in die Gunst seines Vaters zu kommen.[5]) Außerdem hatte Grumbkow Friedrich ja bei Österreich die jährliche Zahlung einer Summe Geldes vermittelt. So glaubte er sich den Kronprinzen für die Zukunft zu verpflichten; er stärkte aber andererseits durch diesen Briefwechsel seine augenblickliche Stellung, indem er so Gelegenheit hatte, Friedrich in seinem, d. h. im österreichischen Sinne zu bearbeiten.

Nach all dem klingt es fast wie Ironie, wenn Grumbkow später in dem Rechtfertigungsschreiben an Friedrich Wilhelm zur Zeit der Affäre seines Schwiegersohnes Schwerin schreibt[6]): „Zwar habe ich oft Prinzipien bekämpft, die mit meinen nicht übereinstimmten, aber offen und ohne Intrigue, oft selbst in Gegenwart Euer Majestät. Aber sobald Ew. Maj. beschlossen

---

[1]) G.St.A. R. 96, 2 L 1.

[2]) Act. Bor. V, 2 S. 707: Manteuffel an Brühl, 18. März 1739.

[3]) Droysen IV, 3, 87; Förster III, 234; derselbe, Höfe und Cabinette I Urk. S. 138; Ranke, S. W. 27/28 S. 96: „Noch bei weitem schlimmer ist, daß er sich von Grumbkow angeben ließ, was er an den König schreiben sollte. Es ist kaum begreiflich, daß man diese Briefe nicht vernichtet hat, sie haben sich in dem Nachlaß Grumbkows gefunden".

[4]) Brfw. S. XV.

[5]) Ebenda S. 3, 26. August 1731.

[6]) G.St.A. R. 96, 16 F, 18. Jan. 1737.

hat, ist alles mit Treue und Genauigkeit ausgesucht und erledigt worden".

Aber alle Mittel Grumbkows hätten noch so kunstvoll angewandt, nichts vermocht, wenn nicht Friedrich Wilhelms Sinn von selbst sich zu Österreich hingeneigt hätte, und wenn er nicht, wie vorher dargelegt, durch die Lage der Verhältnisse getrieben, von selbst für Grumbkows Einflüsterungen hätte empfänglich sein müssen. Es war, wie Koser es ausdrückt,[1]) „das Geheimnis der Erfolge Grumbkows und seines Einflusses gewesen, daß der König gegen die anfänglichen Verbündeten, England und Frankreich, aufgebracht, die Annäherung an den Wiener Hof sich gewünscht hatte. Diese Stimmung hatte Grumbkow erkannt und genährt, nicht hervorgebracht".[2]) Weitere Beweise dafür, daß Grumbkow mit dazu beigetragen hat, den König auf die österreichischen Bahnen zu lenken, dürften sich erübrigen. Dagegen entsteht nun die Frage, welche Motive ihn zu solchem Handeln getrieben hatten.

Fast im selben Augenblick, da Grumbkow in das öffentliche Leben eintrat, wurde der Verdacht laut, daß er bestechlich sei. Man beschuldigte ihn, von Frankreich, vom Hause Holstein-Gottorp, von England, von Sachsen Geld genommen und die Interessen dieser Mächte aus Eigennutz vertreten zu haben.[3]) In Anbetracht dieser Tatsache liegt die Vermutung nicht fern, daß er auch Österreich gegenüber nicht anders gehandelt habe, daß er die österreichische Politik nur vertreten habe, weil sich ihm so Aussicht auf Gewinn bot. Für Grumbkow war es ja lediglich ein Zufall, daß nach dem Scheitern der Herrenhäuser Allianz „der bergische Erbanspruch Preußens nur auf Seiten des Kaisers" gewahrt werden konnte, ein Zufall nur in dem Sinne, daß er selbst auf Österreichs Seite gestanden hätte, wenn Preußens Forderungen keine Förderung dadurch hätten erwarten können. Voraussetzung aber wäre auch hierbei gewesen, daß Friedrich Wilhelms Stimmung das eigenmächtige Zusammengehen mit Österreich hätte geraten erscheinen lassen. Denn eine Politik auf eigene Gefahr hätte Grumbkow nie geführt. Deshalb blieb er nur so lange bei Österreich, wie es die Rücksicht auf die

---

[1]) Brfw. S. XXVI.

[2]) Auch Grumbkow selber hat das später, allerdings für Seckendorff erkannt: Vous vous serviez alors en fidèle serviteur de votre maître très habilement de ces dispositions favorables; Droysen IV, 4, 441: Grumbkow an Seckendorf, 2. März 1736, wie es — nach Droysen IV, 4, 437, 447 — anstatt 6. März heißen muß.

[3]) Act. Bor. I, 178 Anm. 5 (Frankreich); ebenda II, 19—21, 155, 157 (Holstein-Gottorp); Carlyle II, 132 (England); Weber N. F. I, 109 (Sachsen).

Sicherheit seiner Stellung bei Friedrich Wilhelm erlaubt scheinen ließ. Sie war der Faktor, nach dem er schließlich doch alles regeln mußte, und so konnte Grumbkow natürlich die österreichische Politik nicht blindlings treiben. Wenn er manchmal — z. B. in der braunschweigisch-bevernschen Heirat[1]) — Seckendorffs Befehle nicht unbedingt befolgte, so zeugt das nicht etwa davon, daß er sie nach ihrem Nutzen für Preußen abwog. Vielmehr lag diese Zurückhaltung nur im Interesse seiner Stellung, und sie zeigt die schlaue Berechnung des Mannes; denn wenn er in einer Sache wie der braunschweig-bevernschen Heirat so plötzlich den Standpunkt gewechselt hätte, wie es dem Wiener Hof zu befehlen beliebte, so hätte Friedrich Wilhelm unbedingt argwöhnisch werden müssen,[2]) er hätte Grumbkow dann kaum mehr in sein Vertrauen gezogen, und nur so lange dies geschah, war dieser von Wert für Österreich.[3])

Allerdings, eine Möglichkeit ist für Grumbkow noch anzuführen. Er konnte ja im Glauben sein, daß der Anschluß Preußens an Österreich, gleich wie er vor sich ging, wünschenswert und sogar das Beste sei. Dann wäre die Art seines Vorgehens ganz anders anzusehen: sie wäre nur ein Mittel zum Zweck gewesen. So sagt denn auch Arneth[4]): „Es war seine feste Überzeugung, daß es nicht nur die Pflicht des Königs als des mächtigsten Fürsten des Deutschen Reiches, sondern auch dessen wahrer Vorteil sei, sich in Streitigkeiten mit fremden Mächten auf die Seite des Reichsoberhauptes zu stellen". Und man könnte, um zu zeigen, daß Grumbkow in der Tat Preußens Anschluß an Österreich für vorteilhaft halten mußte, einen Brief Eugens an Grumbkow anführen, in dem versichert wird, daß dem Kaiser viel an Preußens Freundschaft gelegen sei, und er ihm entgegenkommen wolle. Aber es ist dabei zu bedenken, daß dieser Brief Eugens[5]) eine Antwort auf ein offizielles Schreiben

---

[1]) vgl. das betreffende Kapitel.

[2]) Brfw. S. 39: Grumbkow an Wolden, 21. Febr. 1732, zeigt, wie sehr Grumbkow sich bewußt war, daß für ihn alles von seiner guten Stellung zu Friedrich Wilhelm abhing.

[3]) Förster II, 11: ... so würden die Minister ... leicht Gelegenheit nehmen, den König gegen ihn (Gr.) soupçons zu erwecken und folglich außer Stand setzen, nützliche Dienste tun zu können.

[4]) a. a. O. III, 209.

[5]) G.St.A. R. 96, 16 C, 18. April 1731: Les sentiments de l'Empereur envers le Roi me sont trop connus pour ne pas en parler avec une entière certitude. Sur cette connaissance je puis vous assurer, Monsieur, que l'Empereur est fermément résolu de cultiver, pour toujours la plus étroite intelligence avec Sa Maj. Prussienne, qu'il est prêt à la resserrer encore plus par tous les moyens que l'on voudra lui suggérer, qu'il ira au devant de toutes les occasions où il pourra lui faire du plaisir, et que surtout il

Grumbkows an ihn ist. Damit fällt auch diese Entschuldigung für Grumbkow weg, und es muß im Gegenteil stark betont werden, daß er, der die Intriguen des Wiener Hofes durch Seckendorff genau kannte, sich klar sein mußte, daß Österreich es nicht ehrlich meinen konnte, wenn es trotz des guten Willens Friedrich Wilhelms auf Hinterwegen Einfluß in Preußen erlangen wollte. Zum mindesten mußte er die sehr eigennützigen Absichten der österreichischen Politik durchschauen. Er wußte, was sie bezweckte, er konnte daher weiter sehen als Friedrich Wilhelm und hätte warnen müssen, anstatt den König immer mehr zu Österreich hinüberzuziehen. Gerade, daß er das nicht getan hat, daß er im Gegenteil den König immer mehr in österreichische Bahnen zu lenken suchte, gibt neben den oben angeführten Tatsachen die Berechtigung zu der Behauptung, daß Grumbkow nur aus Eigennutz die österreichische Politik bei Friedrich Wilhelm vertreten habe.[1])

Bei der Beurteilung der Frage, ob Grumbkow bestochen worden ist,[2]) muß man sich allerdings hüten, die sittlichen Begriffe unserer Zeit in jene zu übertragen. Überall wurde bestochen und nicht am wenigsten am preußischen Hofe, so daß der jüngere Seckendorff behaupten konnte: „Nicht ein Mann in Berlin könne der Versuchung von 2000 Dukaten widerstehen".[3]) Begehrter als Geld waren bei den Offizieren hier aber die langen Kerls, da man sie nur schwer bekam und ihrer doch bedurfte, um sich in Friedrich Wilhelms Gunst zu erhalten.[4]) Ganz allgemein

---

souhaite de rendre indissoluble à jamais entre les deux maisons l'heureuse union qui subsiste présentement dans la persuasion, où est Sa Maj. Imp. que rien n'importe plus à leur prospérité et à celle de tout l'Empire, que le maintien d'une union qui fait leur sûreté réciproque, la confiance de leurs amis communs et la jalousie et appréhension de ceux qui en vient (lies veulent) à l'un et à l'autre l'état florissant où ils se trouvent.

[1]) Anders Koser, Briefwechsel S. XXVI: „Grumbkow hatte wirklich geglaubt, daß der bergische Erbanspruch seines Gebieters bei engem Anschluß an den Kaiser am sichersten gewahrt werde", und Brode S. 386, der meint, „daß das schlechte Urteil über Grumbkow auf der Insinuation beruhe, als habe er, weil er mit Seckendorff ging, bewußt etwas betrieben, was zum Nachteile Preußens ausschlagen mußte".

[2]) R. Brode (S. 386), R. von Grumbkow in der A.D.B. 10 (S. 23) und R. Pallmann in der Ersch und Gruberschen Realenzyklopädie (S. 434/35) bestreiten, daß Grumbkow überhaupt im österreichischen Solde gestanden habe. Gegen den Vorwurf der Bestechung wird Grumbkow von Ausländer (S. 50) in Schutz genommen.

[3]) Journ. secr. S. 61 (29. Mai 1735).

[4]) Förster II Urk. S. 190: Seckendorff an Eugen, 26. Nov. 1726: Eins aber muß ich Ew. Durchlaucht nochmals bitten, daß man mir wenigstens noch 12 Kerle, jedoch nicht eben mit der excessiven Größe, mit den anderen zwanzig anzuwerben erlaube, damit ich diejenigen Offiziere, so sich als

üblich war auch der Brauch, daß nach Abschluß eines Vertrages die daran beteiligten Diplomaten mit Geld belohnt wurden. So sandte der doch sonst recht sparsame Friedrich Wilhelm nach Unterzeichnung des Berliner Vertrages Seckendorff 2000 Dukaten und erlaubte, daß Borck und Cnyphausen je 2000 und Thulemeier 1000 Dukaten vom Kaiser annahmen.[1]) Daß seinen Beamten Geschenke von allen möglichen Seiten zuteil wurden, wußte Friedrich Wilhelm nur zu gut. Er rechnete damit geradezu bei der Aufstellung seines „Etats". An den Grafen von Degenfeld-Schönburg, dem Gouverneur von Neuenburg, der um Erhöhung bat, schrieb er[2]): „Neufchatel ist ein sehr kleines Gouvernement und bringet das gantze Land Uns wenig tausend thaler ein. Es ist auch alda im Lande zu leben sehr wohlfeil, zu geschweigen, was Ihr sonst als Gouverneur des Landes, vor douceurs und ajouto zur Subsistenz alda werdet haben können", und zu Liechtenstein — er wurde 1735 von Wien aus nach Berlin gesandt, offiziell um dem König zu seiner Genesung zu gratulieren, in der Tat aber, um den Kronprinzen für Österreich zu gewinnen[3]) — sagt er[4]): „Ich weiß, daß viele meiner Leute von Frankreich gewonnen sind, und ich kenne sie alle. Gut! Wenn Frankreich dumm genug ist, ihnen Geschenke zu geben, so haben sie sie nur zu nehmen, und das Geld wird in dem Lande bleiben, und sie und ihre Kinder werden es hier ausgeben. Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, mich an der Nase herumzuführen".[5])

Daß Grumbkow diese Ansichten seines Königs kannte, ist zwar nicht zu beweisen, doch dürfen wir es wohl annehmen. Indessen ging sein Verhalten Österreich — und später wohl auch Frankreich — gegenüber erheblich über das hinaus, was Friedrich Wilhelm glaubte zulassen zu dürfen. Der König hatte ja durchaus nicht von einer Pension von Seiten einer fremden Macht gesprochen. Und noch eins: der Vorwurf, den wir Grumb-

---

Freunde von mir bei dermaligen Conjunkturen deklarieret und deren Freundschaft ich nicht entbehren kann, contentieren möge, denn diese Leute capable sind, ein Präsent von 100 bis 1000 Dukaten auszuschlagen, hingegen mit größter Freude etliche große Kerls bei ihren Compagnien annehmen, weil sie sonst solche anderwärts zu finden, nicht im Stande.

[1]) Publik. Bd. 87 S. 359 unten.

[2]) G.St.A. R. 96, 4B, 1. September 1725.

[3]) F.B.P.G. XXV, 1913 Tageskalender S. 407; Journ. secr. S. 36, 40.

[4]) Journ. secr. S. 57, 22. Mai 1735: Liechtenstein zu Seckendorff.

[5]) vgl. dagegen Förster, Höfe und Cabinette, Urk. S. 106: Seckendorff an Eugen, 7. Mai 1727: „Da der Herr Baron von Gotter mir jüngst überschrieben, daß Ew. Durchlaucht ein paar Kerl für den General Bork zu verschaffen Ordre gegeben, so wird der Herr General wohl selbst zum Voraus seine Danksagung dafür abstatten. Keine anderen Präsente dürfte dieser Herr ohne Vorwissen des Königs nicht annehmen".

kow machen, besteht ja auch nicht in der Annahme irgendwelcher Geldgeschenke, sondern darin, daß er sie regelmäßig annahm und infolgedessen absichtlich, soweit es anging, das Vertrauen seines Herrn hinterging. Es ist doch eben ein großer Unterschied zwischen einem einmaligen Geschenk bei bestimmter Gelegenheit und einer Pension, die einem im Soldestehen gleichkam.

In der Annahme einer solchen Pension stand Grumbkow allerdings auch nicht vereinzelt da, besonders Manteuffel und Reichenbach treten in dieser Beziehung würdig neben ihn,[1]) und auf österreichischer Seite Sinzendorff, der Kanzler, der von dem Herzog von Holstein eine Pension von 8000 fl. annahm.[2]) Doch war diese Art von Geschenken jedenfalls nicht die allgemein übliche und selbstverständliche.

Seit dem Jahre 1727 läßt es sich nachweisen, daß Grumbkow vom Wiener Hofe jährlich 1000 Dukaten bekam. Am 4. Dezember 1726 schreibt Prinz Eugen an Seckendorff[3]): „Wegen des am bekannten Ort habenden Freundes haben kaiserliche Majestät Ihren Vorschlag approbiert und haben Ew. Excellenz mir nur zu berichten, durch was vor einen Weg dieses Geld Ihnen zu übermachen sei". „Der am bekannten Ort habende gute Freund" ist niemand anders als Grumbkow, und noch oft spukt er unter dieser Formel in Eugens Briefen herum. Noch am 29. Jan. 1727 ist Grumbkow sich über die Art der Zusendung des österreichischen Geldes nicht schlüssig gewesen, denn Eugen schreibt nochmals[4]): „Des Grumbkow wegen hat es seine Bewenden wegen der jährlichen 1000 Dukaten, so wirklich bei Handen habe, und auf Ihre täglich erwartende Antwort sogleich an wen Sie wollen, werde verabfolgen lassen". Anfang März war das Geld dann endlich in Grumbkows Händen.[5]) Für die Jahre 1728—1732 liegen in dem bei Förster veröffentlichten Material keine Berichte vor, daß die Pension weiter ausgezahlt wurde. Doch darf das wohl ohne weiteres angenommen werden, zumal es in den „Auszügen aus Gesandschaftsrechnungen des Grafen Seckendorff geheime Ausgaben betreffend", heißt[6]): „Dem General Grumbkow ist seine ehedes gehabte Pension auf das Jahr 1732 mit 1000 Dukaten gezahlt worden. Wenn also selbige

[1]) Förster III, 232, 234.
[2]) G.St.A. R. 96, 16 F. Brief Gotters 28. Jan. 1736.
[3]) Förster II, Urk. S. 197.
[4]) Förster III, 351, 29. Jan. 1727; III, 375, 15. Febr. 1727.
[5]) Ebenda III, 283 Eugen an Seckendorff, 8. März 1727: Mich erfreuet, daß das Bewußte von mir an Isenflamm erlegte an seine Behörde bezahlt worden.
[6]) Ebenda S. 232, 233.

ohngeachtet der nunmehr empfangenen beständigen allerhöchsten Begnadigung von 40 000 Gulden dennoch sollte continuiert werden, so gebührt ihm pro anno 1733 1000 Dukaten". Und dann der bezeichnende Zusatz: „Wenn jemand in der Welt Gnade verdient, so ist es dieser Mann". Ob Grumbkow auch noch 1734 — denn um dieses Jahr könnte es sich nach der politischen Lage noch allenfalls handeln — eine Pension von Österreich bezogen hat, läßt sich nicht ersehen. Im ganzen hat er nach Gotter vom Kaiser 250 000 Gulden erhalten.[1]) Genau nachprüfen läßt sich das aber nicht; nur noch stützen durch Seckendorffs Angabe, daß Grumbkow von dem Kaiser „soviel Gnade und Geld" empfangen habe[2]) und durch eine Bemerkung von Liechtenstein, der an die Wohltaten erinnert, die Grumbkow vom Kaiser bekommen habe.[3])

Es bleibt hier noch die Frage zu beantworten übrig, ob Friedrich Wilhelm um die österreichische Pension gewußt hat. Wenn das der Fall war, dann dürfte man nicht von Bestechungen, sondern nur von dauernden Gunstbezeugungen reden, die Grumbkow vom Wiener Hofe empfangen habe. Koser behauptete,[4]) daß die Pension heimlich, ohne Wissen Friedrich Wilhelms, von Grumbkow bezogen wurde. Ihm widersprach Ausländer,[5]) indem er sagte: „Wie leicht konnte der General einmal bei guter Gelegenheit seinem Herrn davon (d. i. von den österreichischen Geldgeschenken) in geschickter Form Mitteilung machen, um für die Zukunft gedeckt zu sein". Aber Ausländers Meinung ist eine bloße Vermutung, und jedenfalls eine nicht gerade wahrscheinliche. Viel mehr innere Gewißheit hat die Behauptung Kosers, die dadurch gestützt wird, daß das Geld an Grumbkow unter allen erdenklichen Vorsichtsmaßregeln geschickt wurde. Man vergleiche nur die folgende Stelle aus Eugens Brief an Seckendorff vom 15. Jan. 1727[6]): „Ew. Excellenz dabei zu berichten, daß ich die bewußten 1000 Dukaten, die zur Abführung der an den bekannten guten Freund jährlich versprochenen Pension gewidmet sind, wirklich bei Handen habe und deroselben Disposition nunmehro gegenwärtige, ob ich solche durch den vorhingemeldeten Wechsler noch übermachen oder aber so lange bei mir behalten solle, bis entweder ein Courier an Ew. Excellenz abgeht, oder eine andere sichere Gelegenheit gibt, um solche in

---

[1]) Journ. secr. S. 164, 29. Dezember 1739.
[2]) Droysen IV, 3, 270.
[3]) Journ. secr. S. 57, 22. Mai 1735.
[4]) Brfw. S. XX.
[5]) a. a. O. S. 51; vgl. auch Brode S. 390 und Schmoller S. 7.
[6]) Förster III, 325; weitere Belege bei Koser, Brfw. S. XX.

natura Ihnen zu übersenden, da zumal die Summe in schönen neuen Dukaten gleichen Stempels besteht und also eines Teils zu einem Präsent um so anständiger ist, wo hingegen auch andererseits dieses in Betracht kommet, daß es lauter kaiserliche sind, folglich der gute Freund ein Bedenken etwa haben dürfte, daß, so man dergleichen Ducaten bei ihm wüßte, man leichtlich auf die Gedanken fallen möchte, woher ihm dieselbigen zugekommen sind". Grumbkow selbst zwar hat später behauptet, daß der König „getreulich von diesen Geschenken unterrichtet gewesen sei".[1]) Aber es ist zu beachten, bei welcher Gelegenheit diese Äußerung fiel: Seckendorff hatte von ihm unbedingte Gefolgschaft für Österreich gefordert.[2]) Grumbkow aber weigerte sie; inzwischen hatte sich ja die politische Lage vollständig geändert, der Bruch zwischen Preußen und Österreich war eine Tatsache geworden. Vielleicht fürchtete Grumbkow, daß der Wiener Hof die Bestechungen aufdecken würde, da er ihm nun nicht mehr diente.[3]) Dem suchte er vorzubeugen, indem er versicherte, daß der König um die österreichischen Geschenke gewußt habe.[4])

Somit hat Grumbkow wohl ohne Wissen seines Herrn eine Pension von Österreich empfangen. Er hat dafür versucht, Friedrich Wilhelm auf die Bahnen der österreichischen Politik hinüberzulenken und die österreichischen Interessen — zunächst bis 1732 — am preußischen Hofe vertreten.

---

[1]) An Seckendorff, 3. Okt. 1735, siehe Beilage.

[2]) Droysen IV, 3, 270.

[3]) Daß der Wiener Hof das nicht getan hat, lag nur daran, daß er sich ja selbst mit einer Beschuldigung Grumbkows kompromittiert hätte. Überdies war die Abweisung, die Hotham mit seiner Anklage Grumbkows bei Friedrich Wilhelm erfahren hatte, wohl auch noch zu frisch in Erinnerung, um Ähnliches zu versuchen, selbst wenn Grumbkows Stellung jetzt nicht mehr so unerschütterlich wie damals war. Die Unterlassung der österreichischen Anklage aber als Beweis dafür anzusehen, daß Grumbkow nicht bestochen war, wie es in der Realenzyklopädie I, 94 S. 434/35 getan wird, erscheint mir als verfehlt.

[4]) Nicht ganz klar ist mir der folgende Satz in demselben Brief Grumbkows vom 3. Okt. 1735: Mais je ne veux jamais voir la face de Dieu que si la chose était à refaire et que l'on ne me voulait donner trois fois autant, je n'y retournerois pas. Der Sinn scheint mir der zu sein, daß Grumbkow nur dann noch einmal die österreichische Politik mitmachen würde, wenn er dreimal so viel Geld von Österreich bekäme. Damit will Grumbkow einmal sicher die Schwere seiner geleisteten Arbeit Seckendorff gegenüber betonen, weil dieser „alles so rasch vergessen habe". Andererseits ist es nicht auch möglich, daß Grumbkow jetzt zwar weniger deutlich, aber möglicherweise zum zweiten Male sich gegen eine eventuelle Anklage bei Friedrich Wilhelm sichern will? Denn wenn er dieselbe Politik — allerdings unter anderen Bedingungen — wiederholen will, so muß Seckendorff in Anbetracht der Lage, in der Grumbkow schreibt, glauben, daß Grumbkow die frühere Politik mit gutem Gewissen getrieben hat.

Drittes Kapitel.

Die braunschweigisch-bevernsche Heirat.

1. Das braunschweigisch-bevernsche Heiratsprojekt bis zur Verlobung.[1])

Nachdem der Plan der englischen Doppelheirat 1730 gescheitert war, tauchte bald ein neuer Vorschlag zu einer Verheiratung des Kronprinzen auf. Man maß in Europa dieser Angelegenheit eine eminent politische Bedeutung bei.[2]) Es schien in der Tat, als ob die „einzige Freundschaft zweier großer Mächte in einer Heirat bestünde".[3]) Man hoffte auf diese Weise durch weiblichen Einfluß den Kronprinzen bestimmen zu können. Und bei der schwankenden Gesundheit des Königs — hatte er doch erst 1729 einen sehr starken Podagraanfall erlitten, der mehr als fünf Wochen anhielt[4]) und der ihn zwang, „fort zu humpellen so gut als man kann"[5]) — war das für die Zukunft von äußerster Wichtigkeit. Es handelte sich bei dem neuen Plane[6]) um Elisabeth Katharine Christiane von Mecklenburg, die Nichte der Kaiserin Anna von Rußland und wahrscheinliche Erbin ihres Thrones. Jedenfalls sollte die junge Prinzessin, wie Mardefeld,[7]) der

---

[1]) Das sonstige Verhältnis Grumbkows zum Kronprinzen, das zwar in seiner Gesamttendenz politisch ist, aber nicht in seinem Einzelverlauf, kann hier infolgedessen nur ab und zu gestreift werden.

[2]) Koser, Friedrich der Große I, 171. „Die Frage seiner Vermählung hatte die Bedeutung einer Haupt- und Staatsaktion gewonnen und ward unter dem Gesichtspunkt der politischen Konvenienz gelöst."

[3]) Brfw. S. 100: Kronprinz an Grumbkow, 23. März 1733.

[4]) Faßmann, Leben und Taten . . . I, 387.

[5]) Act. Bor. Erg.-Bd. S. 432, 30. Sept. 1729.

[6]) Arneth III, 334; Droysen IV, 3, 122.

[7]) Cosmar und Klapproth S. 406 — Die Hauptpunkte dieses interessanten Briefes vom 1. Jan. 1731, der sich in Grumbkows Nachlaß (G.St.A. R. 92 Nr. 6) befindet, lauten: Il est hors de doute que la jeune personne en question sera nubile au bout de deux ans. Moyennant quoi il faudroit faire en attendant, mais fort en cachette un traité concernant ce mariage ou même le Contract et différer les promesses ou fiançailles publiques jusqu'à ce que ce jeune couple fusse en état de consommer quelques semaines après le mariage; j'avoue franchement qu'un secret de deux ans n'est pas une bagatelle et bien difficile, mais non pas impossible. Cela posé: L'affaire seroit achevée, avant que les Envieux en pussent prendre connoissance ni y apporter le moindre empêchement et pour la rompre après coup ce sera, à mon avis absolument impossible. La jeune personne sera déclarée héritière avant qu'un mois sera passé. Autrement il seroit nécessaire de le stipuler dans le Contract sus mentionné comme une conditio sine qua non. — Il est probable et presque certain que dès que l'Héritière aura pris possession de

preußische Gesandte am russischen Hof, an Grumbkow schrieb, in einem Monat dazu erklärt werden. Mindestens aber glaubte Mardefeld die Nachfolge in den Heiratskontrakt als eine conditio sine qua non aufstellen zu können. Zum Gelingen dieses merkwürdigen Projekts — Friedrich Wilhelm selbst dachte nie ernstlich daran —[1]) war es nach Mardefelds Ansicht vor allen Dingen nötig, daß dem zukünftigen Bräutigam vor Ablauf zweier Jahre nichts davon bekannt würde. Fast noch erstaunlicher als dieser Plan könnte die Tatsache erscheinen, daß Mardefeld sich gerade Grumbkow, den österreichischen Parteigänger, zum Vertrauten auserwählte. Doch tritt darin nur deutlich wieder hervor, wie sehr man sich überall der Machtstellung Grumbkows bewußt war, und wie man glaubte, nur mittels seiner Unterstützung zu einem glücklichen Ende kommen zu können.

In dieser möglichen Verbindung der russischen und preußischen Dynastie sahen die österreichischen Politiker natürlich eine bedeutende Gefahr: die Aussicht auf eine Vereinigung Preußens und Rußlands in einer Hand mußte das europäische Gleichgewicht stören und bedrohte auch sehr die pragmatische Sanktion. Dieses russische Projekt stand überdies mit den Plänen in Widerspruch, die Österreich mit dem Kronprinzen vorhatte. Der Wiener Hof wollte ihn nämlich an Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, die älteste Tochter des Herzogs Ferdinand Albrecht II. und Nichte der Kaiserin von Österreich, vermählen.[2]) So mußte sich die österreichische Politik mit aller

---

son héritage, l'épouseur sera revêtu du même titre qui est attaché à l'Epouseur, et dans ce pays là qui a le titre, a tout. — Il ne faut pas que l'Epouseur cède la moindre chose de son Domaine, car si il le faisoit, ce seroit le vrai moyen pour brouiller les deux Majestés ensemble au lieu d'affermir leur union. Je reviens encore au secret de deux ans, circonstance fâcheuse et dont la réussite du project dépend en grande partie. Il faut absolument qu'on en fasse mystère à l'Epouseur jusques à un certain temps et cela pour trente raisons. — Autre obstacle embarassant la religion des enfants à venir. Il faudra trouver quelque biais à cet inconvénient et j'espère qu'on en viendra à bout en tout cas. La dernière ressource pourrait être d'en laisser le choix aux enfants mêmes. L'avantage seroit certainement du côté de celle de l'Epouseur.

[1]) Droysen IV, 3, 136. Danach war es des Königs Absicht, die Welt in Aufregung zu setzen dadurch, daß von dem Projekt viel gesprochen wurde, aber nicht damit Ernst zu machen. — Vgl. dagegen Arneth III, 334 und 582 Anm. 3. Noch im Januar 1732 gehen Gerüchte von Friedrichs Verlobung mit Elisabeth von Mecklenburg-Schwerin, der Nichte der Zarin, herum. Brfw. S. 14, 8. Jan. 1732.

[2]) Arneth III, 334 behauptet, daß der braunschweigisch-bevernsche Plan bereits vor dem russischen Projekt dem Könige bekannt war. Doch nach Droysen IV, 3 S. 136 war der russische Plan schon im Herbst 1730 aufgetaucht, und schon am 5. Dezember 1730 hatte Mardefeld an Grumbkow

Macht gegen den russischen Plan wenden, und auf ihre Veranlassung hat neben Seckendorff Grumbkow vor allen Dingen bei der Vereitelung mitgewirkt. Das geht aus Eugens Brief an Seckendorff vom 23. Februar 1731 deutlich hervor.[1]) Wie das jedoch im einzelnen geschah, läßt sich nicht erkennen. Möglich ist es, daß Grumbkow bei der Aufstellung der unerfüllbaren Bedingungen, die Friedrich Wilhelm an den Abschluß der Heirat knüpfte, die Hand mit im Spiel gehabt und so also den russischen Wünschen entgegengearbeitet hat. Der König hatte den Übertritt der Prinzessin zur evangelischen Kirche, die Eidesleistung der russischen Armee an den Kronprinzen verlangt,[2]) Forderungen, die in der Tat, wenn man die Machtverhältnisse des russischen und preußischen Hofes vergleicht, für Rußland unannehmbar waren. Damit hätte Grumbkow hier also sein übliches Mittel, die Beeinflussung des Königs, wieder angewandt. Auch seine sonstige Arbeit gegen diesen Plan war die altgewohnte; „er disponierte den Kronprinzen mit guter Art" für das österreichische Projekt[3]) und wirkte so gegen das russische. Er teilte außerdem die Briefe, die Friedrich ihm schrieb, nach Wien mit, besprach jeglichen Schritt in der ganzen Angelegenheit mit Seckendorff,[4]) kurz er suchte auf jede Weise den österreichischen Plänen zur Verwirklichung zu helfen und damit die russischen zu hintertreiben. Das war ihm denn auch gelungen, und somit war das erste Hindernis, das sich dem braunschweig-bevernschen Heiratsprojekt in den Weg gestellt hatte, glücklich überwunden.

Der Plan zu der braunschweig-bevernschen Heirat war — das muß trotz aller späteren österreichischen Vertuschungsversuche festgehalten werden — von Österreich ausgegangen. Dafür spricht Eugens Besorgnis, „die britische Regierung werde den Wiener Hof als die Ursache der bevorstehenden Verlobung des Kronprinzen von Preußen mit der Prinzessin von Bevern ansehen"[5]) und besonders folgende Stelle aus einem Brief des Prinzen an Seckendorff[6]): „Sehr gut ist es sonsten, daß Ew. Excellenz versichert zu sein vermeinen, daß England kein Ihriges

---

zum zweitenmal wegen dieser Heirat geschrieben (Förster III, 16). Andererseits findet sich wohl die erste Notiz über diesen österreichischen Plan in Seckendorffs Aufzeichnungen. Am 12. Dezember 1730 notiert er: (Förster III, 16) Eugen schreibt mir wegen Verheiratung des Kronprinzen mit der Prinzessin von Bevern.

[1]) Arneth III, 335.
[2]) Droysen IV, 3 S. 136.
[3]) Förster III, 84/85.
[4]) Förster III, 76, 80.
[5]) Arneth III, 339 (27. Februar 1732).
[6]) Förster III, 102 (16. April 1732); ebd. S. 76.

vorzeigen könne, daß Ew. Excellenz der Stifter der Bevernschen Heirat gewesen". Wenn Seckendorff dagegen am 23. Dezember 1732 an Eugen schreibt[1]: „Der König könne sich mit Grund nie beschweren, daß der Kaiser unmittelbar zu dieser Allianz geraten noch geholfen habe", so ist das wohl bloß so zu verstehen, daß Seckendorff den Prinzen und besonders sich, dem es bei der aufgezwungenen Ehe nicht ganz geheuer war, zu beruhigen suchte. Hatte er ihm doch schon in demselben Brief beteuert[2] — sicher auf Besorgnisse von Eugen hin —, „daß ihn niemand beschuldigen könne, daß er selbst direkte oder indirekte bei der ganzen Handlung zum Vorschein komme". Auch auf die Versicherung Eugens,[3] „daß Seckendorff Friedrich Wilhelm nicht auf die dasigen Heiratsgedanken gebracht habe", ist nichts zu geben: die beständigen Beteuerungen, nicht schuld an der Heirat zu sein, scheinen gerade verräterisch. Und ebenso wenig Wert ist auf Seckendorffs Äußerung zu Robinson während der Prager Zusammenkunft[4] zu legen: „Ich danke Gott Papiere bei mir zu haben, welche beweisen, daß ich an der Verlobung des Kronprinzen mit der Prinzessin von Bevern keinen Teil habe". Geschah dieser Ausspruch doch in dem Augenblick, wo es in der Tat sehr viel darauf ankam, zu zeigen, daß der Wiener Hof keine Rolle dabei gespielt habe. Eine andere Nachricht, die für die Frage des Ursprungs des braunschweig-bevernschen Plans verwertbar ist, findet sich in Seckendorffs Relation an den Prinzen Eugen über den Briefwechsel des Kronprinzen mit Grumbkow.[5] Danach hat Grumbkow auf Seckendorffs Befehl Friedrich mitgeteilt, daß der Wiener Hof durch eine Staffette ihm befohlen habe, die Reise der Prinzessin zu hindern, „damit es nicht den Anschein habe, als ob er bei des Königs Hausgeschäften und Familiensachen intriguiere und vornehmlich in der Heirat mit dem Kronprinzen was anrate, so diesem zuwider sei". Diese Staffette ist in der Tat aber gar nicht abgesandt worden, und so liegt hier ein weiterer Versuch des Wiener Hofes vor, seine Urheberschaft in dem braunschweig-bevernschen Heiratsplan zu vertuschen.[6]

---

[1]) Förster III, 82.
[2]) ebd. S. 81.
[3]) ebd. 84 (9. März 1732).
[4]) Droysen IV, 3 S. 164.
[5]) Förster III, 158, vgl. Brfw. S. 33. — Die Nachricht z. T. bei Ranke S.W. 27/28 S. 132 und von neuem aus dem K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchiv von C. Duncker: Abhandlungen der Wiener Akademie Bd. 141 S. 9 angeführt.
[6]) In den Minutenbüchern Friedrich Wilhelms Rep. 96, B 3, 4, 5 finden sich viele Briefe an Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-Bevern. Von

Schließlich wäre hier auch noch auf die kurze Bemerkung Friedrich des Großen in seinen Memoiren hinzuweisen[1]): „Der König verheiratete seinen ältesten Sohn aus Entgegenkommen gegen den Wiener Hof mit einer Prinzessin von Braunschweig-Bevern". Für die Verwirklichung dieses Projekts haben dann — auch nach Vereitelung des russischen — Seckendorff und Grumbkow vereint wieder gearbeitet. Wahrscheinlich hatte Seckendorff sich sofort, wie der österreichische Plan aufgekommen war, an Grumbkow gewandt und mit dessen Hilfe allmählich die Gedanken des Königs auf die braunschweig-bevernsche Heirat gelenkt. Eugen schrieb nämlich später an ihn[2]): „Ew. Excellenz aber mit Grumbkow in loco am besten zu erkennen wissen werden, wie sie sich bei dem Könige sowohl, als bei dem Kronprinzen zu betragen . . . und wobei sich aber von selbsten versteht, daß alles so Ew. Excellenz zur Beförderung dieses Heiratswerkes beitragen, auf eine Art von Ihnen geschehen müsse, daß außer Grumbkow niemand merken könne, als ob Sie einigen Anteil dabei hätten". Doch ist das Seckendorff wohl nur beim König gelungen. Friedrich Wilhelm hielt damals noch fest zum Kaiser; eine indirekte Verbindung mit dem Wiener Hofe mochte er für sehr erwünscht halten. Vielleicht sah er in dem Zustandekommen der Heirat auch die Möglichkeit, den Kronprinzen von dem verhaßten englischen zu dem verehrten kaiserlichen Hof hinüberzuziehen. So war also bei Friedrich Wilhelm die Stimmung den österreichischen Plänen geneigt, und die Vorschläge des Wiener Hofes konnten auf günstigen Boden fallen. Daß sie dem König mundgerecht gemacht wurden, dafür sorgte Grumbkow. Seine Aufgabe war es auch hier wieder nur, an eine bereits vorhandene Stimmung anzuknüpfen, sie nicht erkalten zu lassen, zu leiten und auszunützen. Fördernd, wenn auch nicht ursprünglich bestimmend, hat auf des Königs Entscheidung noch die alte Bekanntschaft mit dem braunschweigischen Herzog[3]) und die Verlobung der Geschwister des zukünftigen Brautpaares eingewirkt.

Ein Widerspruch scheint sich in Droysens Darstellung dieser Vorgänge zu finden. Während er nämlich zuerst sagt[4]): „In Wien hatte man bereits ein anderes Heiratsprojekt . . . fertig,

einer Verbindung zwischen dem Kronprinzen und Elisabeth Christine ist aber nirgends — wenigstens bis zur Verlobung — die Rede; dagegen wird häufig von Charlotte und Karl gesprochen. — Die Akten des Kgl. Hausarchivs bringen für die Frage des Ursprungs dieser Heirat keine Klärung.

[1]) œuv. hist. I, 463.

[2]) Förster III, 76 (29. Jan. 1732).

[3]) vgl. Preuß: Friedrich des Großen Jugend und Thronbesteigung I, 70.

[4]) a. a. O. IV, 3 S. 136.

für das Seckendorff arbeiten mußte," findet sich einige Zeilen später folgende Wendung: „Es mag sein, daß Seckendorff dazu beitrug, seine Gedanken auf die Prinzessin von Bevern zu richten". Gegen diese letzte Ansicht ist auch Ranke mit einer kurzen Bemerkung anzuführen[1]): „Es ist kein Zweifel, daß die österreichische Politik im tiefsten Geheimnis, von dem kein Mensch außer Grumbkow nur eine Ahnung haben durfte, durch ihren gewandten Vertreter den Absichten des Königs diese Richtung zu geben gesucht hat", und Koser, der in der Einleitung zum Briefwechsel sagt[2]): „König Friedrich Wilhelm durch Grumbkow bearbeitet, hielt den Vorschlag genehm".

Dem Wiener Hof lag ursprünglich an der geplanten Vermählung sehr viel; nur durch sie, meinte er, könnte der Kronprinz von seinen dermaligen, d. h. Österreich feindlichen Prinzipien abgebracht werden.[3]) Man versprach sich eben von der Heirat „einen guten Effekt vor den kaiserlichen Dienst".[4])

Auf Grumbkows Zureden in Küstrin wird Friedrich sich dann wohl für die bevernsche Prinzessin entschieden haben, allerdings unter der Bedingung, daß sie „weder dumm noch widerlich" sei. Dieser Besuch Grumbkows war im Jahre 1731. Bereits gegen Ende desselben Jahres aber bäumte sich Friedrich gegen die aufgezwungene frühzeitige Heirat auf,[5]) und im Anfang des nächsten schrieb er Grumbkow sogar,[6]) daß er die Prinzessin verstoßen wolle, sobald er Herr sei.

Grumbkow mußte also genau wissen, wie der Kronprinz über die braunschweig-bevernsche Heirat dachte, doch ließ er sich darum nicht abhalten, den König weiter in seinem Sinne zu beeinflussen. Denn am 4. Februar 1732 teilte Friedrich Wilhelm seinem Sohn selbst den Plan so mit, als ob es keinen

---

[1]) S. W. 27/28 S. 131.

[2]) S. XVIII. — In seiner Biographie Friedrichs des Großen sagt Koser weniger deutlich (S. 83): „Bald darauf kam Grumbkow mit bestimmten Vorschlägen, wonach der Prinz in den Häusern Sachsen-Gotha oder Eisenach und Braunschweig-Bevern Brautschau halten sollte. In Wien wünschte man seine Verlobung mit Elisabeth Christine von Bevern".

[3]) Förster III, 28, Eugen an Seckendorff (12. März 1731).

[4]) ebd. S. 85, Eugen an Seckendorff (9. März 1732).

[5]) Brfw. S. 13; vgl. auch S. 18.

[6]) ebd. S. 19 (26. Jan. 1732). Pour ce qui regarde la princesse de Bevern l'on peut compter que si on me la force de prendre qu'elle sera répudiée dès que je serai maître. Je ne veux pas que ma femme soit une sotte; il faut que je puisse raisonner avec elle, ou bien ce n'est point mon fait. Voilà ce qui arrivera si l'on me force et personne ne pourra désapprouver mon procédé à cause que j'ai été forcé à une chose pour laquelle je n'avais aucune inclination.

Widerspruch dagegen hätte geben können.[1]) Einen Tag vorher hatte Grumbkow schon den Kronprinzen von dem königlichen Entschluß in Kenntnis gesetzt.[2]) Friedrich unterwirft sich anscheinend dem väterlichen Befehl, innerlich aber überzeugt davon, „daß es nur noch eine unglückliche Prinzessin mehr auf der Welt geben werde".[3]) Er hörte nicht auf, Grumbkow zu beschwören, das widrige Geschick von ihm abzuwenden. Fast jeder der Briefe, die er an ihn seit des Königs Befehl zur Verlobung geschrieben hat, enthält Äußerungen, die Grumbkow zeigen mußten, wie sehr sich der Kronprinz dagegen auflehnte. Teils waren es Schreie, die aus tief verwundetem Herzen kamen, teils zynische Bemerkungen,[4]) dann einmal der rasch hingeschriebene Entschluß: „Ich bin zu allem eher in der Welt entschlossen, komme, was kommen mag: ich werde sie niemals nehmen. Ich bin während meines ganzen Lebens unglücklich gewesen . . . ich habe noch Hilfsmittel, und ein Pistolenschuß kann mich von meinem Leid und Leben befreien".[5]) Und während dieser trostlose Brief des Kronprinzen an Grumbkow unterwegs war, kam gerade der Brief in Friedrich Wilhelms Hände, in dem Friedrich sich dem väterlichen Willen zu fügen versprach.[6]) Grumbkow sagte dem König nichts von dem verzweifelten Schreiben des Kronprinzen. Den Inhalt hätte er ja auch nicht mitteilen können, noch lag die Katastrophe von 1730 in der unmittelbarsten, frischsten Erinnerung. Eine Änderung wäre kaum zu erreichen gewesen. Aber irgendwie eine Hilfe, ein Aufschub, an dem dem Kronprinzen so viel gelegen war, hätte wohl im Bereich der Möglichkeit gelegen, wenn Grumbkow nur gewollt hätte. Sonst hätte sich außer dem Kronprinzen nicht auch Wolden, sein Hofmarschall, mit Vorstellungen an Grumbkow gewandt.[7]) Doch tat dieser nichts dergleichen. Durch seinen Brief vom 21. Februar 1732[8]) nahm er Friedrich jede Hoffnung auf Abwendung des drohenden Geschicks. Er gefiel

---

[1]) Förster III, 78.
[2]) Brfw. S. 22/23.
[3]) Brfw. S. 25 (5. Febr. 1732).
[4]) Brfw. S. 27, 28, 29, 32, 24.
[5]) ebd. S. 33.
[6]) Oevr. XXVII, 3 S. 58 (19. Febr. 1732).
[7]) Brfw. S. 34 (19. Febr. 1732); vgl. auch ebd. S. 40, Grumbkow an Wolden (21. Febr. 1732).
[8]) Brfw. S. 37. — Droysen IV, 3 S. 137 sagt, der Brief sei auf Seckendorffs Weisung geschrieben. Doch vgl. Förster III, 80 Seckendorff an Eugen: „Gleich wie uns diese so sehr widereinanderlaufende Briefe den Grumbkow und mich sehr bestürzt, also hat Grumbkow die Resolution genommen, dem Kronprinzen in sehr harten terminis geantwortet".

sich dabei in der Rolle des Sittlichfesten und Gottesfürchtigen, der natürlich nur aus guter Absicht sich um den Kronprinzen bis dahin gekümmert habe.

Am 10. März 1732 wurde dann die Verlobung in Berlin in Anwesenheit des Herzogs Franz Stephan von Lothringen, des zukünftigen Bräutigams von Maria-Theresia, verkündet.[1]) Man hatte wohl mit den Feierlichkeiten bis zur Ankunft des Herzogs gewartet; seit Anfang Januar 1732 wußte man in Berlin, daß der Besuch des Lothringers nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, im Januar erfolgen würde,[2]) und am 23. desselben Monats schrieb Friedrich Wilhelm seinem Sohne, daß er ihn während der Anwesenheit des Herzogs nach Berlin kommen lassen würde.[3]) Die Absicht des Königs, während des Aufenthaltes seines Gastes die Verlobung Friedrichs zu feiern, ist also deutlich. Überdies wußte Friedrich Wilhelm auch noch, daß der Herzog von Lothringen erst nach Berlin kommen wollte, wenn der Vater der Braut mit ihr schon dort war.[4]) So ganz und gar hing diese Verlobungsgeschichte mit Österreich zusammen, daß demnach die Feier selber unter österreichischen Auspizien stattfand.[5])

---

[1]) Förster I, 231.

[2]) Brfw. S. 15 Kronprinz an Grumbkow (Jan. 1732) und R. 96, 2 L. 2 Seckendorff an Friedrich Wilhelm (Wien 2. Jan. 1732): „Durch den General Grumbkow erfahre per Staffetta, daß Ew. Königl. Maj. die Ankunft des Herzogs von Lothringen in Berlin sobald und noch in diesem Monat vermuten. Allein kann ich Ew. Königl. Maj. in Geheim melden, daß des Printzen Eugenii Durchlaucht dem General Neuberg aus Kayserl. Befehl vor vier Tagen einen Courier geschicket, welcher ihm des Kaysers Willen dahin eröffnet, daß der Herzog in Holland einige Tage ausruhen und hernach aber über Augsburg, Anspach, Wolffenbüttel gehen, und durch mich allda Ew. Königl. Maj. Befehl abwarten soll, wenn es Ew. Kgl. Maj. gelegen, daß der Herzog visite abstatten kann.

[3]) Brfw. S. 19; Förster III, 78.

[4]) Erg.-Bd. S. 489; Förster III, 76.

[5]) C. v. Duncker behauptet a. a. O. S. 17, es sei dem österreichischen Hofe besonders unangenehm gewesen, daß die Verlobung gerade gefeiert wurde, als der Erzherzog in Berlin war. Dagegen siehe Förster III, 76, Prinz Eugen an Seckendorff (29. Jan. 1732) (derselbe Brief, der hier nur im Auszug, vollständig „Höfe und Cabinette“ S. 120—139): „Eine der ersten Wirkungen von solcher Unterredung (wie nachher in Prag) wäre viertens die Bevernsche Heirat mit dem Kronprinzen, obgleich Ew. Excellenz alles Mögliche unter der Hand anzuwenden, womit dessen Entschließung nicht so lange ausgestellt und je eher je besser zustandekommen möge, wozu etwa die Anwesenheit des Herzogs von Lothringen, und wann der Prinz von Bevern sich mit ihm nach Berlin verfüget, eine mehrmalige Gelegenheit geben dürfte“. — Allerdings an einer andern Stelle (Förster III, 86 [9. März 1732]) meint Eugen in der Tat, es wäre das beste, wenn das Versprechen bis nach des Herzogs Abreise ausgestellt würde, und zum mindesten der Herzog nicht Brautwerber sei. Es ist bezeichnend, daß dieser Brief zu der Zeit geschrieben ist, wo Eugen besonders Angst hat, daß der eng-

Wenn demnach etwas Grumbkows Anteilnahme noch erhärten kann, dann sind es die aus dem Briefwechsel mit dem Kronprinzen angeführten Stellen. Das Versagen von Grumbkows Hilfe hatte Friedrich schließlich zur Resignation gezwungen. Grumbkow hatte ihn ganz im österreichischen Sinn beraten, keinen Brief an ihn hatte er ohne Seckendorffs Wissen abgehen lassen.[1]) Dem widerspricht allerdings folgende Stelle aus einem Bericht Seckendorffs an Eugen[2]): „Da er (Grumbkow) jedoch seine Briefe in der ersten Hitze abgehen läßt, ohne daß ich solche sehe, so war keine Änderung darin zu machen; doch ist eine Glückseligkeit, daß sich der Kronprinz wenigsten anstellt, als ob des Grumbkow Freiheit zu sprechen und zu schreiben, ihm nicht zuwider". Es handelt sich hierbei um folgende Worte in Grumbkows Brief an den König[3]): (Grumbkow gibt eine Äußerung des Königs wieder) „Nein Grumbkow, denket an diese Stelle, Gott gebe, daß ich nicht wahr rede! aber mein Sohn stirbt nicht eines natürlichen Todes, und Gott gebe, daß er nicht unter Henkers Hände komme". Zum Inhalte der Seckendorffschen Äußerung ist zu bedenken, daß Seckendorff im letzten Grunde verantwortlich war für das, was Grumbkow im österreichischen Dienst tat. Ein Tadel, den der Prinz Grumbkows Unbedachtsamkeit zuteil werden ließ,[4]) traf auch ihn. Deshalb suchte er sich selbst ganz rein zu waschen, indem er Grumbkow beschuldigte.[5])

Der Briefwechsel war nicht das einzige Mittel, durch das Grumbkow Friedrich in österreichischem Sinne zu beeinflussen suchte. Er sorgte auch dafür, daß die Umgebung des Kronprinzen österreichisch gesinnt war. Er überlegte mit Seckendorff, ob Schulenburg dazu geeignet sei, jedenfalls sollten beide „auf ein von des Grumbkow und ihrer Disposition abhangendes ehrliches Subjektum gedenken".[6]) Grumbkow riet,

---

lische Hof Wien als den Stifter der Heirat ansehen könne, während die obige Stelle bereits am 29. Jan. geschrieben ist. Übrigens hat Seckendorff diesen Brief erst nach der vollzogenen Verlobung, die ja am 10. März stattfand, erhalten haben können, und somit blieben Eugens Vorstellungen fruchtlos. Briefe von Wien nach Berlin gingen eine Woche; vgl. Förster III, 136, 138, 148.

[1]) Förster III, 158.

[2]) Ebenda S. 95.

[3]) Brfw. S. 38 21. Febr. 1732.

[4]) Förster III, 89 (23. März 1732); ebenda S. 102.

[5]) vgl. eine entgegengesetzte Auffassung bei Ausländer S. 51 Anm. 3.

[6]) Förster III, 89. Eugen an Seckendorff, 23. März 1732; vgl. ebenda S. 94, 5. Mai 1732, wo Schulenburg von ihnen für würdig erachtet wird, und ebenda S. 100, 16. April 1732: In des Kronprinzen Hofstaat durften nur von des Grumbkow und Seckendorff Anhang abhängige gebracht werden.

auch dem verbannten Duhan eine Pension von jährlich 400 Talern zu versprechen, weil dieser, wenn Friedrich König sei, viel bei ihm gelten werde.[1]) Seckendorff hatte so in der Tat, wie er es an den Kaiser schrieb,[2]) Grumbkow sehr nützlich bei dem Kaiser verwandt und auch beim König, können wir hinzufügen. Mit Grumbkow allein hatte Seckendorff sich ja beraten,[3]) durch ihn war Friedrich Wilhelm dann beeinflußt; „seiner Ehrlichkeit war der glückliche Ausgang der Sache größenteils zu danken",[4]) ihm, der „Kopf, Freiheit und Ehre bei dieser Handlung wagte, war nächst Gott der Erfolg zuzuschreiben".[5]) Der Wiener Hof erkannte das auch an, indem er ihm nach vollbrachter Tat außer seiner Pension eine allerhöchste Begnadigung von 40 000 Gulden für das Zustandebringen der Verlobung bewilligte.[6])

So ist also Grumbkows Mitwirkung auf seiten Österreichs deutlich. Einigermaßen ließ sich hierbei auch verfolgen, wie dies geschah. Es bleibt nur noch die Frage übrig, warum Grumbkow es getan hat. Er bekam von Österreich eine jährliche Pension, überdies wird ihm für diese ganz besondere Angelegenheit die Belohnung, die ihm ja nachher zuteil wurde, schon vorher zugesagt sein. Auch der Herzog von Bevern, der sich natürlich mit Grumbkow gut stellen mußte,[7]) wird ihm schon im voraus versprochen haben, sich im günstigen Falle erkenntlich zu zeigen: verschaffte er ihm doch später bei dem Wolffenbüttler die Anwartschaft auf ein vakant werdendes Lehen.[8])

Konnte Grumbkow nach all dem annehmen, daß die geplante Heirat zum Besten des preußischen Staates war? Daß

---

[1]) Ebenda S. 108.
[2]) C. v. Duncker a. a. O. S. 14 (9./10. Febr. 1732).
[3]) Förster III, 76.
[4]) Ebenda S. 88 (23. März 1732).
[5]) Ebenda S. 82.
[6]) Ebenda S. 232; vgl. ebenda S. 110, Brfw. S. 78.
[7]) Brfw. S. 86: Bevern an Grumbkow, 22. Nov. 1732. Je parle du reste ici aux bien intentionnés en faveur de Biberius comme pour mon père. — G.St.A. R. 92 Nr. 13, Ferdinand Albrecht an Grumbkow, 29. Nov. 1732: Je n'ai cependant pas manqué de profiter de ces avis pour en retourner à la charge sur l'extrême obligation qu'on doit avoir à Biberius de sa fermeté pour cette cour malgré les puissantes oppositions dans la Sienne, et je puis vous assurer, Monsieur, que l'Impératrice en a tellement parlé avec efficace à l'Empereur que ce Monarque en a reconnu toute l'équité qu'il y a qu'on embrasse une occasion naturelle pour en donner une marque de reconnaissance réelle à la famille de Biberius. J'ai aussi mis nos ministres bien intentionnés dans ce goût-là et je souhaite que les effets en repondent bientôt aux espéronnés qu'on donne là-dessus.
[8]) Förster III, 109/10, Seckendorff an Eugen, 5. Sept. 1732.

sie nicht zum Besten des Kronprinzen ausschlagen würde, wußte er. Dafür hatte er Beweise über Beweise in dessen Briefen an ihn, ja vielleicht sogar eine Andeutung, daß Friedrich in ihm selber etwas wie den Anstifter sah. Der Kronprinz schrieb nämlich gerade an ihn: „Gott verzeihe es denjenigen, die mir diese Sache zugezogen haben".[1]) Aber Grumbkow mußte auch wissen, daß diese Heirat für Preußen kein Glück sein würde. Er, der die geheimen Absichten des Wiener Hofes, durch weiblichen Einfluß den Kronprinzen auf österreichische Bahnen zu lenken, kannte, hätte sich sagen müssen, daß hinter solchen Plänen nichts Gutes für Preußen stecken konnte, daß Österreich im besten Falle durch eine Hintertür zu erlangen hoffte, was es auf offenem Wege kaum oder höchstens mit Zugeständnissen seinerseits hätte erreichen können.

Anders konnte Friedrich Wilhelm denken. Er durchschaute ja nicht die geheimen Machenschaften. Überdies hielt er damals so fest wie nur je an dem Kaiser, und nachdem die Großmächte sich so sehr um die Verheiratung seiner Kinder gekümmert hatten, war er stolz, daß er nun, wie er glaubte, selbständig ohne fremde Hilfe damit zustande gekommen sei.[2]) Diese Stimmung des Königs war Grumbkow sehr zustatten gekommen. Durch sie hatte er also ohne Gefahr zu laufen, bei Friedrich Wilhelm in Ungnade zu fallen, die österreichischen Pläne ausführen und seinen Vorteil wahrnehmen können.

2. Die braunschweigsich-bevernsche Heirat und der erste Änderungsvorschlag.

Auch in der Fortführung der Heiratsverhandlungen nach der Verlobung ist Grumbkows Rolle ziemlich klar. Es lag Österreich fürs erste viel daran, der Verlobung möglichst bald die Vermählung folgen zu lassen. Grumbkow sollte dahin wirken,[3]) und da eine Vorbedingung zur Vollziehung der Heirat die gute Stimmung des Kronprinzen war, sollte er den König geneigter gegen seinen Sohn machen.[4]) Man fürchtete in Wien immer noch Hindernisse von seiten des Kronprinzen.[5]) Auch ließ die schlechte Gesundheit des Königs die baldige Vollziehung der Vermählung als dringend geboten erscheinen.[6]) Grumbkow wollte deshalb

[1]) Brfw. S. 42, 22. Febr. 1732.
[2]) vgl. Ranke, S.W. 27/28, S. 135 oben.
[3]) Förster III, 87, Eugen an Seckendorff, 15. März 1732.
[4]) Förster III, 87, Eugen an Seckendorff, 15. März 1732.
[5]) Ebenda S. 90, Eugen an Seckendorff, 23. März 1732.
[6]) Ebenda S. 95, Seckendorff an Eugen, 5. April 1732.

die Heirat beschleunigen und schlug mit Seckendorff dem König vor, die Hochzeit gegen Michaelis zu veranstalten. Aber Friedrich Wilhelm ging nicht darauf ein, und Grumbkow tröstete sich und die österreichischen Politiker damit, daß das von ihnen begonnene Werk zu Anfang des Jahres 1733 vollendet würde.[1]) Doch trotz der eigentlich sicheren Aussicht auf die baldige Erfüllung seiner Wünsche hörte die Furcht des Wiener Hofes vor der englischen Partei in Berlin nicht auf, und immer wieder mußte Grumbkow bei dem König dahin vorstellig werden, die Hochzeit zu beschleunigen.[2])

Bald aber sollte es der Wiener Hof bedauern, daß er so sehr auf eilige Vollstreckung der geplanten Heirat gedrängt hatte. Das immer günstigere Verhältnis, in das Österreich seit dem Wiener Frieden 1731 mit England gekommen war, ermöglichte es dem englischen Gesandten Robinson während der Prager Tage dem Wiener Hof einen Änderungsplan für die Heirat vorzuschlagen und durchblicken zu lassen, daß auf diese Weise England und Preußen wieder versöhnt werden könnten. Nach seinem Vorschlag sollte der Erbprinz Karl von Braunschweig, der ja bereits mit Philippine Charlotte, der dritten Tochter Friedrich Wilhelms, verlobt war, die älteste Tochter Georgs II. heiraten. Daß dies nicht Englands wahre Absicht sein konnte, liegt auf der Hand. Lediglich um eine englische Prinzessin zu verheiraten, hätte man sich nicht in so viele Intriguen gestürzt. Indessen die Verlobung des Kronprinzen blieb bei diesem ersten Änderungsvorschlag noch unberührt.[3]) Während der Prager Zusammenkunft (1. — 5. August 1732) zwischen dem Kaiser und Friedrich Wilhelm wurde von diesem Plan im allgemeinen schon gemunkelt. Doch hat Grumbkow, der sich damals in des Königs Gefolge befand, dort wohl noch nichts davon erfahren.[4]) Aber kurze Zeit darauf wußte er, daß englische Intriguen wegen der Heirat von neuem spielten, doch meinte er, daß es sich wieder um den Kronprinzen handle.[5]) Im Grunde hatte er ja damit recht, nur war der Inhalt des augenblicklichen Projektes anders. Auch noch einen Monat später war Grumbkow im Ungewissen über die englischen Absichten; er glaubte, daß eine Heirat der fünften preußischen

---

[1]) Ebenda S. 96, Seckendorff an Eugen, 5. April 1732.
[2]) Ebenda S. 100, 105.
[3]) Arneth III, 347.
[4]) Förster III, 110, Grumbkow schreibt am 17. August 1732: à Prague il y avoit des gens de la première volée qui doutoient que la mariage de Bevern se feroit.
[5]) Ebenda S. 110.

Prinzessin Luise Ulrike — der späteren Schwedenkönigin — mit dem Prinzen von Wales geplant sei.[1]) Grumbkow war ebensowenig wie Seckendorff[2]) vom Wiener Hof über das schwebende Projekt unterrichtet. Man brauchte sie vorläufig noch nicht und konnte sie, die beide ja so sehr die braunschweig-bevernsche Heirat befürwortet hatten, auch nicht gebrauchen. Grumbkow hatte daher Angst, daß seine Bedeutung dahin sein könnte, und er fand, daß, wenn die englischen Intriguen gelängen, er und Seckendorff wie die Philister mit einem Eselskinnbacken niedergeschlagen wären.[3]) Er fürchtete auch sehr die Verminderung seines Einflusses auf Friedrich Wilhelm und sah in Degenfeld seinen Rivalen.[4]) Nichsdestoweniger hielt er selbst aber während dieser Zeit zu Seckendorff, und somit, wie er glaubte, auch zu Österreich. Denn ihm war es ja nicht bekannt, daß Österreich hinter den englischen Intriguen steckte, und so teilte er Seckendorff getreulich mit, was er davon erfahren konnte.

Wie der Kronprinz über eine Änderung seiner Heirat seinem Vater gegenüber dachte, wußte Grumbkow. Er hatte es durch Seckendorff erfahren, an den der König es selber geschrieben hatte.[5]) Danach wollte Friedrich nicht „in den Tod von der Prinzessin Elisabeth lassen". Um den Kronprinzen nur ja in diesen Gefühlen zu bestärken, schickte Grumbkow ihm einen Brief seiner Tochter ein, die eine vorteilhafte Schilderung von der kronprinzlichen Braut entworfen hatte.[6]) So suchte Grumbkow für die österreichische Sache zu wirken. Das Tragikomische hieran ist, daß er glaubte, im österreichischen Interesse zu handeln, während Österreich, wenn es sich seiner bedient hätte, ihm eine ganz andere Aufgabe zugeschrieben hätte.

In die Fülle der Intriguen wurde Grumbkow von Degenfeld eingeweiht,[7]) bevor dieser am 28. Oktober wieder nach London zurückkehrte, wahrscheinlich ehe Seckendorff, der damals gerade in Kopenhagen war, Genaueres darüber wußte. Danach sollte Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern an den Prinzen von Wales, der Kronprinz an die zweite Tochter Georg II.,

[1]) Ebenda S. 113, 115/16.

[2]) Ebenda S. 114, Seckendorff an Eugen, 11. Okt. 1732: Aus der Beilage (Grumbkows Relation) werden Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht die Intriguen wegen der Heirath ersehen, darin man aber keine Änderung zu befürchten, im Fall nur der König den Monat Juni 1733 erlebt.

[3]) Förster III, 115, Relation de Grumbkow, 4. Okt.

[4]) Ebenda S. 115/16.

[5]) Brfw. S. 60, 53; Förster III, 107.

[6]) Ebenda S. 53 (29. August 1732).

[7]) Förster III, 122—125; Relation de Grumbkow (22. Okt. 1732).

Amalie, und Luise Ulrike an den Herzog Wilhelm August von Cumberland vermählt werden.[1]) Grumbkow sollte helfen, diese aussichtslosen Pläne bei Friedrich Wilhelm durchzusetzen. Es wurden ihm Versprechungen von seiten Englands gemacht, u. a. wollte Georg, der der Pate der ältesten Tochter Grumbkows war, das vergessene Patengeld geben. Das schlug Grumbkow aber gleich ab, er hatte wohl seit Hothams Beschuldigungen ein gelindes Grauen vor England.[2]) Dem Anschein nach ging er aber auf Degenfelds Vorschlag ein. Er meinte, man müsse durch Robinson den Wiener Hof in diese Angelegenheit einweihen lassen. Dann und nachdem der Herzog von Bevern gewonnen sei, solle seine Arbeit in dieser Angelegenheit beginnen. Er ließ sich auch erzählen, daß der Kronprinz in England eine Korrespondenz unterhalte und die Königin mit im Komplott sei. Im Ernst aber dachte Grumbkow nicht daran, England bei diesem Projekt zu unterstützen. Er kannte ja noch immer nicht die Intimität der englisch-österreichischen Beziehungen; er hielt Degenfeld für toll und meinte, daß diese Projekte mehr bei ihm als bei dem englischen Hof entsprungen seien. Ihm mag auch dieser Plan nachteilig für Österreich erschienen sein. Denn er teilte ihn sogleich Seckendorff mit und nahm sich auch vor, den Herzog von Bevern davon in Kenntnis zu setzen. Friedrich Wilhelm aber wollte er nichts davon sagen, weil Degenfeld ja leicht das Gespräch ableugnen könne, und bei der Gunst, in der dieser augenblicklich bei dem König stand, konnte die Ungnade Friedrich Wilhelms für Grumbkow dann leicht daraus folgen.[3]) Grumbkow schloß aus dem Ganzen nur, daß bis zum endgültigen Vollzug der braunschweig-bevernschen Heirat noch viele Intriguen gesponnen würden. Doch war er immerhin nicht ganz frei von Furcht, daß Degenfelds Vorschlag sich verwirklichen könnte, und er fand, daß dann diejenigen, die die gute Sache aufrecht gehalten haben — natürlich ist er darunter — sehr zu bedauern waren. Daß er nicht ohne Besorgnisse war, zeigt auch noch

---

[1]) Dieses Projekt stimmt nicht mit dem Plan Robinsons überein; vgl. dazu Brfw. S. 77: Seckendorff an Grumbkow, 8. Nov. 1732.

[2]) Förster III, 138; vgl. ebenda 142, wo auch Seckendorff meint, daß die englischen Absichten nur darauf hinausgingen, ihn und Grumbkow zu stürzen.

[3]) Seckendorff hält es in seiner Antwort (Brfw. S. 77) auf diesen Bericht nicht für ausgeschlossen, daß Degenfeld mit Zustimmung des Königs Grumbkow von diesem Plan gesprochen habe. Doch scheint nach Grumbkow diese Vermutung nicht richtig gewesen zu sein (Brfw. S. 82). Pour le comte du Saint-Empire (Degenfeld) je lui ai demandé si le Roi lui avait donné la commission dont il vient parler, et il m'a répondu que non, aussi le roi ne lui a jamais parlé seul selon Derschau.

seine Schlußbemerkung, daß Degenfeld ihn nur habe aushorchen wollen. Demnach steht Grumbkow hier ganz auf österreichischer Seite, bemüht darum, nur den Vorteil Österreichs wahrzunehmen, ebenso gleichgültig gegen das Interesse Preußens und der an der Heirat Beteiligten wie bei der Einfädelung der Intrigue.

Ungefähr zu der gleichen Zeit, da Grumbkow durch Degenfeld von den englisch-österreichischen Plänen unterrichtet wurde, war wohl auch von Wien aus an Seckendorff der Befehl ergangen, seine Künste zur Hintertreibung der braunschweig-bevernschen Heirat spielen zu lassen, aber zunächst nur auf dem Boden der Robinsonschen Projekte. Den Wert auch dieser englischen Vorschläge schätzte Grumbkow niedrig ein. Er konnte sich nicht vorstellen, daß sie von England ausgingen, einmal, weil sie ja gar nicht mit der Person des Kronprinzen zusammenhingen, dann aber, weil er fand, daß England sich erniedrige, die dritte preußische Prinzessin zu verlangen, wo überdies Friedrich Wilhelm ausdrücklich erklärt hatte, er wünsche überhaupt keine englische Heirat.[1]) So trug auch Robinsons Plan, dem Grumbkow nicht traute, und hinter dem er noch andere Intriguen suchte, dazu bei, daß er diesmal Seckendorff seine Hilfe versagte. Seckendorff aber mußte gehorchen, er stöhnte über den von Wien an ihn ergangenen Befehl, der ihm unausführbar schien, er warnte sogar[2]) und meinte mit Grumbkow,[3]) daß der König, wenn er wider alles Vermuten auf die Änderung eingehe, eine England freundliche Gesinnung annehmen und Österreich verlassen würde.

Man hatte in Wien wie immer nicht nur auf Seckendorff, sondern auch sehr auf Grumbkow gebaut. Seckendorff teilte Grumbkow also den Befehl von Wien mit, mit der schmeichelhaften Zusicherung, daß der Kaiser gerade auf ihn bei der Durchführung sein ganzes Vertrauen gesetzt habe.[4]) Er nahm Grumbkow sehr stark für sich in Beschlag und verlangte zunächst, daß er die Meinung des Kronprinzen über diesen Fall aushorche. Das tat Grumbkow auch in Wusterhausen, allerdings ohne besonderen Erfolg.[5]) Außerdem wünschte Seckendorff noch, daß Grumbkow die vorgeschlagene Korrespondenz mit Degenfeld anknüpfe, aber vorsichtig und, wie er hinzufügte, nicht so offen, wie er es sonst zu tun pflege: Seckendorff dachte hierbei wohl nur an die Berichte, die Grumbkow ihm geschickt hatte

[1]) Förster III, 132.
[2]) Ebenda S. 116: Seckendorff an Eugen, 4. Nov. 1732.
[3]) Ebenda S. 117.
[4]) Brfw. S. 77: Seckendorff an Grumbkow, Kopenhagen, 8. Nov. 1732.
[5]) Ebenda S. 82.

und an den einen vorschnellen Brief, den er ebenfalls in der Heiratsangelegenheit an den Kronprinzen hatte abgehen lassen.[1] Sonst waren Grumbkows Briefe nämlich alles andere eher als offen. Über diesen Briefwechsel mit Degenfeld hatte Grumbkow Seckendorffs Meinung erbeten[2] und befolgte sie dann auch.[3] Natürlich schob Seckendorff Grumbkow auch die schwere Arbeit, den König geneigt zu machen, zu. Da er sich aber selbst nur sehr ungern mit dieser Sache befaßte, fühlte er, daß er sie Grumbkow sehr schmackhaft machen mußte. Deshalb gab er ihm die Zusicherung, daß die 40 000 versprochenen Gulden ihm sicher zuteil würden.[4] Er wußte eben, wie er Grumbkow zu nehmen hatte. Darum zeigte er ihm überdies noch, wie in dem Plan die Möglichkeit läge, sich persönlich mit dem englischen Hofe auszusöhnen, wenn nämlich, wie König Georg es gern möchte, durch des Grumbkow Vermittlung die Heiraten zustande kämen.

Aber all das half diesmal bei Grumbkow nicht; er weigerte ganz energisch seine Mitwirkung.[5] Doch hörte er nicht auf, nach Wien Nachrichten über den Berliner Hof zu schicken,[6] und so ist es denn unwahrscheinlich, wie Arneth behauptet,[7] daß man in Wien Grumbkow dafür verantwortlich machte, daß Friedrich Wilhelm nicht auf den Änderungsvorschlag einging.

Gerade diese Weigerung, hier Seckendorff zu folgen, ist Grumbkow zum Vorteil ausgelegt worden.[8] In ihr glaubte man den Beweis dafür zu finden, daß er sich nicht an Österreich verkauft habe. Eine einzige Äußerung wäre für diese Ansicht anzuführen. Grumbkow schreibt nämlich an Seckendorff[9]: „Ich will lieber keinen sou haben als meinem Herrn helfen, einen falchen Schritt zu tun". Aber nach dem ganzen Zusammenhang macht diese Stelle den Eindruck der Phrase, und Grumbkow charakterisierte wohl seine Beziehungen zu seinem König wahrheitsgemäßer, wenn er zur gleichen Zeit schrieb: „Wenn ich Interesse daran habe, meinen Herrn zu befriedigen, so geschieht das vielmehr, um anderen Leuten das Maul zu stopfen, als um meines Herrn willen", und „Ich bin keineswegs Eures Hofes überdrüssig, sondern sehr des meinigen. Das geringste wirkliche Geschenk,

[1] Brfw. S. 38; vgl. S. 57.
[2] Förster III, 125.
[3] Brfw. S. 82.
[4] Ebenda S. 78.
[5] Förster III, 117: Seckendorff an Eugen, 22. Nov. 1732.
[6] Ebenda S. 118.
[7] a. a. O. S. 348.
[8] Ausländer S. 51.
[9] Brfw. S. 82.

das man mir von Eurer Seite bewilligen will, wird mir mehr Vergnügen machen, als leere Hoffnungen von großem Wert".[1])

So waren Grumbkows egoistische Motive in dem Verlauf der Heiratsverhandlungen klar zutage getreten. Wäre er, der sich lange und angelegentlich für das braunschweig-bevernsche Projekt beim König verwandt hatte, jetzt mit einem Änderungsplan an Friedrich Wilhelm herangetreten, so wäre des Königs Argwohn ja geradezu herausgefordert worden. Grumbkow kannte seinen Herrn zu gut,[2]) er ahnte wohl schon die Szenen, die sich dann in der Tat einstellten, voraus. „Ich wundere mich", schreibt er an Seckendorff, „daß Ihr, die Ihr den Charakter des Königs gründlich kennt, in ein solches Projekt Euch einlassen könnt". Und dann ganz deutlich die Angst vor der königlichen Ungnade: „Seid sicher, daß wenn Ihr ihm diesen Vorschlag darüber macht, er ihn Euch nie verzeihen wird". In diesem Fall konnte es für Grumbkow gar keine andere Entscheidung geben als die, bei dieser Intrigue die Hand aus dem Spiel zu lassen. Der gebotene bare Gewinn stand hier doch weit hinter dem wesentlichsten, Friedrich Wilhelms sicherer Gunst, zurück; um sie nicht auf das Spiel zu setzen, mußte er dem Österreicher zum ersten Male eine Absage zuteil werden lassen. Ja, hätte Grumbkow österreichische Garantien für seine Zukunft gehabt, vielleicht hätte er dann den Schlag gewagt. So aber lohnte es sich nicht,[3]) und er sah in „all diesen Affairen nur Gefahr und wenig Vorteil".[4]) Deshalb hatte er auch Seckendorff so eingehend die Unmöglichkeit für sich dargelegt, dem Könige seinen Vorschlag zu übermitteln: „Ich bleibe fest in meinem Entschluß ... und ich glaube, da Ihr wirklich mein Freund seid, daß Ihr mich nicht einer Sache aussetzen wollt, die mich das bißchen Gut, das mir für meine arme Familie bleibt, kosten wird".[5]) Zwischen den Zeilen klingt es wie eine Entschuldigung, daß er dieses Mal nicht mit Seckendorff zusammengehen könne. Schüchterne Ratschläge, wie der Österreicher die Sache beginnen solle, um sie glücklich durchzuführen, gab er ihm aber doch.[6])

Bestärkt wurde Grumbkow in seiner Weigerung noch durch

---

[1]) Förster III, 129. Grumbkow hat den Inhalt seines Briefes an Seckendorff vom 14. Nov. 1732 in dieser „relation de Grumbkow du 8 au 24 nov. 1732" verarbeitet, die durch Seckendorff an den Prinzen Eugen weiterging. Die angeführten Stellen finden sich nur in der Relation.

[2]) Brfw. S. 81 an Seckendorff, 14. Nov. 1732: Je connais trop les sentiments du Roi, il n'est pas si sot, comme on le croit.

[3]) Förster III, 129, Relation de Grumbkow vom 8. bis 24. Nov. 1732.

[4]) Ebenda S. 125, Relation de Grumbkow vom 29. Okt. 1732.

[5]) Ebenda S. 132/33.

[6]) Ebenda S. 133.

den Gedanken, daß eine Versöhnung zwischen England und Preußen ihn stürzen könne. Allerdings ist ihm diese Erwägung wohl nur ganz nebenbei gekommen. Jedenfalls waren die Mitglieder der österreichischen Ministerkonferenz im Irrtum, die das als treibendes Motiv ansahen.[1])

Um so mehr ist schließlich hier noch Grumbkows Verhalten zu erklären, als er gerade zu jener Zeit besonders alles vermeiden mußte, dem König Argwohn oder gar Beweise gegen sich zu geben; denn zwischen Friedrich Wilhelm und ihm hatte damals eine kleine Mißstimmung Platz gegriffen. Grumbkow selbst fühlte sie; er schrieb an Seckendorff[2]): „Ich sehe wohl, daß man (der König) sich von mir entfernt und nur in falschem Ton über die Geschäfte mit mir spricht oder seine Meinungen verheimlicht; ich habe mir vorgenommen, mit ihm auf der Hut zu sein und so wenig wie möglich mit ihm zu sprechen". Einen Augenblick überkam auch ihn der Überdruß und der Widerwille gegen das Wirrsal der Intriguen am preußischen Hofe, und er, der doch eigentlich ihr Haupt war, suchte einen Ausweg aus ihnen. Verstärkt wurde diese vorübergehende Amtsmüdigkeit auch noch durch einen Streit mit dem dirigierenden Minister im Generaldirektorium, Görne.[3]) All das mahnte Grumbkow nur doppelt zur Vorsicht und hätte ihn, wenn überhaupt bei ihm ein Zweifel darüber bestehen konnte, bestimmen müssen, bei diesem Plan Seckendorff seine Mitwirkung zu verweigern. Jedoch, soweit es die Selbsterhaltung zuließ, arbeitete Grumbkow, obgleich er hier einen tiefen Einblick in die Willkürpolitik hatte tun können, die Österreich mit Preußen trieb, noch immer für den Wiener Hof. Noch bezahlte dieser ihn ja, und so berichtete er Seckendorff fürs erste getreulich alle Vorgänge am preußischen Hofe weiter.[4]) Nur selber beim König wollte er für diese Sache nicht mehr persönlich tätig sein.

Aus dieser verlegenen Zwischenstellung schlug er indessen Seckendorff sogar noch andere Heiratskombinationen vor, und zwar sollte der Prinz von Cumberland bei dieser Gruppierung mit Luise Ulrike und Prinz August Wilhelm von Preußen mit der englischen Prinzessin Luise vermählt werden unter der Be-

---

[1]) Arneth III, 348: „Die übrigen Mitglieder der Conferenz behaupten hingegen, Grumbkow, dessen Einfluß auf Seckendorff von größtem Gewicht sei, widerstrebe aus persönlichen Rücksichten der Aussöhnung ... Er kenne die Feindschaft, welche die englische Partei zu Berlin wider ihn beseele und fürchte, daß durch die beantragte Heirat ihre Macht verstärkt und dann ohne Zweifel wider ihn gebraucht werden würde".

[2]) Förster III, 126.

[3]) Brfw. S. 79: Seckendorff an Grumbkow, 8. Nov. 1732.

[4]) Förster III, 134.

dingung, daß England seine Mitwirkung bei der Erlangung von Kurland für diesen Prinzen verspräche.[1]) An die Durchführung dieses Verlegenheitsvorschlages hatte Grumbkow wahrscheinlich selbst nicht gedacht. Aber er hatte wenigstens Österreich seine Bereitwilligkeit gezeigt, etwas in dieser Sache zu unternehmen. Immerhin, es war wenig, und Grumbkow suchte deshalb nach dem Änderungsvorschlag besonders sich den Kaiser zu verpflichten. Ihm gelang es denn auch, des Königs Zornausbrüche zu besänftigen,[2]) durch seine Vermittlung wird es überhaupt nur möglich, daß Friedrich Wilhelm Seckendorff wieder vor sich ließ,[3]) sein „vernünftiges Betragen" bewirkte es, daß der König dann wieder mit diesem sprach.[4]) Grumbkow hatte seinen ganzen Einfluß bei Friedrich Wilhelm für den österreichischen Gesandten verwandt, nachdem er zuerst verzweifelt hatte, „diese Gefahren glücklich zu überwinden".[5]) So glücklich aber gelang ihm dies, daß „er und Seckendorff dabei miraculeusement mehr an Kredit gewonnen als verloren haben".[6])

Auch in Wien hatte Grumbkow sein Verhalten nichts geschadet, noch sah es Eugen als Seckendorffs erste Pflicht an, für sich und Grumbkow wieder Friedrich Wilhelms Gnade zu erwerben.[7]) Andrerseits war auch Grumbkow an dem guten Einvernehmen des Königs und Seckendorffs viel gelegen.[8]) Und so ging die Zusammenarbeit mit Seckendorff weiter: Die Audienz des sächsischen Grafen Rutowsky — eines unehelichen Sohnes von August II. — hintertrieb Grumbkow;[9]) sie hätte nämlich Österreich schaden können, das den sächsischen Einfluß in Preußen durchaus nicht aufkommen lassen wollte. Vielleicht fürchtete Grumbkow auch, daß Rutowsky seine und Seckendorffs Stellung bei Friedrich Wilhelm untergraben wolle.[10]) Ferner wurden die kronprinzlichen Briefe weiter von Grumbkow Seckendorff übergeben.[11]) Noch ließ er ihm auch eingehende Nachrichten über

---

[1]) Ebenda S. 119: Seckendorff an Eugen, 20. Nov. 1732.
[2]) Ebenda S. 136.
[3]) Ebenda S. 138.
[4]) Ebenda S. 137.
[5]) Förster III, 137.
[6]) Ebenda S. 139.
[7]) Ebenda S. 140.
[8]) Ebenda S. 147.
[9]) Ebenda S. 143.
[10]) Ebenda: Seckendorff an Eugen, 22. Dez. 1732: „Man darf auch gar nicht zweifeln, daß am Dresdenischen Hofe bereits die geheimen Nachrichten von des Königs Mißvergnügen gegen mich, doch ohne die gründliche Ursache davon vielleicht zu wissen, dem König in Polen Hoffnung gegeben zu meinem gänzlichen Mißkredit mit beizutragen".
[11]) Ebenda S. 146/47.

die Stimmung des Königs zukommen.[1]) Nach diesen Berichten hätte sich der Wiener Hof sagen müssen, daß er nicht noch einmal einen ähnlichen Schlag wie den ersten Änderungsplan der braunschweig-bevernschen Heirat ausführen dürfe. Nichtsdestoweniger wagte er einen zweiten.

3. Der zweite Änderungsvorschlag.

Am 10. Juni 1733 waren der König, die Königin und der gesamte Hofstaat nach Salzdahlum gefahren, um die Hochzeit des Kronprinzen mit der bevernschen Prinzessin zu feiern.[2]) Auch Grumbkow befand sich im Gefolge. Seckendorff begab sich ebenfalls dorthin, um mit Grumbkow, wie Eugen ihm geraten hatte,[3]) zu besprechen, auf welche Weise die Änderung der Heirat doch noch vorgenommen werden könnte. Denn England forderte sie von neuem dringend.[4]) Grumbkow war in Anbetracht der Umstände (auf den nächsten Tag war ja die Hochzeit gelegt) dagegen, daß Seckendorff überhaupt irgendeinen Vorschlag Friedrich Wilhelm gegenüber wagte. Nicht nur, daß des Königs Argwohn, der Kaiser lasse ihn gegen England fallen, vermehrt würde, auch der Kronprinz müsse in der Erinnerung an die früheren Verhandlungen mit England gegen eine englische Heirat sein. Sollte er indes wider Erwarten doch dafür eintreten, so würde der Konflikt von Vater und Sohn von neuem ausbrechen. Auf keinen Fall aber wolle er, Grumbkow, Seckendorff diesmal Mithilfe leisten, die ihm vielleicht den Hals kosten könne.[5]) Deutlich zeigt er auch Englands durchaus eigennützige Absichten bei diesem Heiratsvorschlag. Man sieht, wie klar Grumbkow Intriguen durchschaute und warnen konnte, wenn er nur gerade nicht daran irgendwie beteiligt oder interessiert war. Demnach hat er auch hier, wie früher, im eigenen Interesse gehandelt, und aus diesem heraus suchte er auch jetzt trotz der Weigerung sich Österreich warm zu halten. Deshalb versicherte er Seckendorff, daß wenn er schon dem Änderungsplan bei dem König nicht das Wort reden könne, er jedenfalls nichts dagegen vorbringen wolle.[6]) Das war ein Zugeständnis, daß er

---

[1]) Ebenda.
[2]) Förster III, 149.
[3]) Arneth III, 587 Anm. 37: Eugen an Seckendorff, 5. Jan. 1733: „... findeten Sie aber, daß einige auch nur geringste Hoffnung in den vorschlagenden Plan selben hineingehen zu machen, so haben nichts, was nur immer möglich mit oder ohne Beihilfe des Grumbkow zu unterlassen".
[4]) Ebenda.
[5]) Förster III, 150.
[6]) Ebenda S. 151: Seckendorff an Eugen, 13. Juni 1733.

Österreich machte und eine Unaufrichtigkeit Friedrich Wilhelm gegenüber; denn Grumbkow sagte ja selbst von sich, daß er viele Jahre hindurch im Gegensatz zu den anderen Ministern behauptet habe, daß eine englische Heirat den preußischen Interessen schade.[1])

Einen indirekten Beweis seiner Freundschaft und Aufrichtigkeit gegenüber Österreich hatte Grumbkow ja auch dadurch gegeben, daß die Aufnahme des Änderungsvorschlages bei Friedrich Wilhelm ganz den Befürchtungen entsprach, denen er vorher Seckendorff gegenüber Ausdruck gegeben hatte.[2]) Der König nahm zwar zunächst den österreichischen Plan noch verhältnismäßig ruhig auf. Nach Seckendorffs Fortgang aber kam seine Empörung über diese neue Zumutung des Wiener Hofes zum vollen Ausbruch. Sein Argwohn gegen England und seinen Sohn erwachte wieder. Grumbkow mußte mit diesem darüber sprechen und auch mit Borck die Antwort auf Eugens Schreiben, das den Vorschlag zur Heiratsänderung enthielt, verfassen.[3]) Wir wissen die Einzelheiten dieses Vorfalls durch Seckendorffs Berichte an Eugen, und es liegt auf der Hand, daß Seckendorff sie, soweit er sie nicht selber miterlebt hatte, durch Grumbkow kannte. Daraus geht ebenfalls hervor, daß Grumbkow sich bemühte, zu zeigen, daß seine Verbindung mit Seckendorff keineswegs gelöst sei, obgleich er ihm einmal die Gefolgschaft hatte verweigern müssen.

Am 12. Juni 1733 kam trotz der englisch-österreichischen Intriguen die braunschweig-bevernsche Heirat endlich zustande, und es darf wohl behauptet werden, daß ohne Grumbkows Mitwirkung weder der König dahingedrängt, noch der Kronprinz zur Nachgiebigkeit gebracht worden wäre. So war in der Tat, wie Eugen es an Seckendorff schrieb,[4]) „des Grumbkow Ehrlichkeit der Sache glücklicher Ausgang zuzuschreiben".

Viertes Kapitel.

Die Prager Zusammenkunft.

Der Gedanke einer Zusammenkunft zwischen Friedrich Wilhelm und einem vornehmen Vertreter der österreichischen Politik (es konnte sich nur um den Kaiser selbst oder Prinz Eugen handeln, da Friedrich Wilhem so sehr darauf hielt, daß

[1]) Ebenda.
[2]) Förster III, 149 ff.: Seckendorff an Eugen, 13. Juni 1733.
[3]) Förster III, 154/55.
[4]) Ebenda S. 98: 23. März.

ihm die gebührende Stelle eingeräumt und er nicht als „Fürst von Zipfel-Zerbst“ betrachtet würde) tritt zum ersten Male im Jahre 1726 hervor.[1]) Am 26. Dezember 1726 riet Grumbkow Friedrich Wilhelm in der Nachbarschaft von Schlesien eine Begegnung mit Eugen, „damit sie sich recht gegeneinander aussprechen und auch Maßregeln gegen alle gemeinschaftlichen Feinde nehmen könnten“. Wieweit dieser Plan selbständig von Grumbkow ausging oder ob Seckendorff ihn dazu instruiert hat, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Es ist doch aber wohl wahrscheinlich, daß Grumbkow der Vater des Gedankens war.[2]) Jedenfalls widersprach dieser Vorschlag durchaus nicht dem Interesse der damaligen österreichischen Politik, die ja noch englandfeindlich war. 1732, bei der Ausführung der Unterredung, lagen die politischen Verhältnisse allerdings ganz anders. Dagegen wäre eine solche Zusammenkunft jetzt nur von Vorteil für Österreich gewesen, dem damals viel an Preußen lag. Die unmittelbare Wirkung der Persönlichkeit Eugens hätte bei Friedrich Wilhelm, der ihn als den großen Kriegshelden verehrte, viel vermocht. Das zeigt schon die Art, wie der König Grumbkows Anregung aufnahm. Nach der damaligen politischen Lage scheint Grumbkow also auch hierbei eher das österreichische als das preußische Interesse im Auge gehabt zu haben.

Noch am Abend desselben Tages, da Grumbkow mit dem König gesprochen hatte, wußte Seckendorff durch Grumbkow, daß Friedrich Wilhelm viel an der Zusammenkunft gelegen war.[3]) Nachdem man dann noch mehrere Male darüber hin und her geschrieben hatte,[4]) war der Plan eingeschlafen, bis 1731 der Kaiser durch Seckendorff Friedrich Wilhelm von neuem eine Unterredung vorschlagen ließ,[5]) und diesmal nicht nur mit Eugen, wovon bisher immer nur die Rede war, sondern auch mit ihm persönlich. Daß gerade zu dieser Zeit der Wiener Hof auf den

---

[1]) Förster III, 343 (das Datum folgt aus S. 341).

[2]) vgl. Seckendorffs Bericht bei Förster III, 341 ff, insbes. 347. Von Wien war Seckendorff jedenfalls nicht dazu beauftragt, denn als Friedrich Wilhelm ihn ein paar Tage darauf, am 27. Januar, bat, die Begegnung zu vermitteln, sprach Seckendorff von der Fülle der Geschäfte, die auf Eugen lasteten. Das ist doch wohl eine Vorsichtsmaßregel, wenn der von seinem Helfer selbständig erdachte Plan bei einer Anfrage in Wien auf Widerstand stoßen würde (Förster III, 345). Für die Unabhängigkeit des Plans von Wien spricht auch noch Seckendorffs warme Fürsprache bei Eugen für seine Ausführung.

[3]) Förster III, 344.

[4]) Ebenda S. 375 (15. Febr. 1727); S. 403 (14. März 1727); Droysen IV, 3, 91, 27. April 1730 Schreiben des Königs an Seckendorff, auf des Königs Befehl von Grumbkow angefertigt.

[5]) Droysen IV, 3, 130; Ranke, S.W. 27/28 S. 137 Anm. 1; Ausländer gibt dasselbe nochmals aus dem G.St.A.

alten Plan Friedrich Wilhelms zurückkam, war kaum zufällig. Denn Österreich stand damals mit England in Verhandlungen über den Abschluß der 2. Wiener Allianz[1]) und glaubte wohl durch besonders eifrigen diplomatischen Verkehr mit Preußen auf den Londoner Hof einen Druck ausüben zu können.

Gelegenheit zur Verwirklichung der geplanten Zusammenkunft gab die Reise des Kaisers nach Karlsbad, Anfang Juni.[2]) Aber nicht so ohne weiteres konnte die Begegnung stattfinden. Wie immer, wo der preußische und der österreichische Hof in Verbindung traten, spielten auch jetzt wieder Intriguen mit. Inzwischen hatte sich nämlich der Wiener Hof mit England ausgesöhnt und sah sich genötigt, auf die Launen des englischen Königs Rücksicht zu nehmen. Deshalb mußte Seckendorff mit Grumbkow überlegen, wie der Besuch des Königs am besten zu hintertreiben sei, oder wie er wenigstens incognito an einem kleinen Ort stattfinden könne, damit nur England nicht argwöhnisch werde.[3]) Grumbkow sollte, besonders seit Seckendorff in Kopenhagen war, mit aller Behutsamkeit dem Könige die Zusammenkunft ausreden.[4]) Aber es gelang ihm nicht. Er mußte Seckendorff nach Hamburg mitteilen, wie sehnlich Friedrich Wilhelm diese Unterredung wünsche, und riet, sie nicht zu hintertreiben, ja sogar auch den Kronprinzen kommen zu lassen.[5]) So war man also in Wien gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen.[6])

Grumbkows Lage hier erinnert an die Stellung, die er gegenüber Seckendorffs Ansinnen in der braunschweig-bevernschen Heiratsangelegenheit einzunehmen genötigt war. In beiden Fällen hatte er selbst für das Projekt gearbeitet und konnte deshalb nicht plötzlich umschwenken, als der Wiener Hof es befahl. Beide Male hatte er auch daran zu denken, daß Friedrich Wilhelm von der Ausführung der Pläne manches erhoffte. Hier besonders

---

[1]) Droysen IV, 3. 126ff.

[2]) Förster III, 98 (8. April 1732); Höfe und Cabinette I, 124, Eugen an Seckendorff, 29. Juni 1732.

[3]) Förster III, 101, Eugen an Seckendorff, 16. April 1732.

[4]) Ebenda S. 106, Eugen an Seckendorff, 30. April 1732.

[5]) Ebenda S. 106, 107, 108.

[6]) Ebenda S. 109. — Im Juni 1732 war übrigens der Plan der Zusammenkunft schon allgemein bekannt. Marschall von Biberstein, der preuß. Gesandte bei August II., fragt nämlich Grumbkow darüber an: G.St.A. R. 96, 16 D: Faites-moi savoir s'il vous plaît, si le Roi notre maître ira voir l'Empereur au Carlsbad. Le Comte de Löwenwolde me dit d'en avoir eu de lettres et même que l'Impératrice faisait faire une belle galanterie en or pour en faire présent à notre Roi. — Auf Ausländers Bemerkung S. 34, „ob Grumbkow zu den Gegnern des Reiseplans gehörte, läßt sich nicht sagen", braucht wohl nach diesen Ausführungen nicht mehr eingegangen zu werden.

die Klärung der jülich-bergischen Frage und ein engeres Freundschaftsverhältnis zum Kaiser. So war seine Stellung durch die Absichten des Königs bestimmt; er konnte nicht anders handeln als sich nach ihnen richten und die Zusammenkunft anraten. Es fügte sich glücklich, daß er damit auch im österreichischen Interesse wirkte. Der Wiener Hof war vor dem Zustandekommen des englisch-österreichischen Bündnisses für die Begegnung der beiden Herrscher eingetreten. So durfte er jetzt nach Abschluß der Allianz, wenn er nicht Friedrich Wilhelms Argwohn dagegen erwecken wollte, nicht abschwenken. Gerade daß Österreich schließlich auf die Zusammenkunft eingegangen ist, mag es veranlaßt haben, daß Friedrich Wilhelm die Allianz harmlos ansah.[1]) So hat auch hier Grumbkow eher beabsichtigt, im österreichischen als im preußischen Interesse zu wirken.

Am 23. Juni reiste der König von Berlin zu der Unterredung ab, die in Kladrup bei Prag vom 1. bis 5. August stattfinden sollte.[2]) In des Königs Gefolge befanden sich u. a. auch Seckendorff und Grumbkow.[3]) Von Jaromierz aus schickte Friedrich Wilhelm Grumbkow nach Prag voraus, um dem Kaiser seine Ankunft zu melden. Grumbkow hatte zweimal bei Karl VI. Audienz und erhielt von ihm sein Bild, reich mit Diamanten besetzt.[4]) Daß Friedrich Wilhelm gerade Grumbkow als Boten zum Kaiser gewählt hatte, ist ein Beweis, wie hoch dieser in der Achtung seines Königs stand.

Die Bedeutung der Prager Begegnung ist für Friedrich Wilhelm sehr umstritten. Droysen nimmt Podewils' Wort auf: „Die Zusammenkunft in Prag wurde das Grab der Freundschaft mit dem Kaiser".[5]) Ihm steht Ranke gegenüber, dessen Ansicht Ausländer weiter ausgebaut hat. Nach ihnen war der König mit dem Ergebnis der Reise vollkommen zufrieden.[6]) Für den

---

[1]) Ausländers Ausführungen (S. 6) gegen Droysens Meinung (IV, 3, 128) über die Wirkung der Wiener Allianz auf Friedrich Wilhelm erscheinen mir nicht stichhaltig.

[2]) Der Tod des Fürsten Schwarzenberg wurde als Vorwand hingestellt, daß man am Wiener Hofe nur einen so unbedeutenden Ort wählte. G.St.A. R. 96, 2, L 2 Seckendorff an den König, 12. Juli 1732.

[3]) Förster I, 330.

[4]) König, Lexicon S. 87; nach Förster I, 333 hatte das Bild 6000 Taler Wert.

[5]) Droysen IV, 3, 171, und zum Datum Ausländer S. 33 Anm. 2.

[6]) Interessant sind Brühls Bemerkungen an Grumbkow über die Prager Zusammenkunft. Er schreibt: G.St.A. R. 96 16 D, 9. Aug. 1732: L'entrevue entre ces deux puissances a été résolue bien vite et exécutée de même, pourvu qu'elle s'est faite au contentement de tous les deux il ne reste rien à voir. Und in einem „Soli" drückt er sich ebenda deutlicher aus: Le Patron (August II.) craigne un peu que le Compatron (Friedrich

Zusammenhang hier kommt dies ja nur insofern in Betracht, als sich Grumbkows Stellungnahme nach der Haltung Friedrich Wilhelms richtete. Grumbkow hatte wohl den Eindruck, daß sein Herr von der Prager Besprechung befriedigt war, jedenfalls schrieb der Kronprinz, dem Anschein nach auf eine Erzählung Grumbkows [1]): „Ich bin entzückt, daß der König mit seiner Reise so zufrieden ist". Aber war nicht vielleicht der günstige Bericht von Grumbkow Berechnung? Da er den Kronprinzen ja mit Macht auf die österreichische Seite ziehen wollte, glaubte er möglicherweise, daß eine Schilderung der engen Freundschaft zwischen dem König und dem Kaiser auf den Kronprinzen nicht ohne Eindruck sein würde. Mit Bestimmtheit läßt sich über Grumbkows Ansicht hier nichts sagen. Eine sichere Beantwortung scheitert wieder einmal an der Hauptschwierigkeit, die sich einer Darstellung von Grumbkows Wirken entgegenstellt: der Tatsache, daß man kaum einer von seinen Äußerungen Glauben schenken darf.

Das tritt auch bei einer zweiten Bemerkung Grumbkows zutage, aus der seine Auffassung über den Eindruck, den die Prager Zusammenkunft auf den König gemacht hat, hervorgehen könnte: „Sie müssen sich auch erinnern, daß seit dem Prager Vorschlag und dem Vertrage mit den Sachsen ich Sie benachrichtigt habe, daß ich eine große Veränderung in den Anordnungen des Königs fand".[2]) Aber so sehr diese Äußerung auch an die von Podewils erinnert und dadurch an Bedeutung gewinnen müßte, darf sie doch nicht ohne Einschränkung hingenommen werden. Grumbkow spricht zwar von dem Eindruck, den der König empfangen hatte. Aber der Name des Königs dient ihm wohl nur als Deckmantel für seine eigene — spätere — Auffassung. Überdies ist auch noch zu bedenken, daß Grumbkow die betreffenden Worte am 3. Oktober 1735 an Seckendorff schreibt, zu einer Zeit, wo er sich von Österreich bereits losgelöst hatte. Vielleicht hatte er ein Interesse daran, den Lösungspunkt künstlich zurückzudatieren, vielleicht ist sein späteres Urteil auch beeinflußt durch die folgenden Ereignisse. Er schreibt ja drei Jahre nach dem Vorfall, und was am bedeutsamsten ist, er will die Zeit der Trennung von Österreich nur ungefähr bestimmen; denn zwischen der Prager Zusammenkunft (1.—5. August 1732)

Wilhelm I.) ne souffre dans cette entrevue par rapport au cérémoniel, et qu'il ne retourne pas si content comme il a été pressé pour cette entrevue. Der sächsische Hof sah natürlich die Prager Zusammenkunft mit scheelen Augen an, wollte er doch gerade damals Preußen zu sich hinüberziehen.

[1]) Brfw. S. 50, 17. August 1732.

[2]) Droysen IV, 4, 435 u. Beil.

und dem Vertrag mit den Sachsen (16. Juli 1733), die Grumbkow zusammen als Zeitpunkt angibt, lag ein Jahr.[1]) Man dürfte demnach, wenn man überhaupt von einer Wandlung Grumbkows hier sprechen will, sie höchstens als eine allmählich sich entwickelnde bezeichnen.[2])

Wie verhielt sich aber Grumbkow bei der Prager Zusammenkunft selber? Von einer selbständigen Rolle, die er während der Verhandlungen über die jülich-bergische Frage, dem wichtigsten Gegenstand der Unterredung, spielte, ließ sich nichts finden. Auch ist das Material nur sehr spärlich für die Feststellung, wie Grumbkow die Zumutungen, die Österreich in Prag an den König in dieser Angelegenheit stellte, aufnahm. Lediglich aus späteren Äußerungen können wir Rückschlüsse ziehen. Danach billigte er die österreichischen Vorschläge, daß Preußen freiwillig auf einen Teil des Herzogtums Berg verzichte. Dies geht aus einer Äußerung Borcks, der ebenfalls mit in Prag war,[3]) hervor. Borck berichtete nämlich, daß man mit ihm in dieser Angelegenheit gar nicht habe verhandeln wollen, sondern daß der Kaiser alles den Entwürfen, die Seckendorff machen sollte, überlassen habe; auch meinte er, daß Grumbkow Seckendorff hier mehr versprochen habe als er halten könne.[4]) So wollte Grumbkow also dem Österreicher bei der Durchführung der kaiserlichen Absichten in betreff Jülich-Bergs helfen. Zu dem stimmt auch, daß er gleich nach der Prager Reise Friedrich Wilhelms Pläne in dieser Sache an den österreichischen Gesandten mitteilte.[5]) Grumbkow blieb also anscheinend — denn etwas Bestimmtes läßt sich nach dem spärlichen Material nicht sagen — trotz der österreichischen Vorschläge über Jülich-Berg auch in Prag bei seiner alten Politik, schon allein deshalb, weil er äußerlich noch an Österreich gebunden war, eine andere Macht aber, die für ihn an dessen Stelle trat, vorläufig nicht gefunden hatte.

Allerdings hatte sich schon eine weitere Anknüpfung angebahnt, aber sie bot durchaus noch nichts Sicheres. Man war nämlich von englischer Seite in Prag an Grumbkow herangetreten und hatte ihn aufgefordert, auf eine Versöhnung des englischen und preußischen Hofes hinzuarbeiten. Er fand das zwar angeblich sehr nützlich, die baldige Verwirklichung jedoch aus-

---

[1]) Ausländer S. 36.

[2]) vgl. aber die folgenden Seiten.

[3]) König, Biogr. Lexicon S. 172. Über ihn Koser F.B.P. G. II, 171. Die Gründung des Auswärtigen Amtes des Königs Friedrich Wilhelm I.

[4]) Förster III, 110.

[5]) Förster III, 111; vgl. auch ebenda 146/47.

sichtslos. Er erinnerte daran, daß der König von Preußen immer von einem mächtigeren Hofe geleitet werde; in diesem Augenblick sei das der Wiener Hof. Wenn aber erst die Versöhnung mit England eingetreten sei, so werde sicherlich der englische Hof an die Stelle des Wiener treten.[1]) An eine ernsthafte Verbindung mit Grumbkow können die englischen Politiker nach der Lage der Dinge damals kaum gedacht haben. Das Ansinnen, das man an Grumbkow gestellt hatte, war wohl nur ein Versuch, der gemacht wurde, um nichts zu unterlassen. Und Grumbkow faßte es auch so auf, indem er die Aussichtslosigkeit eines solchen Vermittlungsversuches für den Augenblick und die enge Verbindung mit Österreich betonte. Doch vertröstete er den englischen Hof auf die Zukunft und hütete sich vor einer schroffen Ablehnung. Man hat das Empfinden, als ob er noch ein zweites Eisen im Feuer behalten wollte neben dem österreichischen. Für den Augenblick aber konnte ihn dieser belanglose englische Vorschlag wahrlich nicht von seiner bisherigen Politik abbringen.

Sehr bestechend erscheinen zuerst die Ausführungen, die Ausländer[2]) von den Folgen der Prager Zusammenkunft für Grumbkow gibt. Er meint, daß „seit diesen Tagen Grumbkow sich nicht mehr recht wohl in dem alten Gleise befand und sich langsam von dem österreichischen System zu lösen begann". Er will also der Begegnung in Prag für Grumbkow die Bedeutung zuschreiben, „die man ihr fälschlich für den König beigelegt habe". Ausländer stützt seine Behauptung zunächst auf eine Bemerkung Wilhelmines in ihren Memoiren[3]): „Ich habe Grumbkow oft diese Zusammenkunft erzählen hören. Er hätte aus der Haut fahren mögen, sagte er, wenn er sah, wie sehr sich sein Herr erniedrigte". Es ist in der Tat merkwürdig, daß Wilhelmine diese Äußerung gerade Grumbkow zuschreibt, den sie sonst so schlecht wie überhaupt nur möglich schildert. Indessen, da wir nur die bloße Bemerkung ohne jeden näheren Zusammenhang, nicht gestützt durch andere Quellen, kennen, darf bei der Unzuverlässigkeit der Memoiren dieser Stelle kein Gewicht beigelegt werden.

---

[1]) G.St.A. R. 96 16 F, Grumbkow an Walpole? s. d. aber Juni 1734: Lorsque je fus en dernier lieu à Prague on me pressa fort de travailler à cela et je répondis à un des Ministres que je la croyais très utile pour les deux Maisons, mais que je lui devois dire que le Roy de Prusse quelque pacifiant qu'il fut, étoit pourtant obligé de se laisser gouverner en quelque façon par quelque Cour supérieur et que jusqu'ici la cour de Vienne avait eu cet ascendant, mais que je les assurois que dès que la réconciliation seroit faite celle d'Angleterre la reprendroit . . . cecy est vrai au pied de la lettre.

[2]) a. a. O. S. 34/35.

[3]) Braunschw. Ausgabe, 1810 Bd. 2 S. 43.

Gegen Grumbkows österreichische Gesinnung braucht es auch nicht zu sprechen, daß er gegenüber einer Bemerkung Eugens[1]: „Gebt mir diesen Mann — indem er die Hand auf Ginkels[2]) Schultern legte — und Robinson und wir wollen die ganze Welt defiieren“ auch einmal den Preußen ausspielte mit der Antwort: „Hätte der König von Preußen nicht dem Kaiser beigestanden, so würde derselbe nicht einen Mann nach Italien marschieren zu lassen gewagt haben“. Grumbkows Antwort entsprang nicht — wie Ausländer meint[3]) — verletztem Stolz. Grumbkow konnte gar nicht anders erwidern, da die Äußerung im Beisein mehrerer europäischer Diplomaten gefallen war. Daß er sich vor aller Welt nicht als österreichischen Parteigänger hinstellte, war ebenso selbstverständlich wie sein Festhalten an Österreich trotz einer solchen einmaligen „preußischen“ Antwort, die obendrein die Rücksicht auf Friedrich Wilhelm und dessen Gunst von ihm forderte. Eine andere Ansicht als die österreichische hatte er auch schon früher geäußert, ohne deshalb aufzuhören österreichischer Parteigänger zu sein. Und so folgte er auch jetzt nach der Zusammenkunft Österreich ergeben weiter und ging mit ihm, besonders in der braunschweig-bevernschen Frage, bis an die äußerste Grenze.

Auf Grumbkows äußeres Verhalten Österreich gegenüber hat also die Prager Begegnung jedenfalls keinen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Grumbkow war auch in ihrem Verlauf, an den wenigen Punkten, an denen er hervortrat, ganz so wie wir ihn bis jetzt kennen: österreichisch gesinnt bis auf die Augenblicke, da das österreichische Interesse sich mit seinem eigenen, d. h. mit seiner Stellung bei Friedrich Wilhelm nicht vertrug.

Fünftes Kapitel.

Die jülich-bergische Frage.

Schon in der Schilderung der Prager Zusammenkunft ist Grumbkows Rolle in der jülich-bergischen Frage berührt worden. Doch war das Material dafür nur wenig ausgiebig. Das ändert sich auch nicht für die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit. In der Hauptsache sind die Quellen hierfür offizielle Be-

[1]) Droysen IV, 3, 166.

[2]) Holländischer Gesandter in Berlin. Friedrich Wilhelm fand, als er 1730 nach Berlin kam, daß er ein „ordentlicher feiner lieber Mann sei“. Act. Bor. Erg.-Bd. S. 449.

[3]) a. a. O. S. 34/35; ähnlich Droysen IV, 3, 166: „Selbst für Grumbkow war das zu stark“.

richte Grumbkows an den König oder im Auftrag des Königs geschriebene Briefe, daneben ab und zu Bemerkungen Grumbkows, die Seckendorff mitteilt. Einige Äußerungen bringt auch zu dieser Frage der Briefwechsel mit dem Kronprinzen, und vereinzelte Andeutungen finden sich noch in den Gesandtschaftsberichten La Chetardies und dem Journal secret des jüngeren Seckendorff. Im ganzen aber sind wir hier noch mehr als sonst darauf angewiesen, die Lücken des Materials durch Vermutungen zu ergänzen.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß wir Grumbkow in dieser Frage nicht bei seiner „eigentlichen" Arbeit beobachten können, sondern größtenteils nur als Ausführenden aufgetragener Befehle des Königs, als gerade die jülich-bergische Angelegenheit der Angelpunkt der auswärtigen Politik Friedrich Wilhelm I. gewesen ist.[1])

Durch den Berliner Vertrag vom 23. Dezember 1728 hatte der Kaiser sein Recht auf Berg und Ravenstein „in specie auch mit einbegriff der Stadt Düsseldorp" an Preußen und sein Recht auf Jülich an Pfalz-Sulzbach abgetreten. Nach den Mainzer Vorschlägen sollte Preußen aber Düsseldorf an Pfalz-Sulzbach geben. Friedrich Wilhelm war für einen solchen „mageren Vergleich" nicht zu haben.[2]) Doch scheint er diesem Plan gegenüber sich in Prag nicht mehr ebenso ablehnend verhalten zu haben wie früher. Allerdings hatte man ihm dort versprochen, eine Vereinbarung mit dem Pfälzer zu vermitteln.[3]) Seckendorff sollte mit den preußischen Ministern darüber in nähere Verhandlungen treten. Grumbkow hat wahrscheinlich in Prag dem Österreicher seine Unterstützung dabei zugesagt.[4]) Er half ihm dann in der Tat auch, indem er ein Gespräch, das er mit Friedrich Wilhelm über die jülichsche Nachfolge zu Charlottenburg gehabt hatte, Seckendorff getreulich berichtete.[5]) Das ist um so wichtiger, als diese Unterredung u. a. für den Fall des Todes des Pfalzgrafen einen Operationsplan des Königs behandelt hatte, der allerdings phantastisch genug war. Wie Grumbkow es dann unternahm, in der bergischen Frage den König im österreichischen Sinne zu beeinflussen, ist an Hand von Akten nicht mehr zu verfolgen möglich, und da auch nicht

[1]) Lavisse S. 346. Dép. de la Chetardie, 13. Dez. 1735. Berg et Juliers sont donc en cet instant la principale pierre d'achopement ainsi qu'elles l'ont toujours été et le mobile de tout ce qu'on fera; vgl. auch Förster II, Urk. S. 118.

[2]) Ausländer S. 10.

[3]) Droysen IV, 3, 165.

[4]) vgl. S. 56.

[5]) Förster III, 111.

einmal Resultate seines Tuns vorliegen, sind Vermutungen nach einer bestimmten Richtung hin zu gewagt. Nur soviel läßt sich mit Sicherheit sagen, daß Grumbkows Rolle in der jülich-bergischen Frage wenigstens nicht mit dem in Widerspruch steht, was wir sonst von ihm wissen. Er hat auch hier Seckendorffs Arbeit, solange er sie überhaupt begünstigte, unterstützt. Das geht außer den angeführten Stellen noch aus einem Bericht La Chetardies[1]) hervor. Nachdem dieser über die jülichsche Nachfolge und über Frankreichs Bestrebungen, Preußen zu gewinnen, gesprochen hat, fährt er fort: „Herr von Seckendorff und der Graf Grumbkow verdoppeln ihre Aufmerksamkeit, um diesem Fürsten zu gefallen und ihn zu ihrem Ziel zu führen. Sie veranstalten für ihn einmal wöchentlich jeder in Wusterhausen ein Essen".

Gar nichts Bestimmtes läßt sich indessen den Äußerungen des Kronprinzen über diesen Punkt entnehmen, nicht einmal die Parteistellung Grumbkows, nur daß er Friedrich auch hier auf dem Laufenden gehalten hat.[2])

Vielleicht dürfte man indessen Grumbkows nachheriges Verhalten in dieser Frage als einen Beweis dafür ansehen, daß er auch in dieser Sache österreichisch gedacht hatte, in den Jahren, da er von Österreich eine Pension bekam. Er bemühte sich nämlich darum, bald nachdem er Österreich verlassen hatte, den Wünschen des Königs in betreff Jülichs und Bergs zur Verwirklichung zu helfen, Wünsche, die ganz anders lauteten wie die österreichischen Bedingungen, deren Unterstützung er vorher Seckendorff zugesagt hatte. Es war das zu der Zeit, da Grumbkow tastend nach einer neuen, für ihn nützlichen politischen Verbindung suchte.[3]) Das Projekt einer Allianz zwischen den Seemächten und Preußen bot Gelegenheit dazu. Grumbkow schnitt hier die jülich-bergische Frage an und verlangte, daß England Jülich und Berg mit Düsseldorf Preußen garantiere.[4]) Als er dem König dann von dem englischen Projekt

[1]) Lavisse S. 319, 21. Okt. 1733.
[2]) Brfw. S. 48, 49, 55 ff.
[3]) vgl. Kap. VII.
[4]) G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an Luiscius s. d . . . Il faudrait que je puisse promettre au Roi la garantie de Juliers et Berg et Comté de Ravenstein et Winnenthal et la ville de Düsseldorf et cela contre quoscunque et je crois que cela se fera avec d'autant moins de difficulté que le véritable intérêt de la Grande Bretagne est de voir le païs qui peut servir de bannière contre la France entre les mains d'un Prince Protestan allié et cela est même conforme aux vieilles alliances qui subsiste depuis le temps de Charles II et le traité fait l'année 1661 entre le dit Roy et Frédéric Guillaume (vgl. dazu Droysen III, 19), ferner G.St.A. R. 96, 16 F. Podewils an Grumbkow, 20. Juni 1736.

Mitteilung machte,[1]) verfehlte er natürlich auch nicht, ihm die Garantie der bergischen Nachfolge vor Augen zu führen, und Friedrich Wilhelm befahl darauf, sie zur Grundlage der Verhandlungen zu machen. In ihrem Verlauf ergaben sich aber Schwierigkeiten, auch in bezug auf diesen Punkt, und Grumbkow glaubte, England die Möglichkeit eines Tausches von Ravenstein gegen ein entsprechendes Gebiet sichern zu können.[2]) Weiter gingen aus Anlaß des Friedensprojektes der Seemächte die Besprechungen über die jülich-bergische Angelegenheit nicht. Zur Zeit aber als Grumbkow auf Frankreichs Seite stand, wurde die jülich-bergische Frage des öfteren berührt. Nur ist mir überhaupt keine selbständigere Handlung Grumbkows dabei bekannt. Es ist auffallend, daß die Spuren der Einwirkung in dieser Frage sowohl im westmächtlichen als auch früher im österreichischen Sinne sehr spärlich sind. Doch darf man wohl vermuten, daß Grumbkow hier für den französischen Auftraggeber gehandelt hat wie früher für den österreichischen, daß er aber gerade in dieser Frage am stärksten durch Friedrich Wilhelms von vornherein gegebene Stellungnahme gebunden war. Immerhin ist es wohl auf Grumbkows Rechnung zu setzen, daß der König sich gegenüber den französischen Vorschlägen Jülich-Berg betreffend geneigter zeigte als früher. Die Garantie der jülich-bergischen Nachfolge war auf preußischer Seite das wichtigste, was man bei Frankreich suchte. Des Königs Augen waren beständig darauf gerichtet; wenn Grumbkow also überhaupt den König im französischen Sinne beeinflußte, so mußte er — selbst ohne direkt die jülich-bergische Angelegenheit zu erwähnen — damit auch gewollt oder ungewollt des Königs Gedanken in diesem Punkt die Richtung auf Frankreich geben.

Sechstes Kapitel.

Die polnische Frage.

Mit etwas mehr Sicherheit als in der jülich-bergischen Frage kann man in der polnischen Angelegenheit Grumbkows Stellungnahme behandeln. Es liegt hier der seltene Fall vor, daß er

[1]) G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an Luiscius, 6. Juni 1734: Sa Majesté m'a ordonné . . . de fonder pour base de la négotiation la garantie de Juliers et Berg et en tout cas celle du Duché de Berg inclusivement Dusseldorf dans l'état où la place se trouve actuellement avec Ravenstein et Winnenthal.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an Luiscius, 20. Juni 1734 . . . et selon moi vous pouvez assurer le Pensionnaire (vgl. Droysen IV, 3, 207) qu'en cas de garantie on trouveroit des expédients pour céder Ravenstein contre un équivalent.

einmal aus den Kulissen auf die Bühne tritt, daß wir sein Verhalten und Verfahren wie das anderer Gesandten an Instruktionen und Berichten verfolgen können. Indessen, was uns bei einer Gestalt wie Grumbkow am meisten interessiert, und was bei ihm die Hauptsache blieb, die Politik im Hintergrunde, die können wir hier ebensowenig durchschauen wie bei der jülich-bergischen Frage. Doch daß diese Geheimpolitik besonders ergiebig gewesen ist, ist nicht wahrscheinlich. Die Gründe dafür sind in der Sache selbst zu suchen. In der polnischen Frage lagen die Verhältnisse ja so, daß Friedrich Wilhelm Augusts Plänen, insbesondere dem „Projekt einer im deutschen Reich einzurichtenden dritten Parthei oder sogen. Generalassociation“,[1] die im Grunde ihre Spitze gegen Österreich richten sollte, nicht geneigt war.[2] Grumbkow brauchte also, solange er noch österreichische Politik trieb, ihnen nicht besonders entgegenzuarbeiten, und so tritt denn auch nur bei außergewöhnlichen Gelegenheiten, wie bei der Abfassung der Instruktion für die Crossener Zusammenkunft seine österreichische Stellungnahme hervor. Sonst konnte er hier ohne sich zu schaden die Dinge gehen lassen, wie sie gingen, zumal Friedrich Wilhelm so im österreichischen Geleise war, daß er sogar öfters Grumbkow befahl, Seckendorff Mitteilung von den Verhandlungen zu machen.[3] Außerdem machte sich mitten in den polnischen Verhandlungen ebenso wie in den jülich-bergischen[4] fühlbar, daß Grumbkow auf einmal den Boden unter den Füßen verlor; er sah, daß Österreich mehr und mehr antipreußische Politik trieb, mit seinem klaren Verstande sagte er sich, daß es ihn nun nicht mehr gebrauchen könne — seit 1734 ist ja auch die Zahlung der Pension nicht mehr nachweisbar — zumal auch Seckendorffs Kredit nicht mehr so stark wie früher war. So gab Grumbkow seine Arbeit für Österreich auf, und er trieb eine Zeitlang keine andere Politik als die, die ihm eigentlich zukam: er war lediglich der Minister seines Königs. So ist es wohl zu verstehen,

---

[1]) Droysen IV, 4, 402ff.

[2]) ebenda S. 404. Der König an Borck und Podewils, 2. Jan. 1731: Also ist das lauter englischer Schab-hoimbscher Wind und pauvreté. Karl Heinr. Hoymb (vgl. A.D.B. 13 S. 219) und Schaub hannöverscher Diplomat (vgl. Droysen IV, 3, 149).

[3]) Förster II, 120 Seckendorff an Eugen: „So hat der König dem Grumbkow Befehl erteilt in Folge der Marschallschen Relation mit mir zu überlegen ob es wohl ratsam sei . . .“; vgl. G.St.A. R. 96, 16 E, Friedrich Wilhelm an Grumbkow, 20. Dez. 1732: Mais vous devez parler au général de Seckendorff et de consulter ensemble comment vous voulez qu'on s'y prenne.

[4]) vgl. S. 88.

daß Grumbkow in der Tat in der polnischen Frage zeitweise Preußens Interesse vertreten hat, ohne daß anderes bei ihm einwirkte; er hat es aber im Anfang nur getan, weil es seine Bahnen nicht störte und dann weil ihm keine andere Wahl blieb. Österreich gebrauchte ihn nicht mehr, und ein Zusammengehen mit Frankreich war noch zu gefährlich. Sobald er nur wieder sicheren Privatvorteil im Auge hatte, wandte sich Grumbkow wieder der Politik zu, die ihm diesen verschaffte. So ist diese Zeit gleichsam nur als ein Intermezzo in seiner politischen Tätigkeit anzusehen.

Erst seit 1728 waren die diplomatischen Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen-Polen lebhafter geworden. Zwischen Grumbkow auf der einen und Manteuffel und Wackerbarth auf der anderen Seite fand mit Wissen der beiden Könige ein politischer Briefwechsel statt, der nach Manteuffels Abschied 1730 von Brühl weitergeführt wurde.[1]) Diese Korrespondenz hat lange nach Grumbkows eigenem Urteil nur gleichgültige Dinge berührt,[2]) und selbst da, wo sie es nicht tut, ist sie doch hier ohne größeres Interesse. Denn sie zeigt Grumbkow lediglich als Minister, der geschickt die Meinung seines Herrn ausführte. Auch die „Soli" enthalten nach dieser Hinsicht nichts Bemerkenswertes. Man wundert sich über ihre verhältnismäßig große Zahl — besonders auf sächsischer Seite — man weiß nicht recht, warum ihr Inhalt nicht ebenso gut in den Hauptschreiben hätte Platz finden können. Es hat beinahe den Anschein, als ob durch diese „Soli" dem Briefwechsel eine größere Bedeutung beigelegt werden sollte, als er in der Tat hatte. Überdies zeigte Grumbkow auch sie dem König.[3]) Zu einem irgendwie nennenswerten Ergebnis kam man durch diesen Briefwechsel nicht. Und auch die Zusammenkünfte, die Grumbkow mit dem sächsisch-polnischen Könige hatte, brachten die Verhandlungen nicht weiter, die auf Augusts Bitte hin eröffnet waren. Eine erste Unterredung des sächsischen Königs mit Grumbkow fand in Dresden statt, vom 16.—23. Januar 1729. Sie scheint sich nur durch übermäßige Trinkgelage ausgezeichnet zu haben.[4]) Zwei Jahre später folgte ihr auf Augusts Wunsch wiederum mit Grumbkow eine Konferenz in Karge (9. März

---

[1]) G.St.A. R. 96, 16B.

[2]) Droysen IV, 3, 122.

[3]) G.St.A. R. 96, 16B, 31. Jan. 1731 Grumbkow an Friedrich Wilhelm: Pour le soli de Brühl je crois bien . . .

[4]) ebenda R. 96, 15E. Anecdotes du séjour que le Président Biberius a fait à Dresde depuis le 16 jusqu'au 23 janvier inclusivement. — Vgl. Lebensbeschreibung . . . III, 33.

1731).[1]) Ihr handgreifliches Resultat war die Entlassung des Preußen unliebsamen Ministers Hoymb.[2]) Bald darauf, am 23. Oktober 1731, fand nochmals eine Begegnung zwischen Grumbkow und August statt, diesmal in Crossen. Allgemeine Freundschaftsversicherungen, die allerdings zeigten, wie wenig fest begründet die sächsischen Vorschläge waren, waren alles, was aus ihr folgte.[3])

Mit dem Jahre 1732 wird die Korrespondenz zwischen Brühl und Grumbkow seltener, was ganz natürlich war, da seit dem 5. Januar 1732 Marschall von Biberstein[4]) preußischer Gesandter bei August II. war. Mit ihm pflegte Grumbkow ausführliche Briefe zu wechseln, besonders über das grand œuvre, wie Augusts Plan, Polens Verfassung zu ändern, auf Marschalls Anregung hin seit 1732 genannt wurde.[5]) Dieses Projekt bestand darin, aus der Republik Polen ein für das sächsische Könighaus erbliches Königreich zu machen und dem Kaiser die Zips, Rußland Lithauen außer Wilna und Preußen das Weichselland außer Danzig zu geben.[6]) Marschall war ganz und gar für diesen Plan eingenommen, er suchte Grumbkow von seiner Vortrefflichkeit zu überzeugen, und da ihm das schriftlich nicht gelang, sehnte er eine Unterredung herbei: „Ich würde den Armen zehn Dukaten geben, wenn ich Sie nur eine halbe Stunde sprechen könnte. Man tut dem Patron (d. i. August II.) Unrecht, wenn man ihn anklagt, gegen uns etwas zu unternehmen.“ [7]) Aber Grumbkow ließ sich nicht überreden. Noch stand er ja damals im besten Einvernehmen mit Österreich; man bedenke, daß dieses Drängen Marschalls sogar noch vor die Prager Zusammenkunft fiel. Es half auch nichts, daß

---

[1]) Droysens Bemerkung IV, 3, 139: „Er (Friedrich Wilhelm) ließ Ende Februar 1731 auf August II. Einladung ... Grumbkow nach Karge gehen,“ könnte zu der falschen Annahme führen, als ob die Zusammenkunft noch im Februar stattgefunden habe. Aber in einem Brief Brühls vom 21. Febr. 1731 heißt es: „Notre départ reste fixé pour le 3 ou 4 le plus tard au mois prochain que nous serons le 6 à Karge“ (G.St.A. R. 96, 16C) und in Grumbkows datumlosen Bericht an den König: „Je trouve un Uhlan qui me porte une lettre de Brühl que le Roi arrivera surement le 6 à Karge; (das ist der vorstehende Brief) là-dessus je me dépêche et je m'y rends à onze heures ... Après nous être levé de table, une heure après le Patron arrive ... Le lendemain le Patron me fit appeler (zum zweitenmal) ... Le lendemain nous partîmes de Karge à cinq heures du matin“.

[2]) Droysen IV, 3, 139. — Vgl. G.St.A. R. 96, 16 C.

[3]) Der Bericht G.St.A. R. 96, 16C.

[4]) Act. Bor. Erg.-Bd. S. 486 Anm. 4.

[5]) G.St.A. R. 96, 16 E. Marschall an Grumbkow, 16. Dez. 1732.

[6]) Droysen IV, 3, 184.

[7]) G.St.A. R. 96, 16 D, 11. Juni 1732.

Marschall versicherte, Germania (d. i. Seckendorff) könne von den Verhandlungen nicht unterrichtet sein. Grumbkow wußte wohl am besten, daß das anders war, und wenn er es nicht selbst gewußt hätte, so hätte ihn eine Randbemerkung an diesem Schreiben — nach Droysen[1]) von Manteuffel — eines Besseren belehren können. Auch Marschalls Ankündigung, daß Grumbkow mit in das Geheimnis des grand œuvre gezogen werden solle, ließ Grumbkow kühl.[2]) Er fühlte sich bei diesem Plan nicht recht wohl, und so bat er auch Friedrich Wilhelm, die Sache dem auswärtigen Departement zu überweisen und die Briefe durch Schumacher[3]) — Geheimen Kriegsrat, der Friedrich Wilhelms Korrespondenz besonders in späteren Jahren besorgte — schreiben zu lassen. Er selbst wollte nur den Briefwechsel vermitteln.[4]) Erst allmählich gewann er den richtigen Standpunkt Augusts Projekt gegenüber; er machte sich darüber lustig und selbst über die Belohnung, die man ihm bei glücklichem Ausgang der Sache versprochen hatte.[5]) An die Unterstützung ganz aussichtsloser Unternehmungen machte Grumbkow sich nicht, dazu war er zu schlau. Indessen befürwortete er nichtsdestoweniger Marschalls Verlangen, dem König mündlich Augusts Vorhaben auseinanderzusetzen.[6]) Es war ja auch für ihn nur von Vorteil, wenn man sich in Preußen wenigstens etwas Klarheit darüber verschaffte. Auch Seckendorff wußte, daß August vor hatte, durch Marschall mit Friedrich Wilhelm zu unterhandeln. Grumbkow teilte ihm dies selbständig und nicht auf des Königs Befehl mit.[7]) Ebenfalls eigenmächtig scheint er zu verfahren, wenn er an Seckendorff die Kopie eines von ihm an Manteuffel über Marschall und Augusts Pläne geschriebenen Briefes schickte;[8]) er hätte anderenfalls wohl er-

[1]) a. a. O. IV, 3 S. 184 Anm. 1. — G.St.A. R. 96, 16 D. Marschall an Grumbkow. 25. Jan. 1732: L'ami me dit l'autre jour pour qu'il ne croyait pas que Germania put être informé de toutes ces choses. — Randbemerkung: Je vous réponds qu'il n'en ignore aucune et qu'il sait même ce qu'il y a à répliquer.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 D. Marschall an Grumbkow, Secret, 5. Juli 1732.

[3]) Über ihn vgl. Herm. Hüffer: Die Beamten der ältesten preußischen Kabinette von 1713—1718 F. B. P. G. V., 162.

[4]) G.St.A. R. 96, 16 E. Grumbkow an Friedrich Wilhelm, s. d.

[5]) Förster II, 1. Teil S. 121/22. Grumbkow an Marschall, 20. Nov. 1732: Pour moi le cas existant, j'aurois une Starostie de 15 mille Ecus, et je ne doute pas que le Plénipotentiaire (der sächsische Bevollmächtigte) aura le premier et le plus considérable Palatinat et déclaré Woiwode. — Andere Auffassung dieser Nachricht bei Lavisse S. 212 Anm. 1.

[6]) G.St.A. R. 96, 16 D. Marschall an Grumbkow; ebenda R. 96, 16 E, Marschall an Grumbkow, 21. Okt. 1732.

[7]) Förster III, 125, Relation de Grumbkow, 29. Okt. 1732.

[8]) ebenda S. 133.

wähnt, daß er im Auftrage des Königs handle. Um so mehr wird Grumbkow sich gerade damals bemüht haben, Seckendorff mit Nachrichten wenigstens über diese sächsisch-preußischen Verhandlungen zu versorgen, als er ihm ja zur selben Zeit die erste große Absage — in der braunschweigisch-bevernschen Heirat — hatte geben müssen. Aber die Mitteilungen, die er ihm zukommen lassen konnte, waren nur spärlich, und gleichsam als Entschuldigung dafür gab Grumbkow an, daß der König mit Thulemeier[1]) geheime Unterredungen habe, und er also nicht genau unterrichtet sei. Nur soviel wisse er, daß Thulemeier dem König geraten habe, weder auf Rußland noch auf den Wiener Hof allzu sehr zu vertrauen.[2]) Zu dieser Äußerung gegen Seckendorff stimmt auch die Bemerkung, die Grumbkow zu Brühl machte: „Ich sehe mich gänzlich durch das große Cabinett durchkreuzt."[3]) Immerhin versuchte Grumbkow auch in dieser Zeit — wie bereits erwähnt — Seckendorff auf dem Laufenden zu halten. Er unterrichtete ihn über des Königs Stimmung, wenn er ihm schrieb, daß Friedrich Wilhelm beim Abendessen August den größten Fürsten genannt habe, der je regierte und dann den zweitgrößten, den er nach Peter dem Großen kenne.

Grumbkow stand erst wieder mitten im Gewirr der sächsischen Verhandlungen, als er für Marschall, der nach Dresden ging, die geheime Instruktion vom 12. Dezember 1732 abfaßte.[4]) Droysen nennt als ihren Verfasser Grumbkow, was sehr wahrscheinlich ist, da sie sich unter dessen Papieren vorfand, von der Hand seines Schreibers, mit Korrekturen von ihm selber. Sicher kannte auch Seckendorff die Instruktion, und höchstwahrscheinlich hat er an ihr mitgeholfen, wie sich aus folgenden Worten Friedrich Wilhelms an seine Minister schließen läßt[5]): „Seine Königliche Majestät haben nach vorhergängigem concert mit dem General Graf von Seckendorff das Beste zu seyn erachtet, mehr besagten Marschall von Biberstein mit der abschriftlich angeschlossenen Instruktion nach Dresden abzuschicken". Die Fragen in der Instruktion sind sehr scharf so gefaßt, daß die Anworten ganz klar hätten gegeben werden können. Geschah das nicht, so konnte man damit in Preußen wissen, daß Sachsen selbst im Unklaren über die Lage, feste

---

[1]) Über ihn vgl. A. D. B. Bd. 38 S. 161.
[2]) Förster III, 133, Relation de Grumbkow du 8 au 24 Novembre 1732.
[3]) Droysen IV, 3 S. 184 fügt bei diesem Brief hinzu, s. d., aber G.St.A. R. 96, 16 E zeigt ce le 10 de Déc. 1732.
[4]) Droysen IV, 4 S. 406ff.
[5]) G.St.A. R. 9 Nr. 27 (19. Jan. 1733).

Garantien nicht geben wollte. In diesem Sinne fiel dann ja auch — nebenbei bemerkt — die Antwort aus.

Die Tatsache, daß gerade Grumbkow die geheime Instruktion für Marschall ausgearbeitet hat, obwohl er ja eigentlich mit den auswärtigen Geschäften amtlich nichts zu tun hatte, zeigt, wie schon vorher die Führung der Korrespondenz mit Brühl und Wackerbarth, wie sehr Grumbkow im Vertrauen seines Herrn stand. So schickte dieser ihm auch die Antworten, die er August zuteil werden ließ, meist zu, und oft finden sich die Konzepte von Grumbkows Hand verbessert.[1]) Dann ließ er ihn auch wiederum des öfteren bestimmen, ob eine Mitteilung an Brühl gehen solle oder nicht.[2]) Mißbraucht hat Grumbkow diesmal dieses Vertrauen — abgesehen von den paar obenerwähnten Bemerkungen, die er zu Seckendorff machte —, soweit sich erkennen läßt, nicht. Aber noch lag ja auch keine besondere Veranlassung dazu vor. Friedrich Wilhelm verhielt sich den sächsischen Anliegen gegenüber kühl und Seckendorff mußte gerade zu jener Zeit vorsichtig sein und sein Bestreben darauf richten, seine infolge des Änderungsvorschlages für die bevernsche Heirat erschütterte Stellung bei Friedrich Wilhelm von neuem zu befestigen. Also werden ihm wohl damals die Gedanken nicht besonders nach der sächsischen Richtung gestanden haben, und es wird ihm weniger daran gelegen haben, Marschalls Plänen im einzelnen entgegenzuarbeiten als vielmehr seinen und Grumbkows Einfluß überhaupt wieder in die Höhe zu bringen und auf diese Weise den Kursachsens und Marschalls zu untergraben.[3]) Überdies versuchte der sächsische König selber, Seckendorff in die Verhandlungen hineinzuziehen. Auf Marschalls Anregung hin sprach Friedrich Wilhelm mit Seckendorff über die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen August und diesem.[4]) Sie sollte in Leipzig nach Augusts Wunsch stattfinden, doch kam es schließlich nicht dazu.[5])

Dagegen stieß Augusts Bitte, bei seiner Durchreise nach Polen in Crossen mit Grumbkow zusammenzutreffen, auf weniger Hindernisse. Friedrich Wilhelm war für eine solche Unterredung, nur Grumbkow sträubte sich anfänglich sehr. Er hatte schon vorher dem König seine Überzeugung über die polnischen Pläne dahin ausgedrückt, daß „alles nur auf ein Nichts hinaus-

---

[1]) G.St.A. R. 96, 15 E.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 C. Si vous croyez que cela est bon envoyez à Brühl un extrait de cette pièce.

[3]) Förster III, 137 Eugen an Seckendorff (6. Dez. 1732).

[4]) G.St.A. R. 96, 16 E. Friedrich Wilhelm an Marschall.

[5]) Ebenda (27. Dez. 1732) und August an Grumbkow (2. Jan. 1733).

kommen werde".[1]) Er war schlau genug, Augusts Lockungen sofort zu durchschauen, denen gegenüber sich übrigens auch Friedrich Wilhelm skeptisch verhielt.[2]) Überdies hemmten körperliche Beschwerden seine sonstige Tatkraft.[3]) Er fürchtete die Unannehmlichkeiten der Reise und die Trinkgelage, die ihm bei seiner ersten Zusammenkunft mit August den scharfen Spott von seiten seiner Feinde eingebracht hatten.[4]) All dies erklärt seinen Widerwillen gegen die Konferenz, zumal sie ihm ja kaum einen Vorteil bringen konnte. So stark war seine Abneigung dagegen, daß er noch eine Woche vorher bat, ihm die Reise zu erlassen.[5]) Indessen ging er natürlich doch hin, als Friedrich Wilhelm es ausdrücklich wünschte,[6]) und am 5. Januar 1733 benachrichtigte er Brühl von seiner Fahrt nach Crossen[7]) und bat ihn, ihm eine Unterredung zu gewähren, bevor August selber dort angelangt sei. Wenn Grumbkow sich gegen die Zusammenkunft ausgesprochen hatte, so waren mehr das Gefühl der Zwecklosigkeit und sein körperliches Mißbehagen daran schuld als irgendwelche Bedenken Österreich gegenüber; denn um so besser konnte er ja Österreich über die Verhandlungen zwischen Sachsen und Preußen unterrichten, wenn er selbst für Preußen die Geschäfte führte. Das war auch Seckendorffs Meinung, der mit Grumbkows Reise durchaus einverstanden war, ihn sogar als Unterhändler empfohlen hatte.[8]) Friedrich Wilhelm

---

[1]) Droysen IV, 4 S. 408.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 E. Grumbkow an Friedrich Wilhelm (16. Jan. 1733): „Man müsse tun, als wenn man an das grand œuvre glaube, wenn man Nutzen daraus ziehen wolle".

[3]) G.St.A. R. 96, 16 E. Grumbkow an Brühl (5. Jan. 1733).

[4]) G.St.A.R. 96, 16 E. Grumbkow an Brühl (5. Jan. 1733).

[5]) Ebenda Grumbkow an Friedrich Wilhelm (4. Jan. 1733): Je supplie, conjure V. M. pour les raisons qui m'importent beaucoup de me vouloir bien dispenser de cette scabreuse et épineuse Entrevue. — Vgl. ebenda Grumbkow an Friedrich Wilhelm: J'ai d'abord fait partir l'exprès avec les incluses et elles sont couchées d'une manière que prétextant une maladie, je pourrois toujours éviter d'aller à Crossen si cela plaisoit aussi à V. M.

[6]) Ebenda Friedrich Wilhelm als Antwort auf Grumbkows Brief vom 4. Jan. 1733: „Ich finde diese Reise höchst vor das königlich preußische Interesse von der größesten Notwendigkeit, also soll er hin".

[7]) G.St.A. R. 96, 16 E.

[8]) Förster III, 312. Friedrich Wilhelm an Seckendorff (5. Jan. 1733). — Vgl. G.St.A. R. 96, 16 E. Grumbkow an Friedrich Wilhelm (5. Jan. 1733): En attendant je lui (Seckendorff) ai peu d'obligation de me recommander pour une si désagréable et peut-être très inutile course und ebenda R. 96, 2 L 2 (4. Jan. 1733) Seckendorff an Friedrich Wilhelm: „... dahero mir dunket, Ew. Kgl. Maj. sollten die Sendung des Grumbkow auf den 10. dieses nach Crossen allergnädigst ordonnieren, damit der Patron keine Ursach hatt zu klagen, daß man alle seine guten Offerten ausgeschlagen, und man ihn gezwungen, französische Partei zu nehmen".

bezweckte mit dieser Begegnung vor allem, August zu der Erklärung zu bringen, zu welcher Partei er sich rechne, und wie er sich der bergischen Garantie gegenüber verhalten werde. Auf seine Bitte machte Seckendorff für Grumbkow eine Instruktion.[1])

Die beiden Hauptpunkte, um die es sich dabei handelte, waren die Garantie der pragmatischen Sanktion und der jülich-bergischen Nachfolge.[2]) Charakteristisch für diese Instruktion ist die Verkettung des kaiserlichen und preußischen Interesses: Friedrich Wilhelm will auf Augusts Pläne eingehen, wenn August sich wieder mit dem Wiener Hof versöhnt.

Ein Vergleich dieser Instruktion mit der, die Grumbkow für Marschall einen Monat früher abgefaßt hatte, ist nicht uninteressant. Es fällt auf, daß die Weisung für Marschall sich eng an Augusts Vorschläge hält und öfters von ihrer praktischen Durchführung handelt, während diejenige für Grumbkow sich mit diesen Punkten nicht speziell beschäftigt, sondern nur auf die ältere Instruktion verweist, obwohl die unklaren Antworten, die Marschall damals im einzelnen[3]) gegeben worden waren, eine erneute und noch eingehendere Fassung der Fragen hätte erwünscht erscheinen lassen können, anstatt sich nur mit einem Hinweis auf die früheren Ausführungen zu begnügen. Dafür geht die zweite Instruktion in der Fülle des Stoffs und der Bedeutung der angeschnittenen Fragen weit über die erste hinaus, die überhaupt einen interneren Charakter trägt. Die jülich-bergische Erbfolge hat sie überhaupt nicht und die pragmatische Sanktion nur andeutungsweise (Art. 6) berührt. Daß diese beiden Punkte jetzt zur Besprechung vorgeschlagen wurden, war nicht bloßer Zufall. Friedrich Wilhelm hatte ja als Ziel der Zusammenkunft hingestellt, daß August sich in betreff Jülichs und Bergs erkläre.[4]) Daß andererseits der prag-

---

[1]) Förster III, 312 und Ausländers Berichtigung dazu S. 80. G.St.A. R. 96, 16 E findet sich dieser Brief in einer Kopie von Grumbkows Hand und dazu die Bemerkung: Je vous prie de me renvoyer ce papier que j'ai copié de ma main. An wen Grumbkow diesen Brief gesandt hat, war nicht zu erkennen.

[2]) vgl. Art. 10 und 13 der Instruktion (Beilage).

[3]) Art. 4a, 7, 8; 2 und 6 am Schluß (Droysen IV, 4 S. 406/07); vgl. Punkt 5 der Instruktion vom 8. Jan. 1733 (Beilage).

[4]) Er wird wohl deshalb nicht schon Marschall danach haben fragen lassen, weil er Marschall nicht entfernt so traute wie Grumbkow, und er ihm wohl auch nicht geschickt und willens genug schien, gegebenenfalls bei dem sächsischen König etwas durchzusetzen. — Wenn man Marschalls Berichte an Friedrich Wilhelm und an Grumbkow liest (G.St.A. R. 96, 16 E), so hat man in der Tat den Eindruck, als ob er Augusts diplomatische Züge nicht sieht oder nicht sehen will; er kann Augusts Ehrlichkeit und guten Willen, mit Preußen abzuschließen, nicht genug rühmen.

matischen Sanktion Erwähnung getan wurde, ist zumeist Seckendorff zuzuschreiben, der schlau das Interesse seines Staates in den Vordergrund schob.[1]) Seckendorff konnte das aber nur tun, weil Grumbkow der preußische Unterhändler war. Ein anderer hätte leicht seinen König darauf aufmerksam machen können, daß die Vorteile hier hauptsächlich auf österreichischer Seite lagen. Somit liegt an dieser Stelle ein Beweis dafür vor, daß Grumbkow zur Zeit der Crossener Zusammenkunft noch das österreichische Interesse vertreten hat, und wir dürfen demnach wohl auch vermuten, daß er bei der Abfassung der Instruktion im österreichischen Sinne seine Hand mit im Spiele gehabt hat.[2]) Wie weit das indessen der Fall gewesen ist, wird sich kaum je mit Sicherheit ergeben, da die Verabredungen zwischen Seckendorff und Grumbkow fast immer mündlich waren.

An demselben Tag, an dem die Instruktion für Grumbkow ausgefertigt wurde, war auch sein Creditivschreiben verfaßt,[3]) ebenfalls von Seckendorff. Am nächsten Tage reiste Grumbkow ab und war am Vormittag des 10. in Crossen.[4]) August hatte schon vorher mehrere Male beteuert, wie lieb es ihm sei, daß gerade Grumbkow zum Unterhändler gewählt sei[5]) und hatte auf dessen Bitten auch versprochen, „Bacchus ganz aus Crossen zu bannen".[6]) Auch Brühl erging sich in Versicherungen, wie sehr er sich auf die Begegnung mit Grumbkow freue,[7]) und er war, wie er es versprochen hatte, am 11. Januar — es war ein Sonntag — einige Zeit vor dem König in Crossen.

Über den Verlauf der Zusammenkunft sind wir durch einen Bericht Grumbkows unterrichtet.[8]) Außer dieser ausführlichen

---

[1]) Selbst in einem Brief an Friedrich Wilhelm betont Seckendorff, daß auch Österreich Vorteil von Grumbkows Sendung haben müsse . . . „Allein kann die Instruktion vor Grumbkow schon so gefasset werden, daß Ew. Kgl. Maj. und dero Allirten mehr Vortheil als Nachtheil davon haben". R. 96, 2 L 2, 4. Jan. 1733. — Vgl. aber auch Förster III, 312.

[2]) vgl. bes. Art. 10, 11 (Beilage).

[3]) G.St.A. R. 96, 15 E in Abschrift und G.St.A. R. 96, 2 L 2 im Original.

[4]) G.St.A. R. 96, 16 E, 6. Jan. 1733. — Versuch einer Lebensbeschreibung. IV, 71 hat ein falsches Datum.

[5]) G.St.A. R. 96, 16 E, 2. Jan. 1733.

[6]) Ebenda, 6. Jan. 1733.

[7]) Ebenda, 2. Jan. 1733.

[8]) a. a. O. IV, 4 S. 408 ff. — G.St.A. R. 96, 16 E, 16. Jan. 1733 spricht ein Zeitgenosse von der „admirable relation". — Rankes Urteil (S.W. 27/28 S. 189) über den Bericht ist wohl zu scharf. Er sagt, „daß der Bericht bei dem, was man sonst von dieser Zusammenkunft erzählt hat, ungefähr so bestehen kann, daß man sagen darf, es sei etwas Wahres daran". Indessen es ist nicht recht ersichtlich, warum Grumbkow bei dieser Gelegenheit nicht die Wahrheit sagen sollte.

Beschreibung existiert noch ein wesentlich kürzerer,[1]) am Tage der Hauptunterredung geschriebener Brief Grumbkows an Friedrich Wilhelm, der aber gegenüber dem Hauptbericht nichts Neues bringt. In ihm entschuldigte sich Grumbkow, daß er infolge heftiger Schmerzen nicht sofort eine in alle Einzelheiten gehende Darstellung senden könne.

Die Unterredung Grumbkows mit Brühl dauerte zwei Stunden. Man stritt sich zuerst herum, wer den Anstoß zu dem Plan der Teilung Polens gegeben habe.[2]) Die Debatte darüber war nicht mehr neu. Gegenüber einer entgegengesetzten Behauptung Augusts hatte Friedrich Wilhelm in einem Briefe an Marschall, in dem er auf dessen Beglaubigungsschreiben vom 18. Oktober hinwies, gezeigt, daß der Plan von August ausgegangen war.[3]) Trotzdem blieb Brühl auch jetzt noch bei der Ansicht, daß Marschall der Urheber sei. August dagegen nahm nachher Grumbkows Richtigstellung dieses Punktes gelassen hin. Man ging dann auf einzelnes aus Grumbkows Instruktion ein, und Grumbkow nahm sofort die Hauptschwierigkeit vor, nämlich die Frage, Österreich und Rußland zu gewinnen. Brühl antwortete darauf, indem er die verwirrten Zustände, in denen Polen infolge der Unruhen war, beschrieb und der Versicherung Ausdruck gab, daß Österreich und Rußland infolgedessen leicht mit Gebiet entschädigt werden könnten. Wenn Österreich aber keine Landerwerbung machen wolle, so gäbe es noch andere Mittel, um es für den Plan zu gewinnen. Von der pragmatischen Sanktion sprach Brühl dabei nicht; er betonte nur, daß sein König sich bis jetzt an keine Macht und besonders nicht an Frankreich gebunden habe. Doch war Grumbkow nicht geneigt, den Versicherungen, daß Sachsen sich mit dem Kaiser gut stellen wolle, Glauben zu schenken, zumal Brühl alte Streitsachen mit dem Wiener Hofe wieder in Erinnerung brachte. Grumbkow vermutete hinter all dem einen Preußen feindlich gesinnten Günstling Brühls, Thioly, und fürchtete seinen Einfluß auf August. Doch versicherte der sächsische Minister, daß Thioly durchaus keine Macht besitze, und daß er nur sein — Brühls — Werkzeug sei. Überhaupt führte Brühl hier eine ziemlich stolze Sprache, und auf Grumbkows Andeutung, daß Sachsen im Ernstfalle Farbe bekennen müsse, wies er herausfordernd auf die 60 000 Mann starke sächsische Armee hin.

So weit ging die Unterredung mit Brühl. Die beiden Punkte, auf die Grumbkow nach seiner Instruktion am meisten

[1]) G.St.A. R. 96, 16 E.
[2]) vgl. Punkt 2 der Instruktion (Beilage).
[3]) R. 96, 16 E.

Wert legen mußte, die jülich-bergische Erbfolge und die pragmatische Sanktion, waren hier überhaupt noch nicht berührt. Das blieb der Unterredung mit August vorbehalten. Der Empfang, den August Grumbkow zuteil werden ließ, war herzlich, und nach einer Besprechung zwischen dem König und Brühl begannen die Verhandlungen mit Grumbkow. Man sprach zuerst über die Prager Reise, über den Prinzen Eugen, Sinzendorff und kam so schließlich auch auf Seckendorff, den August sehnlichst zu sprechen wünschte. Auf Grumbkows Anregung trat der König dann mit seinem Teilungsplan hervor: Thorn und ein großer Strich des Weichselgebietes außer Danzig sollte an Preußen, Klein- und Großpolen mit Wilna an ihn selber und das Übrige an Rußland fallen. Der Kaiser sollte der Schiedsrichter sein und damit Macht über sie haben. Wiederum auch hier kein Wort davon, daß man den Kaiser ja von vornherein mit der Garantie der pragmatischen Sanktion entschädigen könne. Dabei war August sehr daran gelegen, seinen Plan durchzusetzen, zumal er fühlte, daß er nicht mehr lange zu leben habe und sein Sohn nicht fähig sei, dasselbe auszuhalten wie er in den verflossenen 30 Jahren. Daß die geistigen Kräfte des Königs nachgelassen hatten, war auch der Eindruck, den Grumbkow empfangen hatte. In diesem Sinne äußerte er sich auch dem Kronprinzen gegenüber, der ihm seinerseits darauf schrieb: „Ich wundere mich nicht, daß der König von Polen nachläßt, er hat so lange gelebt, daß er bald einmal zu leben aufhören kann.“[1])

Doch war August trotz alledem nicht geneigt, dem Kaiser mehr als das Schiedsrichteramt, das nichts kostete, geben zu wollen; denn er war überzeugt, daß der Wiener Hof Sachsen keine praktischen Zugeständnisse machen wollte, und so lehnte er auch die Garantie der pragmatischen Sanktion, als Grumbkow ihm gemäß Artikel 10 seiner Instruktion davon sprach, glatt ab. Grumbkow hatte nach dem bisherigen Gang der Unterredung und seinen früheren Kenntnissen soviel Einfluß gewonnen, daß er August eine baldige Ausführung seines Planes abriet, und so einigte man sich denn darauf, nicht vor Ablauf eines Jahres ans Werk zu gehen. Inzwischen wollte sich August auch militärisch stärken. Man kam dann auf die Stellung zu sprechen, die der zweite Kaiserhof, der russische, zu Augusts Plänen einnahm. August erwartete von ihm keinerlei Hindernisse. Grumbkow widersprach nicht, ihm schien wohl der ganze Plan ein solches Luftschloß, daß es sich nicht lohnte, auf weniger Bedeutsames besonders einzugehen. Er zog auch nicht einmal alle Punkte,

[1]) Brfw S. 92, 25. Jan. 1733.

die in seiner Instruktion standen, wie die Fragen über Kurland und den Reichshofrat — die allerdings nebensächlicher Art waren — zur Debatte heran, da der König sie nicht selber anschnitt.

Nach kurzer Erörterung internerer Fragen wie Werbestreitigkeiten und Bau eines Kanals von seiten Preußens durch Merseburger Gebiet kam man endlich zu dem zweiten Hauptpunkt, zu der jülich-bergischen Nachfolge. August hatte den Wunsch, sich darin mit Preußen zu vergleichen, aber nicht in dem Sinne, wie Friedrich Wilhelm es meinte, nämlich Preußen die Erbfolge zu garantieren, sondern er machte selbst Ansprüche auf das jülich-bergische Gebiet[1]) und wollte nur unter Geltendmachung dieser Forderung mit Preußen verhandeln.

Damit war die Hauptunterredung zwischen Grumbkow und August beendigt. Die daran sich anschließende Tischgesellschaft bot ebenfalls noch eine kleine politische Ausbeute. August verriet, schon ein wenig in Weinlaune, daß er bereits mit Anfragen an den Wiener Hof herangetreten sei. Grumbkow selbst war vollkommen nüchtern geblieben: er hatte sich, ohne daß August es merkte, Wasser in seinen Wein gegossen. So war er imstande, am nächsten Tag, es war der 11., nochmals mit Brühl zu sprechen, während August zu einer Unterredung noch nicht fähig war. Brühl schlug an diesem zweiten Tag einen entgegenkommenderen Ton an als am ersten. Er gestand, daß er die Aussöhnung mit dem kaiserlichen Hofe sehr wünsche, und fernerhin, daß der sächsische Kronprinz mit der Politik seines Vaters durchaus nicht einverstanden sei. Mit August berührte Grumbkow die Politik nicht mehr. Sie wechselten nur vor der Abreise ein paar Worte. Der Abschied, den der König Grumbkow zuteil werden ließ, war sehr herzlich. Er umarmte ihn und rief dabei aus:[2]) „Es muß doch einmal geschieden sein.“ Ein paar Tage darauf schickte Brühl Grumbkow im Auftrage Augusts ein Bildnis des Königs.[3]) Doch waren diese Freundschaftsversicherungen nicht aufrichtig, wie ein Versuch Augusts, Grumbkow beim Kronprinzen bald darauf anzuschwärzen, zeigt.[4])

Grumbkow war während der Unterredung geschickt auf das eingegangen, was August berührt hatte. So gut es ging, hatte er auch die Meinung des sächsischen Königs darüber erforscht.

[1]) Droysen IV, 3, 292. — Im Jahre 1728 waren bereits zwischen Preußen und Sachsen darüber Verhandlungen gepflogen worden, die aber auch schon zu nichts geführt hatten. G. St. A. R. 34, 155y Fol. 43. Auf preußischer Seite führte damals Viebahn die Unterhandlungen.

[2]) G. St. A. R. 96, 16 E. Grumbkow an August III. — Vgl. auch Memoiren der Markgräfin . . . Bd. 2 S. 91.

[3]) G. St. A. R. 96, 16 E. Brühl an Grumbkow, 24. Jan. 1733.

[4]) Brfw. S. 95, Kronprinz an Grumbkow, 24. Jan. 1733.

Zwar waren ihm Zugeständnisse nicht gemacht worden, aber er hatte herausgebracht, daß August sie wenigstens in den beiden Hauptpunkten, der pragmatischen Sanktion und der jülich-bergischen Frage, auch nicht zu machen gewillt war. Auch das hieß schon etwas erreicht haben: konnte Preußen doch nun wissen, woran es war und klar sehen, wie wenig es von Sachsen zu erwarten habe. Das eben hatte Grumbkow auch selber erkannt und warnte deshalb vor der Unbeständigkeit und den Phantastereien des Königs. So hatte er sich denn fähig gezeigt, die Unterredung seiner Instruktion entsprechend durchzuführen.[1]) Er irrte aber, wenn er am Schluß seines Briefes meinte, daß die Franzosen hinter dem Plan Augusts steckten,[2]) und daß sie damit höchstwahrscheinlich bezweckten, dem sächsischen König zu zeigen, wie wenig freundschaftlich ihm die Adler (d. i. Österreich, Rußland, Preußen) gesinnt waren, um ihn auf diese Weise zu sich herüberzuziehen.[3])

Nach der Crossener Zusammenkunft und auch nach August II. Tode, am 1. Februar 1733, sollte nach sächsischem Wunsch in den Beziehungen zu Preußen nichts geändert werden, d. h. auch der Briefwechsel zwischen Brühl und Grumbkow sollte fortdauern. Friedrich Wilhelm war bereits wenige Tage nach der Crossener Unterredung dafür eingetreten, weil man „aller Verstellung ohngeachtet doch mannigmal auf die rechte Spur von dem, was man wissen will, kommt.“ [4]) Aber die Korrespondenz

---

[1]) G. St. A. R. 96, 16 E. 16. Jan. 1733: J'avoue que selon moi jamais Ministre quelque habile qu'il fût ne s'est mieux acquitté d'une commission aussi scabreuse que celle dont Votre Excellence a été chargée. Elle en a tiré(e) glorieusement tout l'avantage qu'elle pouvait désirer sans engager en aucune façon le maître qui pourra profiter beaucoup des lumières contenues dans cette admirable Relation. Dieu veuille longtemps conserver Votre Excellence en parfaite santé pour le service du Roi de ses Etats. — Der Verfasser dieses Briefes, dem Grumbkow die Relation zugeschickt hat, war nicht zu erkennen, vielleicht ist es Thulemeier. Jedenfalls muß es ein Grumbkow amtlich oder persönlich Nahestehender gewesen sein, wenn er bereits am 16. die lange, erst am 14. verfaßte, Relation beurteilen kann.

[2]) Auch auf Frankreich hin zielte Seckendorffs Urteil, allerdings vor der Crossener Zusammenkunft. G. St. A. R. 96, 2 L 2. Seckendorff an Friedrich Wilhelm. 2. Jan. 1733: „Ich sehe aber die gantze Sache so an, daß der patron . . . einen praetext haben will, um seine mit Frankreich und Baiern vielleicht schon geschlossene alliance zu publicieren.“ — Über die Beziehungen Sachsens zu Frankreich, vgl. Droysen IV, 3, 175 und des Königs Befehl an Grumbkow G. St. A. R. 96, 16 E.: Antwort auf Grumbkows Schreiben vom 4. Jan. 1733: „Il faut que vous lui parliez cordat, et pourquoi qu il se laisse eutraîner de M. de France et tâchez de le ramener vers notre Empereur“.

[3]) Ausländer S. 76.

[4]) G. St. A. R. 96. 16 E. Friedrich Wilhelm an Grumbkow, 19. Jan. 1733.

zwischen Brühl und Grumbkow hörte trotzdem bald auf; der letzte Brief Grumbkows an Brühl, der sich unter Grumbkows Papieren fand, datiert vom 11. April 1733. Friedrich Wilhelm hatte es ausdrücklich Grumbkow überlassen, die Freundschaft zwischen ihm und dem neuen sächsischen König herzustellen.[1]) Daraus konnte aber natürlich von dem Augenblick an nichts werden, da August die Nachfolge seines Vaters in Polen beanspruchte. Das politische Interesse forderte von Friedrich Wilhelm, sich dem entgegenzusetzen. Er blieb in dem zwischen Stanislaus und August entstehenden Thronstreit neutral, wozu auch Grumbkow riet. Doch für eine kurze Zeit hatte Grumbkow auch hier noch österreichische Politik getrieben. Als La Chetardie die Nachricht von Stanislaus' Wahl Friedrich Wilhelm überbringen wollte, erhielt er die gewünschte Audienz später, als er erhofft hatte: Grumbkow hatte auf Seckendorffs Bitten Friedrich Wilhelms Sinn antifranzösisch beeinflußt.[2])

Bald aber kommen wir auch in der polnischen Angelegenheit an den Zeitpunkt, da Grumbkow sich allmählich von Österreich zu lösen beginnt.[3]) Es naht auch hier die Zeit, da er, im Solde keiner fremden Macht, für kurze Zeit Preußens Interesse wahrzunehmen suchte. Er trat jetzt bei Friedrich Wilhelm nicht mehr wie früher für das Zusammengehen mit Österreich ein, im Gegenteil, er riet bald darauf dem König ab, sich in irgend ein Unternehmen auf Österreichs Seite einzulassen, denn es brächte nichts anderes ein, „als ein Lob von patriotischem Eifer ohne ein wirkliches Zugeständnis."[4]) Daß der frühere österreichische Parteiträger jetzt antiösterreichisch gesinnt war, tritt auch darin zutage, daß er gegen die Erhebung Augusts auf den polnischen Thron war.[5]) Grumbkow gefiel sich eben jetzt darin, preußisch zu denken. Irgend eine Meinung in der polnischen Angelegenheit mußte er doch Friedrich Wilhelm gegenüber, der ihn immer noch befragte, vertreten, wenn er die Stellung bei

---

[1]) G. St. A. R. 96, 16 E. Randbemerkung auf einem Brief Wackerbarths an Grumbkow, 12. Febr. 1733.

[2]) Weber II, 113 Zur Lebensgeschichte des Königs von Polen, Stanislaus Leszynski: Sofort sendete er (Seckendorff) einen reitenden Boten nach Potsdam an den General von Grumbkow mit dem Gesuch, den König zu benachrichtigen, ihn vorzubereiten und darauf aufmerksam zu machen, wie nötig es sei, jedes Wort, das er zu Chetardie sagen werde, wohl zu überlegen. Der Bote kam zwei Stunden vor Chetardie in Potsdam an, der sonach den König vorbereitet fand und die noch für den Abend erbetene Audienz erst nächsten Tages erlangte.

[3]) vgl. die einleitenden Bemerkungen zu Kap. VII.

[4]) Droysen IV, 3, 228 Anm. 1 u. 2.

[5]) G.St.A. R. 96, 16 E. (8. Okt. 1733.)

ihm, so wie er sie bisher eingenommen hatte, nicht einbüßen wollte und damit überhaupt die Möglichkeit je wieder eine Rolle zu spielen, die einträglicher war als die, der er sich augenblicklich hingab.

Bis jetzt war seine Stellung immerhin noch einflußreich. Gerade an ihn, der doch, was nicht genug betont werden kann, amtlich mit den auswärtigen Angelegenheiten nichts zu tun hatte,[1]) wandten sich polnische Adlige, Anhänger von Stanislaus, um durch seine Vermittlung Aufnahme im preußischen Lande zu erreichen.[2]) Friedrich Wilhelm schlug es ab.[3]) Grumbkow aber bat noch einmal darum. Er erinnerte daran, daß es preußische Tradition sei, Landflüchtige aufzunehmen, er nannte den großen Kurfürsten als Beispiel dafür. Auch jetzt sei es von Vorteil, den flüchtigen Adligen die erbetene Hilfe zu gewähren; denn der König könne sie dadurch zu seinen Kreaturen machen. Wenn er sie nicht aufnähme, so zwänge er sie, sich mit August zu vergleichen, der dadurch noch stolzer und unnachgiebiger gemacht würde. Was Grumbkow eigentlich zu so beweglichen Bitten für die Anhänger des Stanislaus getrieben hatte, ist nicht recht deutlich. Vorteilhaft wäre ihre Aufnahme für Preußen nicht gewesen, und Friedrich Wilhelm mit seiner Weigerung war staatsmännischer als Grumbkow mit seiner Forderung. Wenn auch aus den Akten nicht zu ersehen ist, ob die polnischen Herren Grumbkow irgendwie ein Versprechen gemacht haben, so dürfte doch eine solche Vermutung nicht unbedingt von der Hand zu weisen sein. Grumbkow selbst versicherte dem König natürlich, daß nur sein Gewissen und sein Eifer ihn dazu treiben, mit „seiner gewohnten Offenherzigkeit und Treuherzigkeit“ für diese Sache nochmals einzutreten. Aber daß er am Schluß seines Briefes zum zweiten Male beteuerte, in keiner Verbindung „mit den Czartorisky, Pototcky, Poniatowsky und all diesen teuflischen Namen, die auf ky enden“ zu stehen, läßt diese Treue und Offenheit auch hier nicht gerade als unangreifbar erscheinen.[4])

In der Wendung, die die polnischen Dinge dann nahmen, trat Preußen wenig hervor, und demgemäß stand auch Grumbkow natürlich ganz zurück. Erst als es sich um die Kriegsvorberei-

---

[1]) G.St.A. R. 96, 16 E. Grumbkow am 12. Nov. 1733: J'ose prier V. M. que ny les Ministres Etrangers ny ceux dedans sachent que j'ose m'ingérer dans ce détail. — Fälschlich wird Grumbkow nach 1728 Ilgens Nachfolger in der auswärtigen Politik genannt in dem Artikel der Ersch und Gruberschen Encyclopädie S. 435 und A.D.B, Bd. 10 S. 24.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 E. Prinz Czartorisky an Grumbkow, 4. Nov. 1733.

[3]) Ebenda 10. Nov. 1733.

[4]) G.St.A. R. 96, 16 E. 12. Nov. 1733.

tungen handelte, tauchte er in Verbindung mit der polnischen Angelegenheit wieder auf. Friedrich Wilhelm wollte dem Kaiser nicht mit dem vertragsmäßigen Hilfskorps von 10 000 Mann, sondern mit einem Korps von 50 000 Mann beistehen. Der Wiener Hof aber wollte durchaus nur die 10 000 Mann. Ihm graute vor der heranwachsenden preußischen Macht und ihren Forderungen. Grumbkow riet Friedrich Wilhelm, vielleicht noch immer etwas nachgiebig gegen Österreich, nur zur Stellung der 10 000 Mann, mit dem sehr vernünftigen Argument, daß der König ja noch immer, wenn der Kaiser in Bedrängnis sei, mehr Truppen anbieten und daß man dann Vorteile herausschlagen könne.[1]) In diesem Punkte stimmte Grumbkow mit den anderen Ministern überein,[2]) auch darin insbesondere mit Borck, daß es nicht so ausgeschlossen sei, wie Friedrich Wilhelm meinte, daß die Franzosen 1733 noch den Rhein überschritten.[3]) Grumbkow befand sich also hier mit seinem Rat durchaus in Übereinstimmung mit den anderen Ministern. Es war ja, um noch einmal darauf hinzuweisen, die Epoche seiner allmählichen Lösung von Österreich und damit die Zeit, da er den Interessen keiner anderen Macht mit besonderem Eifer diente. Er suchte aber nach dieser Richtung hin ein neues Tätigkeitsgebiet.

Leise und für die Außenwelt unmerkbar begann er die Verbindung mit Frankreich herzustellen, die bald darauf wirklich eintrat oder besser gesagt — denn Grumbkows Parteistellung richtete sich ja immer nach den Stimmungen seines Herrn — eintreten konnte. Grumbkow war für Stanislaus Lesczinsky, den französischen Kandidaten auf den polnischen Thron, der auch Friedrich Wilhelm, der gegen den sächsischen Kurfürsten einen persönlichen Haß hatte,[4]) der genehmere war. Unter diesen Umständen hätte Grumbkow nicht wie Borck es gewagt, dem König Parteinahme für den sächsischen Kurfürsten anzuraten.[5]) Andererseits scheint Grumbkow sogar sich des Stanislaus auf seiner Flucht angenommen und ihn mit Geld unterstützt zu haben.[6])

---

[1]) G.St.A. R. 96, 16 E. 12. Nov. 1733, ein Teil davon bei Droysen IV, 3, 228.

[2]) Droysen IV, 3, 210.

[3]) G.St.A. R. 96, 16 E. Grumbkow an Borck, 15. Okt. 1733: „Ich werde wenn S. K. M. mich mündlich sprechen werden, solche unsere Relation aufs Beste appuyieren, denn nicht begreife, wo die feste assurance herkommt, daß die Franzosen den Rhein nicht passieren wollen, es wäre denn, daß M. Chetardie S. K. M. versichert, welches glaublich, weilen er gestern einen Courier aus Paris erhalten".

[4]) Lavisse S. 334, Depesche vom 22. Sept. 1735.

[5]) Ebenda S. 337, Depesche vom 22. Nov. 1735.

[6]) Journ. secr. S. 113, 22. Jan. 1736. On me doit encore 636 écus que j'ai déboursé pour ce f . . . Stanislas.

Die polnischen Wirren fanden ihr vorläufiges Ende in dem Wiener Frieden vom 3. Oktober 1735. Für Preußen bedeutete dieser Vertrag, daß Österreich vor aller Welt bekundete, daß ihm an seinem einstigen Verbündeten nicht viel gelegen sei: eine üble Aussicht für die jülich-bergische Frage. Für Grumbkows Verhalten war dieser Friede nicht so einschneidend. Denn nach seinem eigenen Geständnis hatte er dem König in der letzten Zeit der polnischen Angelegenheiten bereits zum französischen System geraten, da er auf die Versicherungen Frankreichs wie auf einen Felsen baute.[1]) Er hatte dafür gesorgt, daß er sich jederzeit an Frankreich anschließen konnte, und so gelang es denn auch seinem Zusprechen, daß der König La Chetardie anhörte, der ihm offiziell den Abschluß der Wiener Friedenspräliminarien mitteilen sollte. Damit war aber für den französischen Gesandten schon viel gewonnen, und auf dem Boden der Grumbkowschen Vorbereitungen ist es ihm nun selber möglich, den König zu beruhigen, dem auf die erste Kunde von der Abdankung des Stanislaus die Tränen aus den Augen gestürzt waren.[2])

Siebentes Kapitel.

Grumbkows Übergang zu den Westmächten und sein Bruch mit dem österreichischem System.

Bis zum Jahre 1734 waren Geldzahlungen Österreichs an Grumbkow nachweisbar gewesen,[3]) und bis zu diesem Jahre hatte Grumbkow, soweit nur irgend möglich, die Politik getrieben, die Österreich von ihm verlangte. Es hatte dem Wiener Hof eine Zeitlang ja viel daran gelegen, Preußen an sich zu fesseln und es in seinem Sinne zu beeinflussen. Unter diesen Umständen war es für ihn von größtem Wert gewesen, in Berlin eine Persönlichkeit zu haben, die seine Interessen beim König zu

---

[1]) Journ. secr. S. 141, 2. Mai 1736; Brfw. S. 119. Grumbkow an den Kronprinzen, 13. Nov. 1735; vgl. auch Journ. secr. S. 89, 27. Okt. 1735: Biberius craint que le Roi lui dira tout le contraire de ce qu'il a dit à Gotter et à Pöllnitz (nämlich daß sie ehrliche Leute seien und ihm gut geraten hätten) parce que Biberius lui avait prédit autrefois à certains égards tout le contraire surtout par rapport aux affaires de Pologne. Cependantil tient ses batteries toutes prêtes, pour répondre à son maître . . Quand Vitellius (d. i. Friedrich Wilhelm) lui dira: Die Franzosen sind Schurken. Il veut répondre: Ja S. M., aber sie sind gescheite Leut; Sie agieren nicht aus Passion.

[2]) Lavisse S. 339ff. Depesche vom 13. Dezember 1735.

[3]) vgl. S. 28/29.

vertreten gewillt war und die auch die Macht und die Mittel besaß, sie durchzusetzen. Dabei hatte Preußen schon 1731 und 1732 für Österreich nicht mehr denselben Wert wie zur Zeit des Berliner Vertrages. Das war die Folge des Wiener Friedens vom Jahre 1731 gewesen. Doch bemühte sich Österreich in diesen Jahren immerhin noch um Preußens Bundesgenossenschaft; sollte ja doch anfänglich die braunschweig-bevernsche Heirat um jeden Preis fortgesetzt werden.

Von der Prager Zusammenkunft an wird es deutlich, daß Österreich an Preußen nicht mehr viel gelegen ist. Doch hat Friedrich Wilhelm dies damals nicht gemerkt, und Grumbkow, dem vielleicht — ihm selbst kaum bewußt — leise Bedenken aufgestiegen waren, richtete sich in seiner Stellungnahme jedenfalls nicht danach. Zur Zeit, da der Wiener Hof zum ersten Mal die braunschweig-bevernsche Heirat umstürzen wollte, mag Grumbkow ein schwacher Verdacht gegen Österreich aufgestiegen sein. Es waren die Tage, da er sich aller Intriguen etwas überdrüssig fühlte, da er nicht recht aus noch ein wußte; in dieser Bedrängnis kam ihm auch der Argwohn gegen Österreich, und er teilte ihn sogar Seckendorff mit,[1]) indem er ihm zugleich den bitteren Rat gab, jetzt die österreichische Politik von der preußischen zu trennen. „Man behauptet bissig", sagt er, „daß die neuen Freunde, die man auf Eurer Seite mit so viel herzlichem Eifer sucht, nur dazu da sind, um uns entbehren zu können. Kurz, wenn es das Interesse Eures Hofes ist, sich von unseren lästigen Angelegenheiten loszulösen, so wird man Euch den besten Vorwand der Welt dazu liefern." [2]) Ein irgendwie handgreiflicher Verdacht konnte bei Grumbkow aber selbst zu Anfang des Jahres 1733 noch nicht aufkommen. Bekam er doch in diesem Jahr noch seine alljährliche Pension. Jedoch werden ihm stärkere Bedenken schon aufgestoßen sein, als von Wien aus der zweite Versuch gemacht wurde, die Heirat des Kronprinzen umzustoßen. Wußte er doch durch Seckendorff genau, um wessentwillen dieser Änderungsplan gemacht werden mußte. Von jetzt an wird Grumbkow sich wohl Seckendorff gegenüber zurückgehalten haben. Leider hören gerade von diesem Zeitpunkt an Seckendorffs Berichte an Eugen, die beste Quelle für Grumbkow, in der Veröffentlichung bei Förster auf.[3])

[1]) Förster III, 133; Relation de Grumbkow du 8 au 24 novembre 1732.

[2]) Schon am 4. Nov. 1732 hat Grumbkow ähnlich an Seckendorff geschrieben (Förster III, 127): ... et comme la Cour Impériale la (die ostfriesische Angelegenheit) prend sur un haut ton on devroit croire plutôt que c'est elle qui cherche des prétextes pour se dègager de nous.

[3]) Droysen (IV, 3, 209) führt eine Äußerung Grumbkows an, nach der er schon im Juli 1733, als am preußischen Hof allgemein die Stimmung

Ein weiteres Moment für Grumbkows Argwohn Österreich gegenüber mußte auch die Weigerung der Bestätigung der Löwenwoldischen Deklaration und der Vergleich Österreichs mit August II. sowie der Zusammenschluß des russischen und österreichischen Kaiserhofes in der polnischen Thronfrage sein. Außerdem sah Grumbkow auch noch, daß Friedrich Wilhelm sich mehr und mehr von Österreich löste, und so bildete sich schließlich nach und nach bei ihm aus bloßem Argwohn die Gewißheit. Mit dem Jahre 1734 war Grumbkow sich wohl klar über Österreichs Verhalten. Andererseits ist es wohl als sicher anzunehmen, daß Österreich von nun an einem Manne keine Pension mehr zahlte, dessen Dienste es nicht mehr brauchte, und so hatte Grumbkow nach alldem gemerkt, wann es Zeit war, sich zurückzuziehen. Die weise Lehre, die er später, als die Stürme des politischen Lebens ihn nicht mehr so umtobten, dem Kronprinzen gab[1]): „Man muß die Welt verlassen, bevor sie uns verläßt", hat er hier schon befolgt. Jedenfalls stand Grumbkow 1734 nicht mehr auf österreichischer Seite, wie sein Verhalten bei der jülich-bergischen, bei der polnischen Frage veranschaulichte, und wie es auch seine Stellungnahme zum Friedensprojekt der Seemächte zeigen wird. Außerdem haben wir von ihm eine schroffe Äußerung über den kaiserlichen Hof aus diesem Jahr, vielleicht nicht in der ursprünglichen Fassung, sondern in der seines Schwiegersohnes Podewils, aber doch wohl Grumbkows Gefühl wiedergebend[2]): „Seine Majestät" (Friedrich Wilhelm) — so lautet diese Bemerkung — „kann keineswegs auf die Allianz mit dem Kaiser zählen, da dieser Monarch augenblicklich gänzlich der Kräfte ermangelt und vielleicht auch des guten Willen, ihn nach den Buchstaben unseres Vertrages durchzuführen".[3])

Zu wem hielt Grumbkow aber in dieser Zeit? Zu Ende des Jahres 1733 hatte er noch einmal einen energischen Versuch mit der österreichischen Politik gemacht.[4]) Solange Seckendorff in Berlin war, lag die Versuchung dazu ja auch zu nah. Im Juni 1734 verließ dieser Berlin, und Grumbkows Loslösung vom österreichischen System konnte dadurch um so dauernder werden.[4])

---

gegen Österreich war, versucht hat, vor der Außenwelt wenigstens seine Stellung zum österreichischen System etwas zu verwischen: „Mir soll es gleich gelten, ob ich mit meinem Regiment nach Wien oder nach Paris kommandiert werde".

[1]) Brfw. S. 144: Grumbkow an den Kronprinzen, 23. Jan. 1737.
[2]) G.St.A. R. 96, 16 F. Podewils an Grumbkow, 20. Juni 1734.
[3]) Gemeint ist der Berliner Vertrag 1728.
[4]) Lavisse S. 319: Depesche vom 21. Okt. 1733.
[5]) Versuch einer Lebensbeschreibung . . . (I, 173, III, 115).

Das Jahr 1734 war für Grumbkow eine Zeit des Schwankens und des Tastens. Nur so war die zeitweilige preußische Politik, die er getrieben hatte, erklärlich.

Die Zeit von Grumbkows Wirken für Österreich hatte zugleich den Höhepunkt seiner politischen Tätigkeit bedeutet. Mit dem vollen Verlassen dieses Systems und dem Übergang nach dem Westen begann auch das Sinken seines Einflusses. Nach einem anfänglichen Versuch, das englische Interesse zu vertreten, einem Beginnen, das an Grumbkows Beziehungen zu England während der Prager Zusammenkunft anklingt, trat Grumbkow endgültig zu Frankreich über. Den Höhepunkt dieser westmächtlichen Tätigkeit bildet das Jahr 1735.

1. Das Friedensprojekt der Seemächte.

Die Stellung, die Grumbkow zunächst dem Westen gegenüber einnahm, sein Eingehen auf das Friedensprojekt der Seemächte, bildet gleichsam das Vorspiel zu seinem Überschwenken zu Frankreich. Schon in Prag hatte man englischerseits mit Grumbkow verhandelt; aber, wie es nach der Lage der Dinge selbstverständlich war, erfolglos. Dann scheint man im November 1733 zwecks einer Versöhnung Preußens mit England an Grumbkow herangetreten zu sein und wiederum neue Heiratspläne vorgeschlagen zu haben.[1]) Grumbkow sprach sich warm für eine Verbindung der Prinzessin Ulrike mit dem Prinzen von Wales und für eine Heirat des Prinzen August Wilhelm mit einer englischen Prinzessin aus.[2]) Er erwog schon sogar die Frage, wo Prinz August Wilhelm residieren sollte und teilte ihm aus der Oranischen Erbschaft Neufchâtel zu, und Horace Walpole forderte bereits für die Prinzessin Ulrike als Mitgift die Anwartschaft auf Ostfriesland.[3]) Aber Friedrich Wilhelm

---

[1]) G.St.A. R. 96, 16 F. Luiscius an Grumbkow, 30. Apr. 1734 Soli: Il (Horace Walpole) me dit qu'il n'avait pas manqué de glisser dans plusieurs occasions ce que je lui avais communiqué de la part de V. Excellence au mois de novembre dernier, qu'il avait bien remarqué que la disposition où étoit V. E. de travailler à une réconciliation sincère avait fait plaisir. — Mit Luiscius war Grumbkow schon anläßlich des ersten Änderungsvorschlages der braunschweig-bevernschen Heirat in Berührung gekommen (Förster III, 115/16).

[2]) G.St.A. R. 96, 16 F, an Walpole: Nous avons la Princesse Ulrique qui est belle on ne peut pas devantage et qui seroit ce fait au Prince de Galles en toute manière et son esprit respond parfaitement à la beauté du Corps. En cas qu'on voulut donner une des jeunes Princesses Britanniques à notre Prince Guillaume.

[3]) Droysen IV, 3 S. 260.

war zu dieser Zeit für eine englische Heirat nicht mehr zu haben, als Grumbkow ihm, nachdem er lange eigenmächtig durch Luiscius mit Walpole verhandelt hatte, davon Mitteilung machte.[1]) Auch der englische König hatte eine Verbindung mit dem preußischen Herrscherhause abgelehnt.[2]) Doch war mit dem Aufgeben des Heiratsprojektes noch nicht der Gedanke, England und Preußen zu versöhnen und mit Holland zusammen eine Allianz zu schließen, beiseitegeschoben. Grumbkow hielt anscheinend auch von dem politischen Plan sehr viel, obwohl er in erster Linie den Heiratsvorschlag als Lockmittel befürwortete. Er schrieb darüber an Luiscius[3]): „Nichts wäre besser für den König als eine völlige und aufrichtige Versöhnung mit dem Londoner Hof und eine vollkommene Übereinstimmung mit den Seemächten. Dadurch würde man sich beim Kaiser, Frankreich und Rußland Geltung verschaffen". Auch die Abschließung eines solchen Bündnisses — der Gedankenaustausch darüber fand gleichzeitig mit dem über das Heiratsprojekt statt — hatte Grumbkow vorerst ohne Wissen Friedrich Wilhelms erwogen. Er suchte deshalb auch ängstlich das Geheimnis zu wahren, damit dem König nicht verfrüht etwas davon zu Ohren komme.[4]) Vor allen Dingen sollten darum keine Frauen und so chimerische Leute wie der Graf Degenfeld bei den Unterhandlungen gebraucht werden und dem Wiener Hof gegenüber kein Wort von dem Plan laut werden. Denn „der kaiserliche Hof wird niemals eine wirkliche Versöhnung und gegenseitiges Vertrauen mit frohem Auge ansehen",[5]) und „wenn die Sache zur Kenntnis der Kaiserlichen kommt, und daß ich dabei mitgearbeitet habe, ohne Seckendorff davon in Kenntnis gesetzt zu haben, so wird das für mich ein nicht mehr gutzumachendes Unrecht sein".[6]) So traf Grumbkow immer noch Vorsichtsmaßregeln, um sich vor Österreich nicht bloßzustellen. Noch hatten sie sich ja gegenseitig nicht endgültig aufgegeben,

---

[1]) G.St.A. R 96, 16 F, an Luiscius, 6. Juni 1734: Sa Majesté m'a paru surprise que j'avais entamé cette négociation sans son ordre.

[2]) Ebenda, Grumbkow an Luiscius, 7. Mai 1734: Il comprend fort bien ... le caractère et humeur du Roi de la Grande Bretagne ayant le coeur altéré de ce qui s'est passé depuis cinq ou six ans dans les affaires de famille qui ne voudra jamais souffrir qu'on débutat brusquement par un mariage ...; vgl. ebenda, Luiscius an Grumbkow, Juni 1734: M. Walpole me dit qu'après tout ce qui s'est passé on auroit pas bonne grace de reentamer l'ouvrage de la réconcilation par des propositions de mariage.

[3]) G.St.A. R. 96, 16 F, 7. Mai 1734.

[4]) Ebenda, an Luiscius: Il faut que vous ne touchiez pas un mot de tout ce qui je negotie dans vos relations au Roy car ce seroit tout gâté et les choses ne sont pas assez neuves pour cela ni assez digérées.

[5]) G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an Walpole?

[6]) Ebenda, Grumbkow an Luiscius, 20. Juni 1734.

und so vermied er, solange er noch keinen sicheren Anschluß an eine andere Macht sah, ängstlich den Anstoß zum vollständigen Bruch zu geben. Von englischer Seite dagegen beruhigte man ihn wegen seiner Bedenken und versprach, nur seiner sich bei den Verhandlungen zu bedienen.[1]) Indessen war doch schon im Mai von dem Briefwechsel sogar einiges in die Öffentlichkeit gedrungen, und noch dazu zu einer Zeit, da Friedrich Wilhelm noch nicht davon unterrichtet war. Eine Zuschrift aus dem Haag vom 31. Mai 1735 bringt nämlich folgendes: „Man glaubt, daß, um die Holländer anzuspornen, der König von England sich mit dem König von Preußen versöhnen, und daß man eine Heirat vorschlagen wird. Aber solange man irgendeine andere Hoffnung hat, sich aus der Sache herauszuziehen, wird man keine Zuflucht dazu nehmen". Friedrich Wilhelm aber bekam nach Grumbkows eigenem Zeugnis erst am 6. Juni von dem Plan Kenntnis.[2]) Um nun die Herstellung des gewünschten Bündnisses der Seemächte und Preußens mit Nachdruck bewirken zu können, schlug Grumbkow auf Podewils' Betreiben[3]) vor, daß ein englischer Gesandter nach Berlin käme. Er wollte das Seine dazu tun, damit er gut empfangen würde.[4]) Aber sechs Wochen vergingen, ohne daß die Frage des Gesandten weiter berührt wurde.[5]) Das zeigt, daß das Entgegenkommen auf der englischen Seite nicht übermäßig groß war. Doch hatte auch Friedrich Wilhelm zu dem Projekt nicht rechte Lust. Grumbkow hatte es auf sich genommen, ihn zu bearbeiten, und zwar, wie er selbst sagt, in aufrichtiger Weise.[6]) Dabei stellte er dem König gegenüber die Sache so hin, als ob er von dem Heiratsplan nichts habe hören wollen.[7]) Den politischen Vertrag

[1]) G.St.A. R. 96, 16 F. Luiscius an Grumbkow, Juni 1734: ... et il m'a prié de vous assurer qu'il ne se fera rien entre les deux cours de quelque nature que ce soit que par votre canal et par vos bons offices qu'on prie fort V. E. de continuer pour les biens des deux Maisons, und ebenda, 4. Mai 1734: Elle (S. Exc. Grumbkow) peut compter qu'on ne travaillera pour aucune chose qui regarde la réconciliation et meilleure union qu'uniquement par son conseil et son Canal; qu'il ne faut absolument que Degenfeld s'en mêle et il me dit pour cela plusieurs raisons très fortes.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an Luiscius, 6. Juni 1734: Comme j'ai l'honneur de parler cet après-midi au Roi j'ai cru pour être sur du fait de demander en soubmission à S. M. ses véritables intentions sur cette affaire.

[3]) G.St.A. R. 96, 16 F, 20. Juni 1734.

[4]) G.St.A. R. 96, 16 F, 7. Mai 1734: Grumbkow an Luiscius.

[5]) Ebenda, Grumbkow an Luiscius: ... et ce qui me déplait dans vos lettres et que vous ne dites mot de l'envoyé d'un ministre anglais.

[6]) Ebenda, Grumbkow an Luiscius.

[7]) Ebenda, Grumbkow an Friedrich Wilhelm, 20. Juni 1734: Au reste dans les premiers discours que Walpole a tenu à Luiscius dont j'ai les

aber rät er ihm an. Doch ging Friedrich Wilhelm auf Grumbkows Vorstellungen nicht ein.[1]) Mitte August war das Projekt, zwischen England, Holland und Preußen ein Defensivbündnis zu vermitteln, vorläufig begraben, sehr zum Leidwesen Grumbkows.[2]) Anfang 1735 tauchte es noch einmal auf, in etwas veränderter Form, und wieder wandte sich England, diesmal durch Guy Dickens, zuerst an Grumbkow, der dem König davon Mitteilung machte.[3]) Ob Grumbkow, wie er dem jüngeren Seckendorff erzählte,[4]) auch diesmal noch die Verwirklichung des Projektes aufrichtig wünschte, läßt sich bezweifeln. Im März 1735 hatte er ja schon ganz andere Pläne.[5])

Warum hatte Grumbkow das Scheitern dieses ersten Projektes leid getan, warum hatte er es überhaupt unternommen, sich damit zu befassen? Nach seinen eigenen Versicherungen war es nur aus Liebe zum König und Staat geschehen, und er hatte den Trost, „daß wenn sein Projekt von Seiner Majestät geprüft und befolgt wäre, sein König die Ehre gehabt hätte, den Kaiser und das Reich zu retten, die große Erwerbung von Berg erlangt zu haben. Durch die Verbindung mit den Seemächten hätte er sich bei seinen Nachbarn Respekt verschafft ... kurz, er wäre eine der ersten handelnden Mächte geworden".[6]) Indessen in Wirklichkeit ist Grumbkows Eingehen auf den eben besprochenen Plan ja nur die Folge davon, daß er sich bewußt war, daß seine Freundschaft mit Österreich nicht mehr lange dauern könne; es stellt also nichts anderes dar als eine bedeutende Etappe in dem Tasten und Suchen Grumbkows nach einer neuen einträglichen Verbindung. Einigermaßen erstaunlich ist nur, daß er gewillt war, sie anzubahnen, obgleich sie von England ausging; war doch gerade dessen Regierung bisher sein arger Feind gewesen. Ganz sicher fühlte Grumbkow sich bei der englischen Freundschaft allerdings auch nicht. Gegenüber Luiscius entschlüpft seiner Feder einmal die Besorgnis, daß England nur mit ihm

---

lettres je lui ai témoigné une grande envie de songer à certain mariage, si jamais le traité d'amitié défensive avait lieu et de placer une de nos princesses sur le trône d'Angleterre pourvu qu'on trouvât moyen d'accommoder une de leurs princesses cadettes ne fut ce que dans dix ans, mais je n'ai pas voulu entrer là-dedans.

[1]) Droysen IV, 3, 260 Anm. 2.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 F, 17. August 1734. Grumbkow an Luiscius: L'affaire de la réconciliation reste entièrement suspendue.

[3]) Droysen IV, 3, 261 und G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an den König, 17. Jan. 1735. Der König an Grumbkow, 19. Jan. 1735.

[4]) Journ. secr. 45, 28. März 1735.

[5]) vgl. den folgenden Abschnitt.

[6]) G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an den König, 23. Juni 1734.

in Verbindung treten wolle, um sich an ihm zu rächen.[1]) Andererseits mag er vielleicht auch wiederum so gedacht haben, daß es nicht ratsam sei, England, dem er schon einmal in dem vorigen Jahre etwas abgeschlagen hatte, nämlich die Mitwirkung bei der Änderung der braunschweig-bevernschen Heirat, wieder von neuem feindlich gegen sich zu stimmen. Sein Mißbehagen dieser Macht gegenüber tritt auch nach dem Scheitern des Bündnisses hervor: „Da ich die Briefe des Königs und meine Antwort aufbewahrt habe, werde ich den Trost haben, meine Pflicht getan zu haben, und ich werde die Herren Engländer sehen lassen können, wenn es nötig ist, daß ich offen vorgegangen bin, und daß niemals Haß oder Feindseligkeit in meinem Handeln gewesen ist".[2])

Dabei hatte Grumbkow, nur auf sein eigenes Interesse bedacht, jede weitausschauende staatsmännische Vorsicht außer acht gelassen und vergessen, sich von England genügende Garantien geben zu lassen, worauf ihn erst Podewils hatte aufmerksam machen müssen. Weder hatte er selbständig daran gedacht, daß eigentlich, wenn das englische Projekt ernstlich erwogen werden sollte, ein englischer Unterhändler an den Berliner Hof abgehen müßte, noch hatte er, die Teilung von Jülich-Berg betreffend, die preußischen Ansprüche genügend sichergestellt.[3]) Um so eigenartiger ist dies, als Grumbkow selber auf Friedrich Wilhelms Befehl England davor hatte warnen müssen, daß man Preußen wieder ebenso wie im hannöverschen Vertrage behandelte.[4]) So

[1]) G.St.A. R. 96, 16 F, 20. Juni 1734: Pour moi je crains toujours que les Anglais voudront se venger de moi. — Vgl. Lavisse S. 328, 19. Nov. 1734: Je connais les sentiments du roi de la Grande Bretagne en ma faveur et je les mérite bien un peu. Je pense qu'il serait à portée de me rendre ce mauvais office s'il avait autant de crédit ici que la reine de Prusse le souhaiteroit.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 F, 20. Juni 1734 an Luiscius.

[3]) G.St.A. R. 96, 16 F, 20. Juni 1734: Il y a deux articles dans les deux dernières lettres de Luiscius qui ne me plaisent pas: a) que Horace Walpole ne dit plus mot de l'Envoi d'un Ministre anglais à notre Cour, article sur lequel il aurait déja pu avoir réponse de son frère y étant plus de trois semaines, qu'on lui en a parlé. Marque certaine qu'on veut se rendre maître de la négociation d'une manière à pouvoir toujours la rompre quand on ne croira plus avoir besoin de nous autres; b) que Walpole lui a dit qu'on garantiroit la portion de Juliers et Berg, dont Nb.: on pourra convenir ainsi: on en voudra traiter premièrement entre l'Angleterre et l'Etat, dann wierdt die portion klein gering werden, undt das schöne project von Prague wegen Dusseldorf und der Lisieren wieder zum Vorschein kommen: Il faudroit donc que Luiscius si jamais on en laisse remarquer qchse lui en coupe d'abord tout court toute espérance et qu'il proteste que jamais le Roy y donnera les mains et qu'il attendra plustôt les dernières extrémités que d'accepter un partage aussi injurieux.

[4]) Ebenda, 6. Juni 1734. Grumbkow an Luiscius.

wie Grumbkow erst — ohne Podewils' Mahnung — abschließen wollte, wäre es ein Vertrag geworden, bei dem Preußen zwar Leistungen hätte zugestehen müssen, aber nichts Entsprechendes dafür empfangen hätte. Eine besondere staatsmännische Einsicht und ein bewußtes Arbeiten zum Wohle Preußens läßt sich also auch hier nicht bei Grumbkow erkennen. Er hatte auch hier nur — allerdings vergeblich — versucht, den Plänen zur Verwirklichung zu helfen, die ihm Aussicht auf persönlichen Gewinn boten.

2. Grumbkows Stellung zu Frankreich.

Somit war also der erste Versuch, sich an eine der Westmächte anzuschließen, infolge der geringen Unterstützung, die Grumbkow schließlich bei England gefunden hatte und infolge des Widerstrebens Friedrich Wilhelms gescheitert. Glücklicher lagen die Umstände, als auch die zweite westliche Großmacht, als sich Frankreich um Grumbkow bemühte. Denn noch immer stand dieser beim König in großem Ansehen. Als Friedrich Wilhelm am 6. Juli 1734 seine Reise nach dem rheinischen Kriegsschauplatz antrat, hatte er Grumbkow eine sehr weite Vollmacht gegeben.[1]) Noch konnte man auch, ohne Grumbkow auf seiner Seite zu haben, nichts ausrichten.[2]) So hatte sich denn also auch Frankreich, als es eine Verbindung mit Preußen suchte, um ihn bemüht, und Grumbkow verhielt sich diesen französischen Werbungen gegenüber nicht ablehnend. Er merkte, daß Friedrich Wilhelm von Österreich verlassen, neuen Anschluß suchte, und nachdem er England abgewiesen hatte, das ihm keine Garantien für Jülich-Berg hatte geben wollen, selbst Frankreich nicht zurückweisen würde, wenn es die preußischen Forderungen in bezug auf Jülich-Berg erfüllen werde. Grumbkow fand es auch — wir dürfen hier wohl Worte für ihn gebrauchen, die er selber in bezug auf den König in einer Schrift über die gegenwärtige politische Lage (1736) angewandt hatte — „unmöglich, länger in dieser Ungewißheit, entblößt von Freunden und Hilfsmitteln zu sein".[3]) Mit dem Jahre 1735 durfte er die Verbindung mit Frankreich wagen. Doch ist dieser Anschluß nicht ebenso eng wie seinerzeit der an Österreich, und mit gutem Grunde. Der Abscheu, den sein Herr als guter deutscher Patriot gegen Frankreich hegte, war Grumbkow nur zu sehr bekannt. Ein allzu

[1]) G.St.A. R. 96, 16 F. Grumbkow an Luiscius, 10. Juli 1734.
[2]) Versuch einer Lebensbeschreibung . . . III, 117.
[3]) G.St.A. R. 96, 16 F. — Derselbe Gedanke u. a. auch in Podewils Memoiren über die Erwerbung von Jülich-Berg, G.St.A. R. 92 Nr. 17.

enges Zusammengehen mit dem dem König im Grunde so verhaßten französischen Hofe war also nicht ratsam; die Gefahr, plötzlich sich gezwungen zu sehen, die Verbindung mit Frankreich zu lösen, mußte Grumbkow bei Friedrich Wilhelms Gesinnung beständig vor Augen stehen. Überdies lag die Furcht, bei einem Bruch seiner Beziehungen zu Frankreich beim Könige verraten zu werden, weit näher und war größer als die Gefahr, die ihm darin von Österreich gedroht hatte. Denn Frankreich hätte sich dabei selber viel weniger als Österreich bloßgestellt. War doch in Österreich im letzten Grunde der so verehrte Prinz Eugen derjenige, durch den das Bestechungswerk in Szene gesetzt war.

Wann Grumbkow zum erstenmal von Frankreich Geld bekommen hat, ist nicht genau zu ermitteln.[1]) Der erste Eindruck, den La Chetardie von ihm empfangen hatte, war ja der gewesen, daß er käuflich sei.[2]) Wahrscheinlich hat der französische Gesandte, sowie er merkte, daß das Verhältnis zwischen Österreich und Preußen zu erkalten drohte, sich um Grumbkow bemüht und ihm Versprechungen gemacht.[3]) So ist es wohl nur zu erklären, daß Grumbkow schon im Oktober 1733 einmal dem König den Anschluß an Frankreich anriet. Doch war Friedrich Wilhelm damals wohl noch nicht gewillt, auf seine Vorschläge einzugehen, trotzdem Grumbkow ihm vorsichtig zeigte, wie er immer wieder zum Kaiser zurückkönne.[4]) Unter diesen Umständen trat denn auch Grumbkow vorläufig nicht mehr für das französische System beim König ein.

---

[1]) Stenzel III, 668 meint, daß Grumbkow schon im März 1735 von Frankreich gewonnen war. — Übrigens wurde Grumbkow bereits einmal, aber viel früher, nämlich 1713 verdächtigt, von Frankreich ein Jahresgehalt zu beziehen: Act. Bor. I, 177, 178, 447; aber nach I, 177 ist diese Beschuldigung nicht zu beweisen.

[2]) vgl. S. 17/18.

[3]) Lavisse S. 323, 12. Juni 1734 ... lui faisant sentir en même temps que c'était le cas où il pouvait me prouver si sa bonne volonté était aussi réelle que je souhaitais m'en persuader. — Dadurch, daß diese Versprechungen zu einer Zeit gemacht wurden, wo Grumbkow nach außen hin noch österreichischer Parteigänger war, wird verständlich, wie Lavisse (S. 227) zu der wohl nicht richtigen Ansicht gekommen ist, daß Grumbkow zu gleicher Zeit La Chetardie und Seckendorff täuschte.

[4]) GStA. R. 96, 16 E, 3. Okt. 1733: Comme V. M. dit fort bien qu'elle verra d'un œil indifférent les conquêtes des Français und daß sie nur den Kopf wollen aus der Schlinge ziehen, il faudroit aussi tâcher de tirer quelque avantage de cette conduite indifférente du côté de la France et lui demander par un traité secret la garantie de J. et B ... Je crois que la France seroit charmé de faire cela pour être hors de l'appréhension que le reste de l'armée de Votre Majesté ne lui tombe sur le Corps et La Chetardie m'a témoigné une inquiétude bien vive là-dessus. Et cela

Anders lagen die Verhältnisse 1735. Und so konnten denn auch in diesem Jahre erst La Chetardies Bemühungen um Grumbkow erfolgreich sein. Zu Anfang des Jahres geht ein französischer Vorschlag schon durch Grumbkow an den König,[1]) und im Mai 1735 wird zum ersten Mal die Vermutung geäußert,[2]) und zwar vom Fürsten Liechtenstein, daß der frühere österreichische Parteigänger sich an Frankreich verkauft habe. Und der Verdacht war wohl nicht unbegründet; denn im September 1735 teilte Grumbkow dem jüngeren Seckendorff mit, daß La Chetardie ihm vor vier Monaten einen Wechsel angeboten habe, der an ihn auszahlbar gewesen sei.[3]) Nicht ohne Berechnung erzählte Grumbkow gerade dem jüngeren Seckendorff von diesem Geschenk. Durch die Mitteilung einer so vertraulichen Nachricht hatte er den Vorteil, den Anschein bei dem Baron zu erwecken, als ob er noch sehr intim mit den Seckendorffs sei, und so suchte er sich vor Anschuldigungen ihrerseits zu sichern. Daß Grumbkow, wie er behauptet, das französische Geld zurückgewiesen habe, klingt nicht gerade sehr wahrscheinlich. Wie dem auch sei, jedenfalls wird er sich von diesem Augenblicke an ständig mit Eifer um die französischen Interessen am preußischen Hofe bekümmert haben, und nicht erst im September 1736, obgleich erst aus diesem Jahr das erste sichere Zeugnis davon vorliegt, daß Grumbkow Geld von Frankreich genommen habe.[4]) Feste Versprechungen auf Belohnung von französischer Seite waren ihm schon früher gegeben worden. 1735 hat La Chetardie, als er mit ihm über ein Geschenk sprach, das der französische König Friedrich Wilhelm

---

n'empêcheroit pas que si la France voulut pousser trop en avant et qu'on eut du côté de l'Empereur et de ses alliés recours à Votre Majesté et qu'on lui donnat de récompenses réelles et effectives. Votre Majesté trouveroit toujours des prétextes de reste de planter la France et par cette conduite que le Grand père de V. M. le Grand Electeur, comme Chetardie l'appelle a tenu en toute occasion il doit l'aggrandissement de ses Etats et s'est fait craindre et considérer de ses voisins.

[1]) Droysen IV, 3 S. 257.

[2]) Journ. secr. S. 45, 55—57, 61. — Pöllnitz II, 307 setzt Grumbkows Übergang zu Frankreich ins Jahr 1734: le marquis de la Chetardie l'avait mis dans ses intérêts moyennant dix mille écus qu'il lui avait fait donner par sa cour. Ce ministre travaille à faire revenir le roi de son préjugé (für Österreich). — A. B. König S. 258. Dagegen wußte aber der französische Gesandte, der Marquis de Chetardie, es durch Vermittlung des Generals von Grumbkow, der dabei wie Herr von Pöllnitz sagt, seine Rechnung fand, dahin zu bringen, daß dieses Ansuchen (Liechtensteins Bitte um Beistand) bei dem Monarchen ohne Wirkung und Erfolg war.

[3]) Journ. secr. S. 78, 11. Sept. 1735.

[4]) Journ. secr. S. 156. Il me confie qu'hier Chetardie lui a remis de la part de sa cour une lettre de change de 14850 écus de Prusse (qui font justement 20000 écus argent de France).

überreichen lassen könne, zu wiederholten Malen die Beteuerung der Dankbarkeit seines Hofes gegeben. Das bedeutet in diesem Zusammenhange — es ist von Geschenken die Rede — ebenfalls eine Belohnung.[1]) Dafür, daß an Grumbkow von Frankreich weiter als 1736 hindurch Geld gezahlt ist, liegen anscheinend keine Beweise vor.

Von den Geschenken, die Grumbkow von Frankreich bekam, war Friedrich Wilhelm wohl nur zum Teil unterrichtet, Grumbkow selbst behauptet allerdings, dem König immer Mitteilung davon gemacht zu haben.[2]) Für einen Fall stimmt das auch sicher zu. Am 4. Oktober 1736 hatte Grumbkow dem König von einem französischen Geschenk geschrieben, und Friedrich Wilhelm antwortete darauf folgendermaßen: „Ich habe durch Euren Brief vom 4. dieses Monats erfahren, was zwischen Euch und dem Marquis de la Chetardie hinsichtlich der Geschenke der Königin von Frankreich und des Königs ihres Vaters sich zugetragen hat. Ich bin darüber sehr froh und befehle Euch, sie anzunehmen. Aber es scheint mir nicht nötig zu sein, den General Seckendorff davon in Kenntnis zu setzen".[3]) Es liegt ziemlich nah, bei den Zuwendungen der Königin von Frankreich und ihres Vaters Stanislaus an irgendein Geschenk, nicht in Gestalt von Geld zu denken, um so mehr, als Grumbkow am 3. September 1736 dem Baron Seckendorff erzählte, daß er von der Königin von Frankreich einen Gobelin bekäme.[4]) Eine Nachricht des Journal secret vom 7. Oktober 1736,[5]) also einen Tag, nachdem der König an Grumbkow geschrieben hatte, besagt: „Der König hat Biberius ausdrücklich verboten, den Grafen Seckendorff von dem Geschenk, das er von Frankreich empfangen hat, in Kenntnis zu setzen, worüber Biberius in furchtbarer Angst ist". Diese Angst hat wohl darin ihren Grund, daß Grumbkow dem Baron Seckendorff und damit auch dem General schon früher von Frankreichs Zuwendungen Mitteilung gemacht hatte. Möglich auch, wenn allerdings weniger wahrscheinlich, daß von seiten Grumbkows etwas Schauspielerei hier vorliegt, nämlich das Bemühen zu zeigen, daß er Österreich noch so sehr ergeben sei, daß er in furchtbarer Aufregung über einen Befehl, dem Grafen Seckendorff etwas zu verheimlichen, ist.

[1]) Lavisse S. 344, 13. Dez. 1735.

[2]) Journ. secr. S. 78, 11. Sept. 1735; S. 155, 3. Sept. 1736; aber S. 156, 11. Sept. 1736.

[3]) G.St.A. R. 96, 16 F., 6. Okt. 1736. Der Brief des Königs ist nicht im Original, aber von Schumachers Hand; er ist auf die Rückseite eines Briefes von Grumbkow an den König v. 4. Okt. 1736 geschrieben.

[4]) Journ. secr. S. 155.

[5]) Ebenda S. 158.

Über Geldgeschenke, die er von Frankreich erhielt, hat Grumbkow dem König wohl kaum Mitteilung gemacht oder nur von solchen, die ihm angeboten, aber von ihm angeblich zurückgewiesen worden waren.[1]) Schon das legt die Vermutung nahe, daß er diese Geschenke annahm, um dafür eine ähnliche Tätigkeit zu beginnen, wie er sie für die österreichische Pension betrieben hatte. Eine Pension scheint er von Frankreich nicht bezogen zu haben. Seine Bemühungen für dieses Land waren aber trotzdem ähnlicher Art, wie seinerzeit die für Österreich. Das geht aus den Berichten La Chetardies hervor. Am 13. Dezember 1735 schreibt dieser z. B.[2]): „Ich sagte dem General Grafen von Grumbkow, daß das seine Aufgabe sein müßte (Friedrich Wilhelm nach dem Wiener Frieden vom Jahre 1735 zu beruhigen), und daß er dafür des Königs Sinn so vorbereiten müsse, daß alles sich schicklich in meiner Audienz abspiele. So schwierig diese Aufgabe war, nahm dieser Minister sie mit seinem gewohnten Eifer auf sich. Er entledigte sich ihrer am selben Abend". Allerdings, so durchgreifend konnten diese Dienste nicht immer sein wie in diesem einen Fall, und wie sie es früher für Österreich gewesen waren. Das verbot, wie schon ausgeführt, die historische Stellung, die die Macht Frankreich gegenüber Deutschland und Preußen einnahm. Jedenfalls hat Grumbkow aber doch versucht, französische Politik am preußischen Hofe zu treiben; aus seinen eigenen Worten geht das auch noch hervor. Als die Präliminarien des Wiener Friedens vom 3. Oktober 1735 unterzeichnet waren, fürchtete Grumbkow den Unwillen Friedrich Wilhelms für die, die zur französischen Partei gedrängt hatten. Wie hätte er, wenn er sich nicht darin eingeschlossen hätte, sonst sich bei La Chetardie bitter über seine Lage beschweren können?[3]) „Ich werde mich schlimmen Folgen ausgesetzt finden," sagte er. „Mein Herr hat gegen seine Gewohnheit auf meine letzten drei Briefe nicht zu antworten geruht und bei der Laune, in der er ist, laufe ich Gefahr, meinen ganzen Credit zu verlieren, vielleicht wird er mich dafür verantwortlich machen, daß das Ereignis keineswegs dem entspricht, wovon ich ihm immer gesprochen habe." So hat Grumbkow also nach seinem eigenen Geständnis Frankreichs Interesse vertreten, nur ist das „Wie" wieder schwer erkennbar, viel schwerer noch als bei seinem Wirken für Österreich. Es liegt das daran, daß die französische Epoche Grumbkows

[1]) Journ. secr. S. 78, 155; S. 57, 22. Mai 1735; S. 47/48, 11. Mai 1735.
[2]) Lavisse S. 338/39; vgl. ebenda S. 345.
[3]) Lavisse S. 336, Depesche vom 22. Nov. 1735.

nicht so lange wie seine österreichische währte, und daß naturgemäß der politische Verkehr mit dem kaiserlichen Hofe lebhafter sein mußte als der mit dem französischen. Außerdem waren die gemeinsamen Interessen mit Wien stärker als die mit Paris; die französische Politik am preußischen Hofe war nur eine Verlegenheitspolitik, man trieb sie keineswegs freudig, während das Zusammengehen mit Österreich dem König Herzensbedürfnis war. Zur Zeit als Grumbkow zu Frankreich hielt, hatte sich am preußischen Hof auch eine gewisse Müdigkeit für Politik bemerkbar gemacht. Und vor allem: in seiner Arbeit für Österreich hatte Grumbkow offenkundige, dauernde Wirkung zu verzeichnen gehabt, sei es in Gestalt eines Vertrages oder einer Ehevermittlung; nichts dergleichen liegt aber für die französische Epoche vor. Die Aufgabe, die Grumbkow jetzt auf sich genommen hatte, war von vornherein undankbarer als die frühere. Immerhin war La Chetardie mit seinem Verhalten zufrieden.[1])

Auch Grumbkows Arbeitsweise war derjenigen, die er zu seiner österreichischen Zeit angewandt hatte, sehr ähnlich. Wie früher für österreichische Wünsche, so mußte er jetzt für französische den König geneigt machen; er mußte versuchen, den Widerwillen, den Friedrich Wilhelm gegen jenes Land hatte, niederzudrücken, den Zorn des Königs gegenüber Vorstellungen des französischen Gesandten besänftigen.[2]) Mit Grumbkow besprach La Chetardie die Mittel, wie er Friedrich Wilhelm in betreff Frankreichs bei guter Laune erhalten solle.[3]) Grumbkow gelang es ja auch sogar, den König nach den heftigen Wutausbrüchen, die auf die Kunde von der Abdankung des Stanislaus Lesczinsky erfolgten, so zu beruhigen, daß La Chetardie freundlich und ruhig angehört wurde.[4]) Das war ein großer Dienst, den der preußische Minister der französischen Politik geleistet hatte. Er hatte, wie er sich ausdrückte, notre cause beim König verteidigt. Ganz genau wie auch Seckendorff sich Grumbkows bedient hatte, um den Kronprinzen für Österreich einzunehmen, suchte auch La Chetardie durch Grumbkows Vermittlung Einfluß auf den Thronfolger zu bekommen. Er ge-

[1]) Lavisse S. 344, 13. Dez. 1735: J'ai d'ailleurs trop lieu de me louer de ses procédés.

[2]) Ebenda S. 338.

[3]) Ebenda S. 343, 13. Dez. 1735: Dans une conversation que j'eus précédemment avec le comte de Grumbkow nous avisâmes aux moyens de contenir le déchainement du roi de Prusse, et nous fixâmes le langage qu'il seroit bon à tenir pour cela lors de l'audience; vgl. S. 344: ce ménagement extérieur était concerté avec le Géneral Grumbkow.

[4]) vgl. S. 78.

brauchte ihn dazu, den König für die Wünsche seines Sohnes geneigt zu machen.[1]) Gemeinsam suchten sie den Kronprinzen dahin zu bringen, ihnen sein Herz auszuschütten, und daß La Chetardie überhaupt in nähere Berührung mit Friedrich kam, war auch nur Grumbkow zu danken,[2]) der ihm außerdem noch des öfteren Nachrichten über den Kronprinzen hinterbrachte.[3]) So hat Grumbkow also hier — allerdings in weit schwächerem Maße — ein ähnliches Spiel mit Frankreich betrieben wie früher mit Österreich. Die leitenden Beweggründe dazu sind die gleichen wie bei seinem ganzen bisherigen Verhalten: der eigene Vorteil, reguliert durch die Rücksicht auf Friedrich Wilhelm und das, was ohne Verlust von dessen Vertrauen durchgesetzt werden konnte.

Auch später hat Grumbkow die französische Politik lange nicht so konsequent durchgeführt wie früher die österreichische. Doch hat er, nachdem er einmal dem französischen System den Weg am Berliner Hof geebnet hatte, im Anfang wenigstens Friedrich Wilhelm auf alle erdenkliche Weise auf dieser Bahn zu halten versucht. Ein Brief an den König aus jener Zeit, in dem er von Versuchen spricht, Österreich und Preußen wieder zusammenzubringen, schließt mit den Worten: „Inzwischen glaube ich, muß man Frankreich sehr schonen und ihm keine Abneigung oder Verachtung bezeugen, da der kaiserliche Hof nichts in der jülich-bergischen Sache ohne es vermag".[4]) Ja, in einer Darstellung der politischen Lage von 1736 empfahl Grumbkow sogar einen Vertrag mit Frankreich.[5]) Er erwähnte eine Allianz mit den nordischen Mächten — die doch wahrlich nicht sehr wahrscheinlich war — und fuhrt fort: „Wenn dieser Versuch mißglückt, wird man unbedingt zu Frankreich Zuflucht nehmen müssen". Und zwar sprach er hier sogar von einem Defensiv- und Offensivvertrage mit Frankreich, während er sonst nur für einen Defensivvertrag gewirkt hatte.[6]) Später aber

---

[1]) Lavisse S. 333, 20. Sept. 1735.
[2]) Ebenda S. 347, 7. Jan. 1736.
[3]) Ebenda S. 328, 19. Dez. 1734.
[4]) G.St.A. R. 96, 16 F, 2. Jan. 1736.
[5]) G.St.A. R. 96, 16 F: Si cette tentation dont il est temps de se servir au plustôt devrait échouer, il faudra de toute nécessité avoir recours à l'amitié de la France et pour l'attacher par un traité défensif et ostensible offensif à l'imitation de tant d'autres traités généraux auquels on ne peut pas trouver à redire et nous y menager des articles secrets par rapport à nos vues.
[6]) Ebenda 9. Febr. 1736: Grumbkow an Friedrich Wilhelm: Pour n'être pas tout à fait dépourvu, il seroit d'une nécessité absolue de se replier sur la France et tacher de parvenir à un traité défensif et d'amitié, auquel

scheint er zeitweilig das französische System ganz aufgegeben zu haben.

Überhaupt tritt Grumbkow seit 1736 mehr und mehr in den Hintergrund. Seine Politik in diesen Jahren zu durchschauen, ist sehr schwer. Am Ende seines Lebens stand er dann genau wie Friedrich Wilhelm wieder auf Frankreichs Seite.[1]) Nur sind beide aus ganz verschiedenen Motiven heraus, hierhin gelangt. Grumbkow war die Persönlichkeit, die sich unbedenklich einer Partei anschloß, wenn ihm Vorteil daraus erwuchs, und wenn er dadurch nicht in Mißkredit bei Friedrich Wilhelm geriet. Es findet sich keine ehrliche Äußerung von oder über Grumbkow, nach der er Frankreichs Politik am preußischen Hofe aus dem Grunde unterstützt hätte, weil ihm Frankreich die Macht schien, die die verschiedenen preußischen Rechtsansprüche vertreten würde. Zwar kann auch keine gegenteilige Bemerkung angeführt werden, aber die Art, wie Grumbkow mit La Chetardie unterhandelt hat, und die Zufriedenheit des französischen Gesandten über seine Hilfe bekräftigen die Annahme, daß Grumbkow hier nach den Normen der Politik, die er früher Österreich gegenüber befolgt hatte, gehandelt hat.

3. Grumbkows Loslösung von Österreich.

Grumbkow hatte sich schon Frankreich angeschlossen, hatte Zusicherungen von ihm bekommen und auch bereits bei Friedrich Wilhelm für dieses Land gewirkt, als er erst offenkundig Österreich den Absagebrief schickte. Er war veranlaßt durch ein Schreiben, in dem Seckendorff Grumbkows Dienste von neuem und sehr energisch forderte. Dieser Brief Grumbkows vom 3. Oktober 1735 ist nicht so aufzufassen, als ob durch ihn erst Grumbkow sich von der österreichischen Partei gelöst hätte,

---

personne ne pourra trouver à redire, et auquel la France donnera facilement les mains, pour avoir des liaisons avec le Prince le plus puissant d'Allemagne; sans quoi V. M. doit compter d'être balloté par mille inventions et intrigues et menées secrettes de ses Ennemis couverts et ouverts; et il n'y a pas un Exemple dans l'Histoire de la Maison qu'elle ait été absolument sans aucune liaison.

[1]) Droysen IV, 3, 355, 359, 360 und G.St.A. R. 96, 16 G. Grumbkow an Friedrich Wilhelm, 5. Febr. 1739: . . . et j'en sois convaincu de plus en plus pour peu que V. M. se puisse accomoder avec la France sur le sujet de la grande affaire et plus je lui conseille de ne pas balancer de le faire. Par là elle se débarasse de l'Empereur et des mains, et V. M. n'aura plus besoin de s'en mettre en peine et si avant que l'Electeur Palatin meurt les conjonctures changeoient diamétralement on peut toujours éluder ce traité, et si elles ne changent pas, V. M. n'aura pas un village sans la France, laquelle pourra alors devenir plus fière.

wie es Droysens[1]) Ansicht zu sein scheint und vielleicht auch die Kosers. Er ist nur das Zeugnis der vollendeten Lösung, deren Anfänge weiter zurückliegen. Auch insofern gibt Droysen diesem Briefe wohl eine zu große Bedeutung, als er aus ihm das Motiv zu Grumbkows Weigerung, Seckendorff weiter zu folgen, herausliest: er meint, daß Grumbkow die österreichische Partei aufgegeben habe, weil er persönlich gereizt sei, weil Seckendorff in einer Weise seine Dienste gefordert habe, die ihn empören mußte. Wenn dem so wäre, warum hat Grumbkow dann schon Ende des Jahres 1733 den König gewarnt, Seckendorff zu sehr in das Geheimnis seiner Absichten zu ziehen?[2]) Warum hat er 1734, wo er doch noch nicht in dieser Art von Seckendorff beleidigt war, nicht mehr zu Österreich gehalten, und warum konnte Liechtenstein ihn schon im Mai 1735 für von Frankreich bestochen halten? Nein, Grumbkow verließ die österreichische Sache, weil, wie er fand, „man toll sein müsse, sich mit seinem Herrn zu überwerfen und als Lohn dafür Vorwürfe wie ein Verräter zu empfangen, der dem Kaiser den Eidschwur geleistet hätte.“[3]) Also weil der Anschluß an Wien nur Gefahren und keinen Vorteil zukünftig verhieß, hatte er ihn aufgegeben, und zwar ehe Österreich ihm selber den Laufpaß gab.

Diesem Absagebrief Grumbkows — sein Inhalt ist bei Droysen wiedergegeben und eine Abschrift aus Grumbkows Nachlaß als Beilage zu der vorliegenden Arbeit — folgen noch mehrere Briefe Seckendorffs und auch wiederum Grumbkows. Es ist die Korrespondenz, die Friedrich Wilhelm zur Abfassung seiner species facti vom Jahre 1736 veranlaßt hat. Ihre Fortführung fällt in das Jahr 1736, ihr Resultat blieb dasselbe negative wie das von Seckendorffs erstem Brief an Grumbkow: kein erneuter Übertritt von seiten Grumbkows zur österreichischen Partei. Der Briefwechsel mit Seckendorff brach aber damit nicht ab.[4]) Doch ist das nicht etwa ein Beweis dafür, daß Grumbkow gehofft hatte, es später noch einmal mit

---

[1]) a. a. O. IV, 4 S. 435; die gleiche Meinung wie die hier ausgeführte ist bei Ausländer S. 35 Anm. 1, angedeutet.

[2]) G.St.A. R. 96, 16 E. Grumbkow an Friedrich Wilhelm, 3. Okt. 1733: ... je crois qu'il n'est pas nécessaire qu'il soit instruit si à fond des intentions de V. M. ce qui pourroit diminuer le mérite de ce que V. M. fait.

[3]) Droysen IV, 4, 436. — Droysen kommt vielleicht deshalb — im Gegensatz zu seinen sonstigen Äußerungen über Grumbkow — hier zu einem ziemlich günstigen Urteil über ihn, weil er nach dem Jahre 1735 nur noch selten seine Blicke auf Grumbkow lenkt und z. B. die Bestechungen von seiten Frankreichs überhaupt nicht erwähnt.

[4]) G.St.A. R. 96, 16 F.

Österreich zu versuchen[1]) und sich nicht alle Brücken dazu abbrechen wollte. Die Briefe, die zwischen beiden gewechselt wurden, sind nur offizieller Art und wurden auch dem König gezeigt.[2]) Der Verkehr zwischen dem Österreicher und Grumbkow hörte allmählich so auf, daß Seckendorff sogar daran dachte, dem Kronprinzen das Geld, daß er von Österreich erhielt, durch Manteuffel und nicht mehr durch Grumbkow zu übermitteln.[3]) Andererseits schickte Grumbkow auch des Kronprinzen Briefe nicht mehr direkt an den Österreicher, sondern an Manteuffel, auch zu einer Zeit, da Seckendorff noch nicht infolge der Intriguen am Wiener Hof nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges gegen die Türken gefangen gesetzt war. Die Übersendung der kronprinzlichen Briefe an Manteuffel scheint vom September 1736 an erfolgt zu sein. Wenigstens trägt der erste Brief des Kronprinzen an Grumbkow, der sich in Manteuffels Nachlaß gefunden hat, das Datum vom 23. September 1736.[4]) Manteuffel galt als Spion des Dresdener Hofes und Seckendorffs.[5]) Da von ihm dem Dresdener Hof nahegelegt war, „de chauffer Grumbkow“,[6]) so wird er wohl auch selbst seinem eigenen Rat gefolgt sein und Grumbkow bestochen haben. Auf diese Weise ist er — darf man wohl vermuten — in den Besitz der kronprinzlichen Briefe und einiger Abschriften von Grumbkows Zuschriften an den Kronprinzen gelangt.

Schluß.

So sehen wir denn hier den vollen Bruch von Grumbkows Beziehungen zu Österreich; der Übergang zu Frankreich ist damit vollzogen; zugleich aber neigt sich sein Wirken dem Ende zu. Grumbkow kann, obwohl Friedrich Wilhelm ihn auch jetzt noch des öfteren um Rat fragte, fernerhin nicht mehr als Träger der preußischen Politik angesehen werden. Von diesem Zeitpunkt an wird auch das Interesse, daß man seiner Persönlichkeit heute entgegenbringen kann, geringer, eine Interesse, das sich weniger an seine Tätigkeit im angewiesenen Amt als vielmehr an

[1]) Ebenda. Über die politische Lage 1736: Il faudra menager la Cour Impériale autant qu'il est possible, mais se flatter peu de la regagner entièrement et songer qu'un ami qui se croit offensé est plus à craindre et plus irréconciliable qu'un ennemi déclaré.

[2]) Droysen IV, 4, 436.

[3]) Journ. secr. S. 149, 19. Juli 1736.

[4]) Brfw. S. XXIX, XXXI und S. 102.

[5]) Weber N. F. I, 108.

[6]) Ebenda S. 109.

sein Wirken außerhalb desselben heftet; denn Grumbkow hatte keineswegs, wie er selbst sagt, „das Dogma von Jesus Sirach befolgt, nicht in ein ander Ambt zu greiffen.“[1]) Er war vielmehr bestrebt gewesen, Einfluß nach jeder Seite zu gewinnen und dabei seinen eigenen Vorteil wahrzunehmen, wo immer es nur anging. Die einzige Beschränkung, die er sich darin auferlegte, war durch die Rücksicht auf Friedrich Wilhelm geboten, dessen Ungnade ja Grumbkows ganze Wirksamkeit unterbunden und für die fremden Mächte wertlos gemacht hätte. Dessen war Grumbkow sich auch selber bewußt gewesen, und gerade darum hat er vor allem darauf bedacht sein müssen, sich des Königs Gunst zu erhalten. Deshalb auch das Spiel hinter den Kulissen, durch das er also versucht hat, Einfluß zu erwerben und dabei materiellen Gewinn für sich zu erstreben, auch er „ein Premierminister hinter der Gardine“.

[1]) An Seckendorff, 3. Oktober 1735 (Beilage).

Beilagen.

Instruction vor den Gen. Lieuten. v. Grumkow wegen seiner Reise nach Crossen.

(Abschrift nach dem mit dem Siegel und der Unterschrift des Königs versehenen Exemplar im Geheimen Staatsarchiv R. 96, 16 E).[1])

1. Da Se. Königl. Majestät von Preußen vor guth gefunden, auf Verlangen des Königes von Pohlen Majestät, den General Lieutenant v. Grumkow nach Crossen abzusenden, so Soll Er, nach abgestattetem und in verbindlichsten terminis abzufassenden Compliment und Freundschafts Versicherungen abwarten, über was vor Materien des Königes von Pohlen Majestät sich herauszulassen gemeinet sind.

2. Da vermuthlich die Marschall-Biebersteinsche Handlung über den, Bereits anno 1710 in Vorschlag gebrachten plan, die Haupt-Nuß ist, warum man die Abschickung verlanget, So soll der Gener. Lieutenant v. Grumckow des Königs von Pohlen Majestät zu begreifen zu machen suchen, daß der erste Antrag von diesem Plan nicht von Ihro Königl. Majest. in Preußen, gleich es fast in den letztern Recreditiv von Dreßden wollen angegeben werden, sondern von des Königes von Pohlen Majestät uhrsprünglich herkomt, alß welche dem Marschall anbefohlen, mündlich des Königes von Preußen Majestät davon Eröffnung zu thun; Maaßen höchst nöthig, wegen der zukünftigen Consequenzen dem König von Pohlen die Meinung zu benehmen, alß ob dieses aufgewärmte project, durch des Königes in Preußen Majestät wieder auf das tapet gebracht worden.

3. Nach diesem vorläufigen eclaircissement können die, dem Marschall nach Dreßden gegebene punkten zum Grunde dienen, um Sich eine deutlichere Antwort alß Marschall nicht mitgebracht, auszubitten.

---

[1]) Daselbst liegt noch eine Abschrift. — Das Original, von Seckendorffs Hand, befindet sich R. 96, 2 L 2, wo auch eine Abschrift mit dem Vermerk „das Original hat ihm müssen wieder zurück gegeben werden", liegt.

4. In der gemeldeten Antwort, so Marschall mitgebracht, erkennen Ihro Kgl. Maj. von Pohlen selbst, daß ohne den Kayserlichen und Russischen Hof mit diesem plan nicht fortzukommen; und wenn es auch seyn könnte, so stehen Ihro Königl. Majestät in Preußen, mit diesen Beyden Kayserlichen Höfen, in einer so genauen Verbindung und Einverständniß, daß Sie, ohne dieselben, hierinnen oder sonsten weiterfortzugehen, Sich nimmer würden bewegen lassen.

5. Wie nun diese wichtige Sache an die Beyden Höfe zu bringen sey, solches hat Marschall nicht sagen können; dahero es nöthig ist, daß der Gen. Lieuten. von Grumkow vernehme, wie man sich darüber explicieren werde.

6. Am Römisch Kayserlichen Hofe siehet man hiesiger Seyts viel Schwiehrigkeiten zuvor. Die compactata mit der Republique Pohlen, welche, dem Vernehmen nach, erst kürtzlich erneuert worden, stehen alda im Wege; und wo man auch, welches doch fast nicht zu hoffen, diese difficultät alda überwünde, so wird es doch Mühe kosten, bey dermahligen conjuncturen, da Spanien und Frankreich armiren, den Kayser zu einem neuen impegno zu disponiren, da Er alle Tage in Italien und der orthen befürchten muß, daß man ihn angreift.

7. Anlangend den Kayserl. Russischen Hof, so muß man wissen, ob etwas dergleichen schon alda angebracht. Denn, nach denen hier befindlichen actis von 1710 hat Petrus I. den gantzen Plan nicht allein verworfen, sondern auch diejenigen, welche selbigen Formiret, zur Bestrafung ziehen wollen. Ob nun bey dermaligen Regierungs Formen in Rußland dieser Plan leichter wird angesehen werden, solches scheinet üm deswegen nicht zu hoffen, weil man schwehrlich der ottomanischen Pforte Anlaß zu einem Krieg geben wil, da fast nicht zu glauben, daß die Türken zu einer so großen Regierungs-Veränderung des Königreichs Pohlen solten stille sitzen, sondern sie würden ehender mit denen Persianern einen schändlichen Frieden machen, alß gestatten, daß Pohlen an so mächtige Nachbahren vertheilet würde.

8. Ihro Königl. Maj. von Preußen sind geneigt, hierbey und in allen Ihro Königl. Majest. von Pohlen und dero Königl. Hauses Absichten, möglichster Dinge zu Befördern, um so mehr, da Sie mit vielem Vergnügen vernehmen, daß Ihro K. Maj. von Pohlen noch freye Hände haben, und mit niemand, wer es auch sey, in ein engagement gerathen, so Ihro Königl. Maj. von Preußen einen Argwohn veranlassen könte, dahero dieselben von Hertzen wünschen, daß

9. Ihro Königl. Majestät von Pohlen, die alte Freundschaft mit dem Kays. Hof herzustellen Sich ernstlich entschließen

möchten, alß wodurch der Weg könte gebahnet werden, wonicht gäntzlich diesen plan von anno 1710 auszuführen, jedoch mit Zuziehung der Beyden Kayserl. Höfe ein thunliches convenient vor Ihro Kön. Maj. in Pohlen und dero Königl. Hauß außzufinden.

10. Da der punct von der guarantie über der pragm. Sanction bishero erschienen derjenige zu seyn, welcher biß dato die Beyden Höfe am meisten entfernet: So sind Ihro Königl. Majestät in Preußen der Meinung: des Königes von Pohlen Majetät solten um so weniger Schwührigkeit machen, solche nach Maaßen, wie es der größeste Theil des Reichs und so viel außwärtiger puissancen gethan, zu übernehmen, da dero selben Königl. und Churhauß, alß nächster successor der Carolingischen Descendenten die nächste Anwartschaft auf die sämtliche österreichische Königreiche und Lande durch die gemachte Successions-Ordnung ebenfalß guarantiret ist, wofern man nicht durch frembde Verbindlichkeit, Sie selbst zum Theil darum bringen wolle.

11. Die übrigen Verdrießlichkeiten so zwischen beyden Höfen herrschen, sind meistens solcher Dinge, so man durch Vermittlung guter Freunde gar bald heben kan, und weil Sie größtesten Theils in den Reichshofrath mit einschlagen, so haben Ihro Kays. Maj. kein ander Antheil daran, alß welcher in die justiz einschlaget, bey welcher Ihro Königl. Maj. von Preußen auß Erfahrung gelernet, daß es alle Zeit besser sey, daß man in denen gerechtesten Sachen den obristen Richter zum Freunde habe; wie denn Ihro Königl. Majest. von Pohlen Sich zurückerinnern können, daß dergleichen Rath, Sich mit dem Kayserl. Hofe in besseres Vernehmen zu setzen, von Seyten Ihro Königl. Maj. in Pohlen[1]) zu verschiedenen Mahlen ertheilet worden.

12. Solten des Königes von Pohlen Majest. wegen Curland Meldung thun, so hat mehrgedachter General demselben vorzustellen, daß Ihro Königl. Majest. von Preußen so wenig alß der russischen Kayserinn Meinung dahin ginge, gegen die Curlandische mit der Republique Pohlen errichtete pacta Subjectionis etwas zu verhängen, oder denen Curländischen Ständen in ihrer freyen Wahl etwan vorzuschreiben. Hingegen man sich auch zu des Königes in Pohlen aquanimität versähe, daß man die Curländische Regierungs-Form zu verändern nicht beharren würde, alß welches weder Rußland noch Ihro Königl. Maj. in Preußen nimmermehr gestatten könnten noch würden.

13. Da vermuthlich auch die Jülich und Bergische Successions-Sache vorkommen wird, So soll der General von Grumckow Sich dahin mit vieler Behutsamkeit äußern; Wie bekandt, daß Ihro

---

[1]) Lies: Preußen.

Königl. Maj. von Preußen glorwürdige Vorfahren, bey dem Verfall des Clev.-Jülich und Bergischen Mann Stammes, die possession von denen mit Recht dem Brandenburgischen Hause allein zukommenden Landen ergriffen, Sich auch darin unverrückt erhalten; auß Liebe zur Herstellung der allgemeinen Ruhe aber das Hauß Pfalz-Neuburg mit in die Compossession genommen, und endlich anno 1666 Sich mit dem Hause Pfalz-Neuburg allein verglichen. In dieser Possession würden und müßten Sie Sich erhalten, hoffeten auch zu Gott, daß niemand in der Welt, wo es auch seyn möchte, Sie nach Endigung des Recesses von anno 1666, darinnen stöhren würde. Hingegen, da Ihro Königl. Maj. in Pohlen, den Weg Rechtens vor Sich und das sämtliche Hauß Sachsen, durch Anbringung einer neuen Klage gegen Brandenburg und Pfalz-Neuburg gantz kürtzlich wieder ergriffen, So müßten Ihro Königl. Maj. von Preußen zwar geschehen lassen, daß Sie selbige nach Maaß und Weyse, wie es die Gesetze vorschrieben, verfolgeten; lebeten aber des zuversichtlichen Vertrauens, man würde ratione Ihrer angeführten unstreytigen possession Ihnen nichts Thätliches in den Weg legen, und Anlaß zu Verdrießlichkeiten im Römischen Reich geben.

S. Königl. Maj. in Preußen Befehlen also dero General Lieuten. von Grumkow in Gnaden dieses alles des Königes in Pohlen Majestät wenn selbige im Discours auf diese Materien kommen solten, gehörig vorzustellen, und so dann von allem und jeden an S. Königl. Maj. von Preußen zu referieren.

Berlin, 8. Jan. 1733.

Brief Grumbkows an Seckendorff.

G.St.A. R. 92 No. 14.[1])

Berlin, ce le 3 de Oct. 1735.[2])

J'ay eu l'honneur de recevoir coup sur coup trois de vos Lettres du 20, 24 et 27 et la dernière m'a causé une surprise extrême, et dont j'ay de la peine à revenir et comme j'ay le

---

[1]) vgl. Droysen IV, 4, 435 Auszug.

[2]) So muß wohl das Wort „Sept." in der mir vorliegenden Urschrift oder Abschrift von Grumbkows Sekretär geändert werden. Denn nach Droysen IV, 3, 269 fragte Seckendorff Friedrich Wilhelm am 30. August an, ob das preußische Korps mit den österreichischen Truppen an der Mosel Winterquartier beziehen wolle. Am 6. September antwortete der König ablehnend, und daraufhin „versuchte Seckendorff andere Künste, den König zu fangen". „Er schrieb zugleich an Grumbkow dringende, ja drohende

malheur d'être fort sensible, cela m'a causé une terrible impression sur mon sang. Voyant à cette heure la sottise de mettre prime (?) dans des affaires qui sont hors de mon département et de n'avoir pas suivi le dogme de Jésus Sirach, nicht in ein ander Ambt zu greiffen, ce que je tâcherois d'observer dorénavant avec plus d'exactitude. Je suis fâché d'avoir donné occasion à S.A. le Prince de Savoye de doubter de ma droiture, et qu'on se plaint que comptant sur moy, comme un rocher après qu'on avoit fait pour moy ce qu'on a jamais fait pour aucun particulier, on étoit fort fâché de voir le contraire. Vous vous souviendrez, Monsieur, que lorsque vous me fites voir il y a je crois dix ans passés qui[1]) falloit travailler à une réunion de deux cours fort brouillées pour le véritable bien de celle et qu'on ne demandoit, rien de moy qui n'y soit convenable.[2]) Que je m'y suis prêté avec tout le zelé ardeur et fermeté imaginable, je me suis attiré par là la hayne de la Cour de Londres, j'ay érigé de chagrin innombrable de la part de la Famille Royale et cela à un point, que si le Roy estoit mort dans ces entrefaits, j'estois perdu sans ressource et ma Famille dans un pitoyable état, sans compter la hayne du Public contre ce system et principalement votre Personne, j'ay poursuivy ma pointe sans interruption et je crois qu'avec toute l'habilité dont le ciel vous a muny, vous auriez peut-être échoué dans bien des choses sans ce secours, et je suis fâché qu'on ait oublié cela si tôt principalement l'affaire de la déclaration de guerre et la marche des 10^{m} hommes. Il est vray que j'ay reçu de présent magnifique, dont le Roy a été fidèlement informé, mais je ne veux jamais voir la face de Dieu qui si la chose étoit à refaire et que l'on ne me vouloit donner trois fois autant que je n'y retournerois pas. Vous vous devez aussy souvenir que depuis la proposition de Prague et le traité avec les Saxons je vous ay averty, que je trouvois un grand changement dans les dispositions du Roy, et que tout cela ne battoit plus que d'une aile, cela n'a pas empêché qu'en tout

---

Briefe, machte ihn förmlich dafür verantwortlich, daß dem Kaiser, von dem er so viel Gnade und Geld empfangen habe, die preußischen Truppen jetzt, wo sie ihm endlich einmal einen Dienst leisten könnten, nicht versagt würden." Auf dieses Schreiben Seckendorffs ist nun der vorliegende Brief Grumbkows die Antwort. Überdies macht Ausländer S. 35 darauf aufmerksam, daß Droysen IV, 3, 167 selbst das richtige Datum bringe, das sich auch in der Lebensbeschreibung . . . III, 51 finde. — Ob Grumbkow übrigens diesen Brief (er trägt dasselbe Datum wie die Präliminarien des Wiener Friedens vom Jahre 1735) nicht noch etwas anders gefaßt hätte, wenn er von der Unterzeichnung des Friedens bereits Kenntnis gehabt hätte?

[1]) Lies qu'il.

[2]) Lies convenable, que . . .

ce qui m'a été possible je ne vous aye averty fidèlement et votre neveu de ce qui s'est passé. Et je n'attendois pas pour récompense qu'on guetteroit mes pas et qu'on empoisonneroit toutes mes actions et qu'on rechaufferoit des histoires la plus part fausses. Par rapport aux critiques des actions de la Cour de Vienne il aura été bon que l'on se fut plaint sur le champ confidemment par Mons. votre neveu, et alors je (m'-) aurois pu me justifier, d'ailleurs étant élevé en Hollande et toujours avec un Prince qui aime qu'on parle naturellement, je ne suis pas homme à pouvoir imiter les flegmatiques et j'ay toujours eu et aurois en horreur la manoeuvre Russienne en Pologne et quand on parle en Compagnie des affaires, je parle comme je pense, et j'ay le bonheur qu'excepté les gens prévenu, on pense comme moy. Et si on avoit voulu que je me metamorphose en m'attachant à l'Augustissimo[1]) je vous aurois dit nettement que cela ne se pouvoit pas, par rapport aux autres imputations; voilà l'éternel Chavigny[2]) sur le tapis derechef, il n'y a donc que moy qui l'ait distingué et qui ay demandé son amitié, grâce à Dieu je ne suis pas accoutumé à faire la Cour aux ministres Etrangers, j'ay donné à souper à mon ordinaire à Chavigny, lorsque les autres l'ont festivé, je ne l'ay pas été seulement voir ce que tous les autres ont fait, d'ailleurs j'ay été charmé d'apprendre de lui plusieurs anecdotes pour le gros de l'affaire et l'eau claire, qui a été faite ici, votre neveu en a été averti, et ceux qui disent que j'ay vu Chavigny tous les jours ont grossi les objets. Comme aussi la belle histoire au Prince Royal ou[3]) tout est menty, car bien loing de lui conseiller de voir Chavigny, je lui dis étant par hasard venu lui faire ma Cour en présence de Schulenburg, et nous disant que Chavigny lui avoit demandé l'heure je dis V.A.R. ne peut pas faire cela sans ordre du Roy, tout ce que vous pouvez faire, c'est que si vous le recontrez à la Chaussée, de lui permettre de vous faire la révérence, ce qui n'est exécuté en présence de plus de Cent personnes, et la conversation n'a pas durée deux minutes. Pour tout le reste de l'accusation ils sont si atroces et indignes d'un homme d'honneur que je n'y pouvois répondre sans m'emporter, et je souhaite que, ceux qui m'accusent ou croyent les infamies qu'on dit de moy ayent le coeur aussy bien placé que moy. Je dirois seulement par rapport à mes correspondences que j'ay écrit aux Ministres du Roy ce que je peux ramasser du Nord à ceux du

---

[1]) Das ist der Kaiser.
[2]) vgl. Droysen IV, 3, 266.
[3]) Lies: où.

Sud, et ceux du Sud à ceux du Nord; le tout pour en répondant (et) ils me fassent part de ce qui se passe, et cela pour mon plaisir et afin d'être instruit et pouvoir parler avec, si ces matières viennent sur le tapis, le tout sans prévention ne me fâchant nullement, de ce qu'on dit de ma Cour, et ne prennent pas le Hochteutschen Scham.

Par rapport à ce que vous me dites que je puis regagner la Confiance du Prince et l'estime de l'Augustissimo, il me faudroit dire en même tems en quoy je dois changer de conduite et sauver les apparences, puisque je n'ay rien à me reprocher, je servirois fidèlement mon Maître, et je crois n'y avoir pas manqué, et si il demande mon sentiment je parlerois en homme d'honneur et cela pas en cachette, selon que je croirais devant Dieu qu'être obligé, et cela sans craindre aucune puissance du monde et encore moins Orondate,[1]) la B.[2]) et toute la clique pour laquelle j'ay souvent un mépris,[3]) et tant que le Prince de Savoye croira ses gens et tous les fichus rapports de chaque visionnaire, il est inutile de vouloir se justifier; le plus obligent auroit été de ce qu'on eut cru avoir sujet d'être mécontent de moy, de me faire parler pour votre Neveu, et si je ne m'étois justifié sur le champ, alors il y auroit eu raison de se plaindre de moy, mais de ramasser le tout et ne se pas voir que lorsqu'on oublie la plus part des plaintes, cela est diablement désagréable, et j'avoue que j'en suis outré et je vous prie au nom de Dieu de ne m'en plus parler; c'est capable daß mich der Schlag rühret, du moins vous pouvez compter que je ne vous rendrois pas la pareille, puisque toutes les sottises qu'on dit de vous et qu'on écrit quoy que dans un autre gout ne vous seront jamais relatées de moy, je dis la chose est vraye ou non, si 1° Elle n'est pas à remédier, si 2° Elles tombent d'elles-mêmes. Au reste dès que je reçus celle que vous m'avez écrit du 20 et du 24, j'en fis un ample extrait; et l'ay envoyé au Roy, non comme une lettre que vous m'aviez écrite, car j'aurois été obligé de luy montrer la lettre, mais comme un Extrait recueilli d'une (lettre) que vous aviez écrite à Votre Neveu et je lui ay dépeint tout le tort et les suites, qui peuvent résulter de son refus de marcher à la Moselle et vouloir les quartiers de Nah et Moselle. Cette lettre a été datée du 30 de Sept.; et vous pouvez lui demander un jour s'il n'a pas été averty par moy des mauvaises suites de sa démarche, il ne m'a pas ré-

---

[1]) Das ist der Prinz Lichtenstein.
[2]) La B. = La Barbe = Leopold von Anhalt-Dessau.
[3]) Im Original deutlich: J'ay un souvemen mépris ...

pondu, mais je scay par Schumacher[1]) qui[2]) l'a lue avec beaucoup d'attention, ainsy que voilà encor une preuve pour justifier l'infame idée que le Prince a de moy, aussy vous puisses assurer, que si j'avois reçu la votre du 27, je ne l'aurois pas fait, car il faudroit être fou pour se brouiller avec son maître et avoir pour récompense des reproches comme un traitre qui auroit fait serment à l'Empereur. Le Roy est au reste informé mot à mot de tout ce que la B.[3]) a fait là-bas et on est charmé qu'il a eu un pied de nez, mais s'il retourne peut-être que dans une demy heure, il luy auroit encor obligation de son Voyage. Roeder est un point de noulle, et il quittera tout comme les danseurs sur la corde. Je souhaite que l'entreprise de la Moselle soit heureuse, et que vous en retirez le fruit, que vous en espérez et qu'elle n'aye le sort de tant de mauvaises suppositions, sur lesquelles on a bâties. Le Nepote ne m'a rien montré et aussy, si il y a la moindre chose secrette, il me fera un plaisir infiny de me le cacher, et un homme qu'on subçonne si cruellement doibt tout ignorer et cela pourroit même faire tort à la fortune de votre Neveu, si on savoit que nous fussions en liaison. Je répondrois encor à quelques Articles de celle du 20 et 24 pour enterrer la Sinagogue avec honneur. Par rapport aux correspondances je scay depuis longtems des endroits où on ouvre les lettres et je n'ay pris aucune précaution qu'on ignorait le contenu de mes correspondances, et je continuerois de même, charmé d'ailleurs qu'on me fit voir ce qu'il y a de dangereux et qu'on ne scait peu de temps après par les Gazettes.

---

[1]) vgl. S. 65.
[2]) Lies qu'il . . .
[3]) Leopold hatte nicht mit voller Zustimmung des Königs am Rheinfeldzug teilgenommen (Erg.-Bd. S. 555, 557, 560, 561, 568).

Robert Noske, Borna-Leipzig, Großbetrieb für Dissertationsdruck.

Lebenslauf.

Am 31. Juli 1891 wurde ich, Elise Schaefer, in Berlin-Schöneberg geboren. Ich bin jüdischer Konfession und preußischer Staatsangehörigkeit. Meine Vorbildung erhielt ich zunächst — nach anfänglichem Privatunterricht — auf der Margaretenschule (Januar 1899 bis Ostern 1901) und Charlottenschule (Ostern 1901 bis Ostern 1904) zu Berlin. Ostern 1904 trat ich dann in die Studienanstalt der Auguste-Viktoria-Schule (realgymnasiale Richtung) zu Charlottenburg ein, die ich Ostern 1910 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Ich widmete mich auf den Universitäten Berlin (Ostern 1910 bis Ostern 1911), Paris (SS. 1911), wieder Berlin (WS. 1911 bis SS. 1912) und dann Marburg dem Studium der Geschichte, des Französischen und des Deutschen.

Das Rigorosum bestand ich am 6. Mai 1914. Seitdem bereite ich mich in Marburg auf das philologische Staatsexamen vor.

Auch an dieser Stelle möchte ich mir erlauben, Herrn Prof. Dr. Busch für die weitgehende Förderung der vorstehenden Arbeit vielmals zu danken.